

Die Intraden der Aachener

Spielbank.

Eine volkswirtschaftliche Untersuchung der Einnahmen und Ausgaben
der Spielbankverwaltung und der Verwendung der Reingewinne.

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der
hohen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät
der
Universität zu Köln am Rhein
vorgelegt von.

Adolph Leo Nettmann

aus Johannesburg, Transvaal, Südafrika.

Köln 1922.

Referent: Geh. Reg. Rat Prof. Dr. Thiess;

Correferent: Prof. Dr. Kuske.

I Vorwort

I. Die Finanznot in Aachens Vergangenheit

- 1 Die Verschuldung der freien Reichsstadt Aachen und Ihre Ursachen 1
- 2 Die Finanzverhältnisse Aachens nach 1814 10

II. Die geschichtliche Entwicklung der Aachener Spielbank

- Die verschiedenen Inhaber der Spielbankpacht: 15
- 1 die Einzelpächter: 1764 bis 1832 15
- 2 die Aktiengesellschaft der Spielbank Entreprise von Aachen: 1832 bis 1841 19
- 3 die Spielbank in städtischer Verwaltung: 1841 bis 1849 21
- 4 der Verein zur Belebung der Badesaison: 1849 bis 1854 23

III. Der wirtschaftliche Aufbau der Spielbank

- 1a die Spielerträge und Reingewinne unter den Einzelpächtern 27
- b die Spielerträge und Reingewinne unter der Aktiengesellschaft 32
- c die Spielerträge und Reingewinne unter städtischer Verwaltung 34
- d die Spielerträge und Reingewinne unter dem Verein zur Belebung der Badesaison 38
- 2a die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben unter den Einzelpächtern 42
- b die Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben unter den Pachtgesellschaften 47
- aa) Gehälter der Beamten und Angestellten, Tagegelder für die Polizeimannschaften und jährliche Sonderzulagen 48
- bb) Mietbeträge sowie Kosten der Beleuchtung, Heizung und Reinigung und Mobiliarunkosten 51
- cc) Ausgaben für Schreibmaterialien, Spielkarten und Zeitungen 52
- dd) Unterstützungen und Zuschüsse für Kurgäste und Beamten 54
- ee) Ausgaben zur Verschönerung und Belebung der Badesaison und zum Zwecke der Wohltätigkeit 57

IV. Die Einnahmen der Stadt aus dem Bankspiel und ihre Verwendung

- 1a die Einnahmen der Stadt von den Einzelpächtern 62
- b die Einnahmen der Stadt von den Pachtgesellschaften 68
- 2 die Verwendung der Pachtbeträge und Gewinnanteile durch die Stadt 72
- a die Ausgaben zur Verbesserung des Schulwesens im Regierungsbezirk Aachen 76
- b die Ausgaben zur Pflege des Armenwesens 78
- c die Ausgaben zur Verschönerung der Stadt und der Kuranlagen 80
- d die Tilgung und Verzinsung von alten und neuen Stadtschulden 83
- e die Verwendung der Spielbankerträge für Neubauten: der Bau des Bürgerhospitals „Maria Hill“ 90
- der Bau von Elementarschulen 93
- f die Wiederherstellungsarbeiten im Aachener Rathause 97
- g Spielbankmittel für die Fürsorge in den Notjahren 1845/1848 99
- h verschiedene Verwendungsarten der Spielbankerträge 103
- 3 der Anteil der Gemeindeurtscheid an den Spielbanküberschüssen 106

V. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aachener Spielbank

- Anhang 109

Quellen- und Literaturverzeichnis .

Diese Abhandlung baut sich auf bisher unveröffentlichte, handschriftliche Akten des Aachener Stadtarchivs auf. Sie umfassen die Zeit von 1750 - 1863. Es wurden benutzt:

- 1) Akten betreffend das Hazardspiel Nr. 969, 1 Band (1750 - 1804);
- 2) Acta betreffend das Hazard-Spiel zu Aachen, C 28/1 Vol. I - IV;
- 3) Acta betreffend Spiel-Bank Angelegenheiten seit dem 23. August 1849 bis 1859, 28/2 Vol. I u. II;
- 4) Acta generalia betreffend Gemeindehaushalt, Communalintraden aus Versteuerungen, Verkäufen etc. 43/8 Vol. I u. II;
- 5) Acta privatissima betreffend die Spielbank Aktiengesellschaft und die Anteile der Stadt am reinen Gewinn;
- 6) Belege zur Rechnung über die Verwaltung der Spielbank zu Aachen pro 1841 - 54 (für jedes Jahr 1-3 Bände);
- 7) Akten des Vereins zur Belebung der Bade-Saison;
- 8) Akten 1920/10 Nr. 5, 6, 7, 8, 9 u. 10 ;
- 9) Aktenband 1/11 (Registratur Krämer), 3 Bände;
- 10) Rathsprotocolle und Stadtratsberichte von 1750 ab;
- 11) Manuale der Stadtrrentekasse zu Aachen 1819-1863;
- 12) Journale der Stadtrrentekasse zu Aachen 1819-1863;
- 13) Prozessakten : Stadt Aachen v. Reumontsche Creditoren Massa

Für die Einleitung und für einige Ergänzungen der Hauptausführungen wurden herangezogen:

- 1) Beurkundet wahres in seinem ganzen Zusammenhang vorgetragenes Verhalten der im Jahr 1786 in der Reichsstadt Aachen entstandenen Unruhen. Aachen 1788.
- 2) Brüning, W., Handschriftliche Chronik (1770-1796) in : Aus Aachens Vorzeit, XI. Jahrgang, Aachen 1898;
- 3) Brüning, W., Schuldenwesen der Reichsstadt Aachen : (Aachener) Politisches Tageblatt, 1901, Nr. 128;
- 4) Cronenberg, Caplan, Die Mäkelei oder Stadtratswahlgeschichten aus dem vorigen Jahrhundert, Aachen, o.J. (um 1882);
- 5) Haagen, Friedrich, Geschichte Achens, II. Band , Aachen 1873;
- 6) Hermandung, Alex, Das Zunftwesen der Stadt Aachen bis zum Jahre 1681, Aachen 1908;
- 7) Huyskens, Albert , Die Gründung der rheinisch-westfälischen poly - technischen Hochschule, in der Denkschrift: Die Technische Hochschule zu Aachen, Aachen 1920 ;
- 8) Koerfigen, Denkschrift für Staatsgläubiger, welche das Roer- Departe- ment bewohnen, Aachen, o. J. (um 1803);
- 9) Kempen, Reiner von, Die Streitigkeiten zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz als Herzog von Jülich und der Reichsstadt Aachen wegen der Vogtmeierei im 18. Jahrhundert, Diss., Aachen 1912 ; zitiert: ... Streitigkeiten;
- 10) Niessner, Alois, Zwanzig Jahre Franzosenherrschaft in Aachen (1794- 1814), Aachen 1907;
- 11) Reumont, Alfred von , Jugenderinnerungen .
- 12) Reumont, Anton Richard , Flugschrift gegen Bauvelouis, Aachen 1817;
- 13) Salm, Historische Darstellung des Armen-Wesens der Stadt Aachen, Aachen 1888;
- 14) Wienands, Franz J. , Vollständige Vergleichungstafeln der neuen republikanischen Münzen und definitivrektifizirten Masse und Gewichte mit den Alten, Aachen 1802; zitiert : Vergleichungstafeln.

V e r w e r t .

Motto:

"Tretet ein, denn auch hier
sind Götter!"

Die Geschichte der Grenzstädte eines Landes ist immer reich

Die vorliegende Abhandlung soll sich, wie ihr Name schon sagt, mit den Intraden der Aachener Spielbank befassen. Unter Intraden versteht man Zollgefälle, Staatseinkünfte oder kurz Einkünfte. Eine eingehende Geschichte der Aachener Spielbank beabsichtige ich noch herauszugeben. Die Anregung zu diesen Arbeiten verdanke ich Herrn Archivdirektor Dr. Huyskens - Aachen, dem ich ebenso wie die Herren Archivare Dr. Brüning und Dr. Munnenheff beim Auffinden der Quellen und beim Entziffern der alten Handschriften stets gern unterstützte. Es ist mir eine angenehme Pflicht, ihnen an dieser Stelle dafür bestens zu danken.

Besondere Schwierigkeiten waren beim Sammeln und Auswerten der in den einzelnen Akten und Belegbüchern zerstreuten und verschieden angegebenen Zahlenwerte zu überwinden; dies war vor allem für die Verwendung der Gelder der Fall. Ich hoffe, dass es mir einwandfrei gelungen ist.

Adolph Leo Nettmann.

I. Die Finanznot in Aachens Vergangenheit.

1. Die Verschuldung der freien Reichsstadt Aachen und ihre Ursachen.

Die Geschichte der Grenzstädte eines Landes ist immer reich an traurigen Schicksalen. Blättert man in den Annalen der alten Kaiser- und Badestadt Aachen, so findet man, dass sie diese Erfahrung nur zu oft machen musste. Dass dadurch eine ruhige Entwicklung immer wieder aufgehalten wurde, versteht sich von selbst.

An allen Kriegen in Mittel- oder Westeuropa war Aachen beteiligt, wenn auch nicht unmittelbar durch Gestellung von Truppen, so doch durch Zahlung von Zuschüssen, durch Einquartierungen, Kontributionen und was sonst der Krieg mit sich bringt. Waren einmal die Völker in Ost und West des ewigen Krieges müde, so machten die Aachener sich selbst das Leben schwer, oder deutsche Stammesbrüder in nächster Nachbarschaft sorgten dafür, dass der Stadtsäckel magere Tage behielt.

Die finanzielle Lage Aachens scheint nie rosig gewesen zu sein. Beim Studium der Stadtgeschichte findet man immer wieder Zeiten, wo die Geldschwierigkeiten gross, wenn nicht gar verzweifelt waren. Um die Wende des 15. Jahrhunderts waren die Finanzverhältnisse derart zerrüttet, dass im Jahre 1437 der Erbrat dem Drängen der Bürgerschaft nicht widerstehen konnte und einen Ausschuss wählte, der sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen sollte,¹⁾ Aus jeder Zunft waren sechs Mitglieder vertreten. Der Magistrat hatte an verschiedenen Stellen im Auslande bedeutende Summen geliehen. Es war ihm nicht möglich, sie zurückzuzahlen oder die Zinsen aufzubringen. Die Aachener Kaufleute hatten hierunter insofern besonders zu leiden, als ihnen auf ihren Geschäftsreisen in diesen Gläubigerstaaten die mitgeführten Waren festgehalten wurden. Man

1) Cronenberg, Caplan, Die Mäkelei oder Stadtratswahlgeschichten aus dem vorigen Jahrhundert; Aachen, e.J. (um 1882) S.6.

war das Schuldenmachen so gewöhnt, dass es trotzdem nicht aufgegeben wurde; selbst dann nicht, als mit den Zunftvertretern verhandelt wurde, und diese die Mittel zur Tilgung bewilligen sollten. Die Forderung der Bürger Rechnung zu legen beachtete der Magistrat nicht.¹⁾ Die Folge war, dass der Bürgermeister und der ganze Erbrath 1450 abgesetzt wurden. Die Herrschaft der Vornehmen ging verloren und die Bürger, deren Vertreter "gute Männer" hiessen, übernahmen die Stadtverwaltung. Alle drei Monate wurde ihnen und dem kleinen Rathe die Rechnung über Einnahmen und Ausgaben vorgelegt.

[Eine Besserung der finanziellen Lage war aber nicht zu verzeichnen; obwohl eine Erhöhung der Steuern eintrat, auch sonst besondere Einnahmen zu buchen waren und Ersparnisse durch Abschaffung verschiedener Aemter gemacht werden konnten, vermehrten sich die Schulden zusehends. Als man diese ebenso traurigen als unhaltbaren Zustände näher untersuchte, wurde festgestellt, dass die ersten Beamten der Stadt die Schuld trugen. Da sich darunter Männer befanden, die vorher wenig Aufwand für sich und ihre Familie machen konnten und dies seit ihrem Amtsantritt um so mehr besorgten, so glaubte man sich zu diesem Verdachte nur zu sehr berechtigt.²⁾]

[Die Religionskämpfe des 16. Jahrhunderts, der Dreissigjährige Krieg und der grosse Brand des Jahres 1656 brachten Aachen immer wieder die schwersten Rückschläge. Der "grosse Brand" ist eines der grössten Unglücke gewesen, die Aachen je betroffen haben. Um die dadurch entstandenen Schäden zu beseitigen, musste die Stadt bedeutende Geldsummen aufnehmen. Der Aufbau ging aber sehr langsam und ungleichmässig vor sich. Anderthalb Jahrhunderte später war die Häuserzahl von 1656 noch nicht wieder erreicht! Die Bebauung war

1) Crenenberg, a.a.O. S. 7.

2) Crenenberg, a.a.O. S. 22.

dünn, ungefähr ein Drittel der Bodenfläche bestand aus Plätzen, Gärten und Wiesen.¹⁾ Es ist ein Ruhmesblatt für die Aachener, dass sie ungebrochen dies alles durchgemacht und überstanden haben. Grosse Verdienste um die Stadt erwarb sich der Arzt Franciskus Blendel, der 1660 als Beamter der Brunnen-Inspektion angestellt wurde und durch seine Schriften dem Aachener Wasser seinen Weltruf verschaffte.

Als der Kriegsgott Europa immer häufiger aufsuchte, musste ihm Aachen manchen Tribut darbringen. In den Jahren 1733 bis 1738 fand der sogenannte polnische Erbfolgekrieg statt. Aachen, soweit es vom Kriegsschauplatze entfernt war, spürte dieses Ereignis nur zu sehr. Wie der Rath bei der Verpachtung der Akzisen bekannt machte, hatte die Stadt bereits 1734 an Reichs- und Kreislasten sowie an französischen Kontributionen 40-50.000 Thaler gezahlt. Er war dadurch genötigt alle städtischen Abgaben zu erhöhen. Nach kurzer Ruhepause kam 1756 bis 1763 der dritte schlesische oder siebenjährige Krieg. Das Reich und mit ihm Aachen standen auf Seiten Maria Theresias. Ein Teil des unter dem Marschall d'Estrees nach Hannover und Hessen vorrückenden französischen Heeres nahm seinen Weg über Aachen. Die einzeln ankommenden Regimenter wurden jeweils für eine Nacht im Aachener Gebiet untergebracht. Für Verpflegung und Führen wurde der Bevölkerung Bezahlung versprochen.

Die Kosten für das Reichskontingent und für die wechselnden Einquartierungen waren Erheblich. Sie luden der Stadt neue Schuldenlasten auf. Durch die Kriegsdrangsale wurden die in Aachen weilenden Kurgäste verschucht, sodass die Hauptquelle der Einnahmen versiegte. Dem Herzog Ferdinand von Braunschweig gelang es am 23. Juni 1758 bei Krefeld die Franzosen zu besiegen und Streifzüge bis Aachen zu unternehmen. Eine Aberdnung, die ihn aufsuchte, bewog ihn, den Kurort zu verschenken. Im Winter 1758/59 nahm das Regiment Du Roi, das 2800

¹⁾ Nüssner, Alois, Zwanzig Jahre Franzosenherrschaft in Aachen, Aachen 1907, S. 3.

Mannstark war, in Aachen Ruhequartier. Um die von ihm verursachten Kosten zu bestreiten, musste der Magistrat am 5. März 1759 eine Vermögenssteuer ausschreiben. Am 4. Mai rückte die Truppe wieder ins Feld. Der 24. Januar 1760 sah sie von neuem in Aachen. Diesmal sollte jeder Bürger seine Einquartierung selber verpflegen. Ferner bestimmte der Befehlshaber De Meyreunet, dass die Stadt innerhalb sechs Wochen 100.000 Rationen Heu und Hafer für die französische Armee herbeizuschaffen habe. Die andauernden Truppendurchzüge hatten die Vorräte hieran in der Stadt und in ihrem Gebiet aufgebraucht. Um das Verlangen erfüllen zu können, sah man sich genötigt, in der weiteren Umgegend diese Futtermittel mühsam aufzukaufen. Die Rationen wurden dann aufgehäuft und - verfaulten teilweise! Im dritten Kriegswinter beherbergte die Stadt das Regiment Elsass, welches am 10. Dezember 1760 erschien und am 25. Mai 1761 weiterzog. Daneben hatte Aachen noch Truppen, die von einem Jahre ins andere dort garnisonierten. Im Spätherbst marschierte diese Besatzung endlich ab.

Die Stadt war tief verschuldet. Ausser 40.000 Rthlr. Reichskentigent hatte sie in den letzten Jahren 373.000 Rthlr. verausgabt. Frankreich hatte einen Verschuss von 80.000 Kronenthaler (480.000 Livres) gefordert. Ungeachtet der gegebenen Zusicherung sind sie niemals zurückerstattet worden.¹⁾ In diesen Summen sind jene Kosten nicht enthalten, die der einzelne Bürger in den Wintermonaten zu tragen hatte. Die Bürgerschaft hatte überhaupt in diesen Jahren durch Kriegsabgaben und Teuerungen derart gelitten, dass sie fast verarmte.

Mit grosser Freude wurde deshalb von der Bevölkerung Aachens der Hubertusbürger Friede begrüsst. Die folgenden Jahre brachten dann wieder einigen Wohlstand. Der Besuch der Bäder nahm zu, und

1) Koerfgen, Denkschrift für Staatsgläubiger, welche das Reerdepartement bewohnen, Aachen, o.J. (um 1803) S. 5 .

manche hohe Persönlichkeit weilte in Aachens Mauern. Die Industrie erholte sich und die Stadtregerung störte die ruhige materielle Entwicklung nicht wie so oft vorher und nachher. Dieser glückliche Zustand sollte aber nach kaum fünfjähriger Dauer durch deutsche Stammesbrüder jah unterbrochen werden. Karl Theodor, Kurfürst von der Pfalz und Herzog zu Jülich, störte den gedeihlichen Frieden dadurch, dass er im Jahre 1768 energisch die alten jülichischen Bestrebungen, Aachen seiner Selbstständigkeit zu berauben, aufnahm und Zwistigkeiten mit der Stadt suchte. Aachen wurde durch eine kurpfälzische Truppenabteilung unter dem General Freiherrn von der Herst besetzt. Diese blieb vom 10. Februar 1768 bis zum 17. Juni 1769 und kostete der Stadt 50.406 Rthlr. Es gelang der Kaiserstadt jedoch ihre Reichsunmittelbarkeit zu bewahren.¹⁾

Zur Zeit des kurjülichischen Einfalles herrschte in Aachen wieder eine bedeutende Teuerung. Durch den Stillstand der Tuch- und Nadelfabriken trat eine grosse Verarmung der Aachener Bevölkerung ein. Der Arbeiterstand litt natürlich besonders unter der Not. Es kam wiederholt zu Unruhen. Des nachts wurden die Bäckerläden geplündert.²⁾ Um diesen traurigen Zuständen ein Ende zu bereiten, liess der Bürgermeister von Kahr eine Schiffsladung Getreide in Holland aufkaufen und zwar auf eigene Rechnung. In einer schriftlichen Anerkennung der Stadtbeamten heisst es: " als wird nach Abstattung geziemenden Danks wegen solcher patriotischen Gesinnung an Herrn Bürgermeister von Kahr durch gegenwärtiges Conclusum die Wiedererstattung seines Verschusses und Auslagen aus dem Stadt-Aerarie bestermassen versichert und zugesagt." Die Düsseldorfer Regierung liess aber nicht zu, dass dieses Getreide über

1) Kempen, Reiner von, Streitigkeiten, S.25.

2) Die geschichtlichen Tatsachen und Daten stammen, falls es nicht anders angegeben ist, aus: Haagen, Friedrich, Geschichte Aachens, zweiter Band; Aachen 1873.

jülichisches Gebiet befördert wurde. Es musste also von Reermend auf der Maas nach der Reichsherrschaft Stein gebracht und hier ausgeladen werden. Von dort wurde es durch Fuhrleute nach Maastricht und Aachen geschafft.¹⁾ So wurde dieses für Aachen so notwendige Lebensmittel ganz wesentlich verteuert. Die Not war so gross, dass der Magistrat den Bäckern gestatten musste, auch aus anderem als aus Kornfrüchten Brot zu backen. Bei der ausgedehnten Arbeitslosigkeit nahm die Verarmung der geringeren Bürger und Arbeiter dauernd zu.

In den Jahren 1758 bis 1762 hatte die Stadt für die französischen Einquartierungen 300.000 Rthlr. aufgenommen. Der jülichische Überfall von 1769, die Notjahre 1770 und 1771, kostspielige Bauten an den Thermalquellen und neuangelegte Kehlenwerke brachten Aachen weitere Geldverlegenheiten. Die Kreiskommissionen und die Kreistruppen, welche in dem Kurort ihren Sitz hatten, wurden 1791 zurückgezogen. Erstere hatte der Stadt einen Kostenaufwand von 20.000 Rthlr. verursacht. Die Hälfte dieser Summe ging auf Anordnung des Kaisers zu Lasten Aachens.²⁾ Im Jahre 1772 erhielten sich die Geschäfte wieder etwas. Die Preise der Lebensmittel sanken aber nur unwesentlich.

Die Bürgermeister und Beamten gestatteten häufig solchen Bürgern, mit denen sie befreundet waren, dass die Entrichtung der fälligen Steuern oder sonstiger Zahlungen hinausgeschoben wurden. Dies bedeutete für die Stadtkasse einen grossen Ausfall, vor allem, wenn ein solcher Schuldner bankrott machte oder ein Akzisenpächter nicht imstande war, den Pachtbetrag aufzubringen.³⁾

Aachen hatte damals 23.000 Einwohner. Die Schuldenlast

1) Kempen, a.a.O. S.19 .

2) Kempen, a.a.O. S.37 .

3) Brüning, Schuldenwesen der Reichsstadt Aachen, (Aachener) Politisches Tageblatt Nr.128 , 1901 .

der Stadt betrug 1.000.000 Rthlr. Brüning führt diese Zustände auf Mangel an Politik, Vorsicht und Ueberlegung zurück. Die Verzinsung der Schulden betrug bei einem kleinen Teile 2,5 v. H., zum grösseren 3 v. H. und bei einigen 3,5 v. H. Die Gesamtzinssumme belief sich auf 30.000 Rthlr. Da die Reineinnahme nur 32.000 Rthlr. betrug, blieb ein Ueberschuss von 2.000 Rthlr. ²⁾

Die grossen Ereignisse, die der französischen Revolution auf aussenpolitischen Gebiete folgten, umbrandeten und überspülten auch die Grenzstadt Aachen.

Den nach Osten verrückenden Truppen der Republik gelang es, die Oesterreicher zu werfen. Diese zogen am 5. Dezember 1792 in langen Zügen durch die Stadt, in der es am 14. Dezember keinen österreichischen Soldaten mehr gab. Unter dem Gesange der Marseillaise rückten am Abend des 16. Dezember die ersten französischen Truppen unter ihren Generalen Desforest und Stengel ein. Dass sie nicht gerade schonend mit dem Eigentum der Bevölkerung umgegangen sind, beweist das Pariser Dekret vom 27. Dezember, worin die Nationalversammlung als Entschädigung für die Plünderungen, welche im Gebiete von Lüttich und Aachen vorgekommen waren, 60.000 Franken anweist. ³⁾

Die Franzosen sollten sich aber nicht lange hier halten. Am 1. März 1793 wurden sie vom Prinzen von Coburg bei Aldenhoven besiegt, und am folgenden Tage mussten sie Aachen preisgeben. Die neu-erworbene Freiheit währte jedoch nur achtzehn Monate. Nach dem Siege zu Fleurus (26. Juni 1794) nahmen französische Truppen am 25. September aufs Neue von der Stadt Besitz, um sich zwanzig Jahre darin zu behaupten.

1) Brüning, a. a. O.

2) Haagen, a. a. O. S. 418.

3) (1770-1796) W. Brüning: Die Aachener

Mit Kontributionen, Lieferungen, Wegführung von Kunstgegenständen aller Art wurde die Bevölkerung fast täglich geplagt. In der Handschriftlichen Chronik finden sich u. a. darüber folgende Angaben:

"1794, den 24. September hat man uns jedem Haus ein paar schuh für die armee liefern müssen, auch mussten 100.000 brod, 24.000 mass haber, 5.000 paar neue schuh, 20.000 sch blau und rot Tuch geliefert werden.

27. Dezember ist die kontribution der länder zwischen Maas und Rhein in druck erschienen, eine Summe von 25 million, weven unsere Stadt und distikt 5millionen zahlen muss.

1795 den 22. April, unerachtet die Franzosen fast alles hervien aufgetrieben haben, ist doch heut an den strassen angeheuet werden, dass in den ländern zwischen Maas und Rhein ganz geschwind 6000 kün müssten in kontribution genommen werden, weven der sacher distikt 259 Stück liefern muss, jedech sell pro pfund 60 sels²⁾ bezahlt werden. "

Die französische Besetzung brachte neben allem anderen Unge- mach auch noch eine bedeutende Preissteigerung der Lebensmittel mit sich. Am 6. Oktober 1794 wurde der Preis des Brotes auf 18 märk fest- gesetzt, am 27. Juni 1793 war er 15 märk gewesen. Die Folgezeit

schildert uns der Verfasser der Handschriftlichen Chronik:

"10. merz 1795 haben die hiesige munizipalität den beckern gebeten auf 300 livres Straf, kein waizenbrod zu backen. am 2. und 3. april sind die lebensmittein im preis zum höchstem grad gestiegen, das brod kost 20 merk und dabei so rar, dass am 5. april am h. estertag viele menschen für geld kein brod haben konnten.

Den 4. april haben etliche bürger ihre fruchten, womit sie sich aus versorge der theurung proviantirt, aus ordre der munizipalität an die Franzosen abliefern müssen, um bei innen dem gressen mangel in etwa abzuheffen."

Am 13. April ist der Brotpreis auf 21 märk gesetzt und steigt am 1. Juni auf 24 märk. Einige Tage darauf zahlt man bereits 27 märk dafür, "und weilien schlechte polizei ist, kostet bei etlichen beckern es 28, 29 bis 30merk".

" Vom 26. juli bis 1. august ist gresser mangel an brod allhie gewesen, viele ansenliche und reiche burger haben einen kronenthaler für ein brod anerbotten und keins erhalten können, gemeine bürger und

1) Handschriftliche Chronik (1770-1796) W. Brüning in: Aus Aachens Verzeit, 11. Jahrg. S. 18 f. Aachen 1898.

2) sel, abgeleitet von solidus, altfranz. Bezeichnung des Sou.

3) Ueber Aachener Münzen siehe Anhang: Nr. 1.

arbeitsleute zu tausenden haben in zwei bis ~~tag~~ drei tag vor geld kein brod haben können, der preis desselben ist nach willkühr der becker 36, 38, 42 bis 44 merk. Gott, nach dessen willen sich alles richten muss, wolle bei diesen betrübteten zeiten unser rater und helfer sein".

Am 8. August ist das Brot neun märk abgeschlagen, und am selben

Tage mussten die Bäcker es zu 21 märk verkaufen, am 26. August fällt es bis 18märk.

Die wirtschaftliche Lage Aachens und seiner Bevölkerung wurde durch die französische Besetzung mit ihren finanziellen Anforderungen aufs Stärkste gefährdet. Kriegslasten aller Art, Erpressungen und Plünderungen, Einziehung der Kirchen- und Klöstergüter (was für die ¹⁾ Stadt die Uebernahme der Armenfürsorge und des Jugendunterrichts bedeutete), und neue Steuern/ausgaben den letzten Heller/aus dem Volke. Die Verhältnisse müssen verzweifelt gewesen sein. Ein Unglück kommt selten allein! Im Winter 1794/95 trat eine förmliche Hungersnot ein, im Herbst 1795 wütete eine Viehseuche unter den Herden und raffte vor allem im gesegneten Jülicher Land unzählige Tiere hinweg, und damit nicht genug - im gleichen Jahre ²⁾ trat eine Pockenepidemie auf, die ebenfalls reichliche Opfer forderte.

An die Stelle regelloser Beraubung der Bevölkerung trat das harte republikanische Steuersystem. Die Zustände waren dadurch vielleicht rechtlich aber nicht wirtschaftlich gebessert. Um die Einwohner der vier Departements mit den neuen Abgaben auszusöhnen, hielt der Regierungskommissar Rudler es im Juli 1798 für nötig, eine Adresse an sie zu richten. Eine gewisse Erleichterung trat für die Stadt dadurch ein, dass ein Dekret vom 1. Oktober 1804 bestimmte : Von der städtischen Schuldenlast übernimmt der französische Staat : 2.201.974 Franken während der Stadt bleiben 1.317.836 Franken. 3)

1) Haagen, a.a. O. S. 435

2) Niessner, a.a. O. S. 119.

3) Schollen, Kanzleirat, Vortrag im Verein für Kunde der Aachener Vorzeit.

Dazu kamen die Vorteile, die Napoleon der Stadt durch seine Kontinental-sperre verschaffte. Die Aachener Industrie baut sich hauptsächlich auf Tuch- und Nadelherstellung auf. Durch die Verordnung Napoleons wurden die Hauptkonkurrenten- die Engländer- ausgeschaltet. Für die Aachener Fabriken begann dadurch eine Blütezeit, und mancher Aachener hatte Grund Napoleon für seine Massregel sehr zu danken.

Durch ein Dekret vom 21. August 1810 wurden alle Stadtschulden in immerwährende Renten verwandelt. Das war ein starker Eingriff in die Privatrechte der Gläubiger. Sie hatten jetzt nur auf den Bezug der Zinsen Anspruch und nicht mehr auf eine Rückzahlung des Darlehens. Eine andere Verordnung vom 20. März 1813 befahl den Verkauf der Gemeindegüter zu gunsten der staatlichen Amortisationskasse (der Unwille des Volkes nannte sie "Mordkasse") .

Am 17. Januar 1814 mussten die Franzosen Aachen verlassen.

Das siegreiche Verdrängen der Preussen und ihrer Verbündeten zwang sie dazu. Am 9. März erschien der Generalgouverneur des Grossherzogtums Niederrhein. Auf dem Wiener Kongress wurde die Stadt Preussen zugesprochen.

2. Die Finanzverhältnisse Aachens nach 1814.

Durch die grossen Veränderungen auf politischem Gebiete, die das Jahr 1814 brachte, durch das Stecken von Handel und Verkehr und durch die andauernden Einquartierungen der Verbände war der mittlere Bürgerstand an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gekommen. Noch schlechter ging es der Arbeiterschaft, die unter der Wirtschaftskrise besonders litt, da sie keine Ersparnisse besass. Im Jahre 1815 zählte Aachen 32.000 Einwohner.

Davon bekamen 968 Personen in ihren/verschiedenen Pfarren eine Armenunterstützung; 1868, als sich die Bevölkerung um die Hälfte vermehrt hatte,

1) Schellen, a. a. O.

1)

beliebte sich die Zahl der bedüftigen Familien auf 1488.

Als die Stadt in die preussische Verwaltung übernommen wurde, war ihre finanzielle Lage vollständig zerrüttet. Zu der grossen Schuldenmasse aus der reichsstädtischen Zeit kamen auch jene Summen, die unter den Franzosen aufgenommen werden mussten. Es gelang schon bald 152.000 Franken abzutragen. Dieser Betrag wurde durch die Steuern von 382 Bürgern aufgebracht.²⁾ Bis zum Dezember 1815 fand eine weitere Schulaentilgung in Höhe 111.000 Franken statt. Die Misserate des Jahres 1816 und die Aufhebung der Kontinentalsperre verschlimmerten die Lage derart, dass Aachen Ende 1817 eine Schuldenlast von 515.000 Thalern hatte. Der Monarchenkongress von 1818 brachte Stöße von Geld in die Stadt, nichtsdestoweniger ergab sich ein Fehlbetrag von 104.000 Franken, und im Jahre 1819 ein solcher von 164.000 Franken. Die Finanznot war so gross, dass der Stadtrat trotz des lebhaften Einspruchs der Regierung die nächtliche Stassenbeleuchtung einstellen musste. Wohl genehmigte sie, dass die Stadt einen Zuschlag auf die Verbrauchssteuern legte. Um der ewigen Schuldenwirtschaft zu steuern, setzte die Regierung 1819 eine Kreisschulden-Liquidationskommission ein. Ihrer Tätigkeit ist es zu danken, dass bis zum Jahre 1822 eine Schuldsumme von 72.666 Thalern abgetragen werden konnte.²⁾ Diese Summen zeigen, welche Anstrengungen Aachen machte, um aus der Misswirtschaft herauszukommen.

Im Anfange der preussischen Herrschaft mussten noch Beiträge für die Truppen gezahlt werden, so 1814 die Ausgaben für Militärspitäler, Magazine und sonstige Bedürfnisse der Heeresmacht, welche 500.348 Franken verschlangen. Im folgenden Jahre gab es ähnliche Unkosten. Den Einwohnern

1) Haagen, a.a.O. S. 486.

2) Schellen, a.a.O.

- 12 -

~~musste die Stadt Schulden machen~~
 wurden besondere Steuern auferlegt, um die Ausrüstung der Landwehr und sonstige Kriegsausgaben zu decken. Trotz aller Anstrengungen hatte die Stadt am 1. Januar 1822 : 470.570 Thaler Schulden; die aufgelaufenen Zinsen, die ziemlich bedeutend waren, sind nicht mitgerechnet. Nicht weniger drückend war der Umstand, dass für das Schulwesen in dem letzten Jahrzehnt fast gar nichts hatte getan werden können. Ausser einer Schule für die evangelische Gemeinde bestand keine öffentliche Elementarschule in Aachen !

Neben der Abtragung der Schulden machte die Stadt auch grosse Anstrengungen, die allgemeinen Verhältnisse zu verbessern. In den Jahren 1822-1837 wurden für Neubauten, Instandsetzungen, Anlagen usw. 258.991 Thaler verausgabt. Davon entfielen auf

	Thlr.	Sg.	Pf.
Badehäuser und -anstalten	96.514	27	8
Schulen	25.442	17	1
kirchliche Zwecke	10.290	-	-
allgemeine Zwecke	126.743	20	9

Um diese aussergewöhnlichen Ausgaben leisten und gleichzeitig für alle erwaunten Bedürfnisse des städtischen Haushalts sorgen zu können, ohne dass ^{die} Kommunalabgaben für die Bürger zu drückend wurden, musste die Stadt Schulden machen. Sie nahm Anleihen auf in Höhe von 128.290 Thaler, davon konnten bis zum 1. Januar 1837 zurückgezahlt werden 86.965 Thaler, so dass noch 41.325 Thaler zu erstatten waren.

Weitere unverhargesehene Auslagen hatte die Stadt im Jahre 1830 durch das Misslingen der Ernte und durch den Ausbruch der Cholera. Die Kommunalabgaben, die bereits 50 v. H. der Staatssteuern überstiegen, reichten nicht mehr aus, um die Mittel aufzubringen. Am 15. Januar 1837 beliefen sich die alten Schulden noch auf 124.655 Rthlr. Zum Vergleich seien hier die Gesamtschulden der übrigen Gemeinden des Regierungsbezirks Aachen angeführt: sie betragen nur 41.302 Rthlr.

Das Finanzeland Aachens wurde durch das Gesetz " über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820 " weiterhin vergrössert. Durch die neuen Bestimmungen fielen für die Stadt folgende Einnahmequellen fort: das Oktroi, die Personal- und Mobiliarsteuer und die Tür- und Fenstersteuer. Einkünfte wurden also nur aus den Zuschlägen zur staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer, aus der Gemeindegemeinschaftsteuer, aus der Brennmaterialiensteuer, aus der Biersteuer und aus der Wildbret- und Geflügelsteuer gezogen. (Die Steuern sind ihrer Ertraglichkeit nach aufgezählt

Auf die Mahlsteuer kam ein städtischer Zuschlag von $33 \frac{1}{3}$ v. l. und auf die Schlachtsteuer $16 \frac{2}{3}$ v. H. Die Steuerbehörde lieferte eine Zeitlang die Anteile Aachens wöchentlich ab, da die Stadt die Beträge dringend nötig hatte. Der Zuschlag auf die Schlachtsteuer wurde bald dem der Mahlsteuer gleichgesetzt. In den Jahren 1821 bis 1823 wurden beide auf 50 v. H. erhöht, weil die Stadt immer in Finanznöten war. Die Brennmaterialiensteuer wurde im Februar 1821 eingeführt. Sie wurde geschaffen, da die Zuschläge zur staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer nicht ausreichten, um auch nur die notwendigsten kommunalen Bedürfnisse zu bestreiten!

Man hat Franziskus Blendel, den Aachener Badearzt, den Retter Aachens genannt, weil er das dortige Thermalwasser berühmt machte und so viele Fremde nach Aachen zog. Seinem Werke wäre aber der grosse Erfolg versagt geblieben, wenn in Aachen keine öffentliche Spielbank bestanden hätte. Der Kurgast der damaligen Zeit - Baron Pöllnitz schildert ihn uns sehr gut in seinem bekannten Buche " Amusements des Eaux d' Aix la Chapelle " 2) - wollte neben der Pflege seiner Gesundheit auch die nötige Zerstreuung haben, und diese suchte er gern an Spieltische. Als die Spielbank im Jahre 1854 geschlossen wurde, nahm der Fremdenverkehr Aachens auffallend ab. 3) Was wäre Blendel ohne Reumont gewesen; wie hätte sich das Werk des Badearztes ohne den Wagemut des ersten Spielpächters entwickelt! Reumont war der grössere Retter Aachens - sein Unternehmen belebte den Badeverkehr und spendete reichen Segen der Stadt und ihren Einwohnern - ein Segen, der bis auf den heutigen Tag seine Früchte trägt.

1) Schaaf, Die Gemeindeverbrauchssteuern Aachens, Diss Köln 1920.

2) auch in deutscher Sprache erschienen: Berlin 1737.

3) vergl. Tabelle auf S. 112 .

II. Die geschichtliche Entwicklung der Aachener Spielbank.

Die verschiedenen Jnhaber der Spielbankpacht.

1. Die Einzelpächter: 1764 - 1832.

Wann das Hasardspiel zuerst in Aachen aufgekommen ist, dürfte nicht mehr festzustellen sein. Noch ehe sich aber die Regierung der freien Reichstadt dagegen aussprach, sahen sich die Zünfte veranlasst, sich damit zu befassen. Die Bäcker erliessen im Jahre 1488 eine besondere Ordnung für ihren Zunftsaal, welche unter anderem verbot das Spielen, Bobbeln und Wetten um hohe Geldbeträge. In demselben Rahmen bewegen sich auch die Bestimmungen der anderen Zünfte.¹⁾

Nachdem die Hasardspiele in den öffentlichen Kaffeeschenken und Wirtsstuben der Stadt sowie in Privathäusern Ueberhand nahmen, erliess der Rath im Jahre 1750 dagegen ein scharfes Verbot. Ihm folgten andere 1778 , 1786 , 1789 , 1790 und 1793. Aus ihrem Wortlaute geht hervor, dass sie, obgleich sie in deutscher und französischer Sprache gedruckt und öffentlich angeschlagen wurden, keinen oder nur wenig Erfolg hatten.

Die öffentliche Verpachtung der Hasardspiele durch den Aachener Magistrat nahm erst im Jahre 1764 ihren Anfang. Vor dieser Zeit hat die Stadt das Spiel nie verpachtet, " noch soviel ex actis constiret ^{etwa} davon gezogen". Die Verpachtung fand statt, ohne dass dazu eine besondere Belehrung seitens des Reichsoberhauptes erforderlich gewesen wäre.

Am 15. Juni 1764 erschien folgendes Edikt:

" Demnach löblicher Magistrat hiesigen Königl. Stuhls und des heil. Römischen Reichs freyer Stadt Aachen von verschiedenen dahier anwesenden hohen Standes-Personen, so sich dormalen bey angefangener Saison hiesiger Wasser- und Baade-Cur bedienen, sehr öfter und inständigst ersucht worden, dass vorhin verbottene Pharaon-Spiel oder sogenannte Banque zu ihrem etwaigen Amusement auf eine sichere Art zu erlauben,

1) Hermannsdung, Alex, Das Zunftwesen der Stadt Aachen, Aachen 1908, S. 75.

so hat Hr. Rath in Consideration dahin gewilliget, dass das Pharaon-Spiel nicht mehr, wie vorhin leyder geschehen zum Ruine der Jugend auch gar einer ganzen Familie verdeckter in Privat-Häuseren und Schlaf-Winkelen gespielt werden, sondern daselbst immerhin, wie vorhin, unter der in vorigem gedruckten Edicto wohl ausdrücklich exprimirter Straf verboten seyn und verbleiben solle, und die also genannte Banque zum honneten Amusement der in der Wasser-Car sich dahier einfindenden Stands-Personen und Fremden in dem grossen aufm Comphaus-Badt gelegenen Caffee-Haus der Wittib Reumont auf dasigem obern grossen Saal allein, und zwar gegen baares Geld, nicht aber auf Credit, öffentlich gehalten und daselbst allein, nicht aber anderwertlich gespielt werden solle, wobei den ferner ausdrücklich verboten wird, auf Credit zu spielen, oder auch Bürge dafür zu stellen, mit der Warnung, dass gegen den Credit-Geber als Bürg.-Stellern bey Erprobungs-Fall mit einer dem Credito gemässer Straf zu Behuf dren Armen unausgestellt verfahren werden solle, welches den hiemit durch offenen Bruck zu jedermanns Nachricht, auch damit ein jeder für Schaden sich zu hüten wissen möge, bekannt zu machen verordnet. Also beschlossen im Rath den 15. Junii 1764.

Ex Mandato

D.P.M. Becker
Sekretarius."

Dieses im Bruck erschienene Edikt ist die Geburtsurkunde der Aachener Spielbank. Es sollte ihr beschieden sein eine bedeutende Rolle in der finanziellen Geschichte der Stadt zu spielen und ein Alter von fast einhundert Jahren zu erreichen.

Der Mann, dem die erste Verpachtung zugesprochen wurde, hiess Richard Reumont.¹⁾ Er bedeutete für die Stadt, die schon so vieles gesehen, doch etwas Neues - nämlich den Typ einer bisher unbekanntem Art von Unternehmer. 1765 und 1768 wurde er für je weitere drei Jahre, 1771 - 1776 auf immer ein Jahr bestätigt. 1777 gelang es ihm dann einen Vertrag auf fünfzehn Jahre am 1. Oktober beginnend abzuschliessen. Als diese Zeit abgelaufen war, wurde ihm die Ausübung der Pacht auf abermals fünfzehn Jahre übertragen. Mit dem 16. Februar 1794 sollte er in seine Rechte eintreten. Am 25. September fand der Einmarsch der Truppen der französischen Republik statt, und das Spiel hörte auf. Der General-Agent bei der zu Aachen niedergesetzten Centralverwaltung sah in den

1) vergleiche Anhang: Nr.2!

Spielhäusern nur " Werkstätten , worin Anschläge gegen die Revolution angezettelt werden." Der Betrieb der öffentlichen Spielbank war bald gestattet, bald auf einige Zeit verboten. Es herrschte anscheinend ein gewisses Durcheinander. Napoleon machte ihm durch sein Dekret vom 23. fructidor an XII (10. Sept. 1804) ein Ende. Während der Badesaison wurde das öffentliche Spiel ausdrücklich gestattet. Dem Pächter der Spiele zu Paris - einem gewissen Perrin - wurden auch die Aachener Hasardspiele unterstellt.

Im Anbetracht des grossen Verlustes, den Richard Reumont durch die französische Besetzung erlitten, und der beträchtlichen Vorschüsse, die er der Stadt Aachen geleistet hatte, ohne sie zurückzuerhalten,¹⁾ bestimmte der französische Staatsrat Miot, der mit der Generalpolizei beauftragt war, in einem Schreiben an den Aachener Präfekten Lamond am 12. brumaire an XIII (3. Novemb. 1804), dass Perrin angewiesen sei, das Aachener Bankspiel an Anton Reumont unterzuverpachten. (Richard Reumont war 1803 gestorben). Diese Entscheidung blieb ohne Erfolg. Der junge Reumont musste sich im folgenden Jahre nach Paris wenden. Unterstützt wurde er hierbei aufs Kräftigste von dem Aachener Bürgermeister von Lommessen und dem Präfekten de Lameth, die die Rechtmässigkeit seiner Ansprüche nachdrücklich bezeugten. Reumont reiste sogar zweimal nach Paris. Er gibt seinen dortigen Aufenthalt auf sechsundzwanzig Monate an. Da Perrin einfach nicht mit ihm verhandelte, konnte er nichts in dieser Zeit erreichen. Gegen 1811 musste Reumont alle Hoffnungen aufgeben. " Nie würde ich wohl unter der damaligen Herrschaft Gerechtigkeit gefunden haben", schreibt er in seiner Flugschrift gegen Beauvelouis.

Sind die Nachrichten über das Aachener Hasardspiel während der französischen Zeit spärlich, so liegen uns vom Jahre 1814 ab wieder genauere Aufzeichnungen vor.

1) vgl. Anhang: Nr. 3.

Anton Reumenk schloss am 29. April 1814 mit dem Oberbürgermeister Cornelius von Guaita auf fünfzehn Jahre einen Pachtvertrag ab. Der Generalgouverneur von Niederrhein gab seine Zustimmung; es musste aber noch die endgültige Bestätigung durch den König eingeholt werden, welcher sie durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 11.6.1816 erteilte. Das Pachtjahr begann mit dem 15. Mai. Am 30. August wurde der Vertrag vom versammelten Stadtrat angenommen.

Im August 1816 tritt ein gewisser Matthias Thimus aus Limburg als Mitpächter auf. Er liess sich bisweilen durch seinen Neffen Delceur vertreten. Anton Reumenk starb 1820. Am 16. Mai 1814 hatte er bereits vor den Notaren Schummer und Daniels alle Rechte an Thimus abgetreten. Nach Ablauf der Pachtzeit übernahm Jaques Dauveleuis die Aachener Spielbank. Thimus beteiligte sich an der Verpachtung nicht, da die neuen Bedingungen ihm nicht zusagten. Dauveleuis schloss am 10. September 1822 mit der Stadt den Vertrag ab, der nicht weniger als 23 Punkte umfasste. Im Laufe der Jahre verschlechterte sich der Gesundheitszustand des Dauveleuis derart, dass er gezwungen war sich zurückzuziehen. An seine Stelle trat am 1. Januar 1831 wieder Matthias Thimus, der aber im folgenden Jahre bereits (31. Januar) an einer Brustkrankheit starb. Sein Sohn Guilleaume sollte sein Nachfolger werden.

Richard Reumenk zahlte auf die Verpflichtungen, die ihm der Vertrag vom 9. August 1793 auferlegte, drei Verschüsse von je 25.000 Rthlr. Die Stadtverwaltung wollte später nur einen davon erhalten haben, während die Reumenk'schen Erben behaupteten, dass alle drei bei der Stadtkasse eingezahlt worden waren. In den Gerichtsverhandlungen wurden die Ansprüche der Erben anerkannt. 1) Da die Stadt Aachen diesen Prozess in allen Instanzen verlieren hatte, wozu

noch die andauernde Geldknappheit kam, musste sie sehen, sich Mittel zu verschaffen. Die Spielgewinne sollten zu dem Zwecke der Gemeinde mehr als bisher erhalten bleiben, und wollte man die Pacht nicht mehr an Ausländer vergeben. Diese Pläne konnten nur zur Durchführung kommen, wenn sich ein Aachener fand oder gar eine Reihe von Bürgern sich zusammensetzte, um das mit der Pacht verknüpfte Wagnis zu übernehmen.

1) vergl. Anhang Nr. 3 .

2. Die Aktiengesellschaft der Spielbank Entreprise von Aachen :
1832 - 1841 .

Um das für das Spielunternehmen notwendige Betriebskapital leichter zu bekommen, war für die neue Gründung die Form der Aktiengesellschaft vorgesehen. Es sollten 40 Aktien zu 1000 Rthlr. aus gegeben werden. Nicht bald fanden sich genügend kapitalkräftige Aachener, und der Plan, die Spielgewinne in erhöhtem Masse der Stadt Aachen zuzuführen, war gesichert. Die Aktiengesellschaft legte sich den Namen " Aktiengesellschaft der Spielbank Entreprise von Aachen " bei. Ihr Sitz war in Aachen - im neuen Redoute Gebäude, in dem sich auch die Spielräume befanden. Am 30. Mai 1832 wurde der Vertrag mit der Stadt getätigt, welcher am 11. August seine Genehmigung durch den König Friedrich Wilhelm III. fand. Die Uebernahme der Bank durch die Aktiengesellschaft bezweckte nicht die Pachtsumme zu erhöhen, sondern nur die Spielgewinne Aachener Bürgern zukommen und die Stadt selbst am Reingewinn teilnehmen zu lassen.

Zum Beweise, dass die Aktiengesellschaft die Spielbank mehr in gemeinnütziger Absicht als des eigenen Vorteils halber übernommen hatte, verzichtete sie im Voraus auf die Hälfte des sich ergebenden Ueberschusses zugunsten der Stadt. Sie tat dies besonders unter Berücksichtigung der drückenden Last, die Aachen an der Reumontschen Masse, die sich immer noch auf 70.000 Thaler ¹⁾ belief, zu tragen hatte. " Dieses ungewöhnliche Anerbieten " wurde als " eine von hiesigen Einwohnern gebrauchten patriotischen Gabe " gerühmt.

Um überschüssige Gelder rentbar zu machen, sah sich die Aktiengesellschaft bald veranlasst, sie bei guten Bankhäusern in Köln unterzubringen. Die Stadt Aachen erhielt die Hälfte der Zinsen. Die Geschäfte

1) Die Zusammenstellung auf S. 84 ergibt: 65.413 Rthlr. 27 3/4 Pf.

der Aktiengesellschaft gingen gut. Das geht auch daraus hervor, dass die Gesellschafter am 16. Dezember 1835 eine Summe von 20.000 Thalern für ein neues Hospital, dessen Aachen dringend bedurfte, zur Verfügung stellen wollten, falls sie von 1841 ab wieder die Verwaltung der Spielbank übernehmen konnten. Die Stadt war diesem Anerbieten günstig gesinnt und bat in einem langen Gesuche den König um seine Genehmigung. Die Regierungsstelle in Aachen schlug indessen vor, die Frage der Pacht-erneuerung dadurch zu lösen, dass die Stadt die Spielbank in Selbstverwaltung übernehmen sollte. Die Aachener Stadtväter fanden aber an diesem Vorschlage keinen Gefallen. Man muss zugeben, dass das Verhältnis der Stadt zur Aktiengesellschaft ersterer nur grosse Vorteile gebracht hatte. Die Stadt Aachen hatte weder für die Beschaffung des Aktienkapitals zu sorgen, noch die Wechselfälle des Glücks von Jahr zu Jahr zu tragen. Am Ende eines jeden Jahres wurde ihr der vertragsmässige Anteil aus dem reinen Gewinne, den die Saison ergeben hatte, zugewiesen. Was die Stadt einmal eingenommen hatte, war ihr gesichert; für spätere Verluste musste ein Reservefonds, von dem die Stadt ebenfalls am Schluss der Pachtzeit ihren Anteil erhalten sollte, oder das Aktienkapital einstehen. " Kurz es bestand zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft gleichsam eine *societas leonina*,¹⁾ wozu Wohlbemittelte von Gemeinsinn beseelte Einwohner einer Gemeinde zu Gunsten derselben, schwerlich aber fremde Unternehmer sich bequemen konnten," lesen wir in einem Berichte des Oberbürgermeisters.

1) siehe Anhang Nr. 1
auch leoninische Gesellschaft genannt. Das ist eine Löwengesellschaft d.h. eine rechtswidrige Gemeinschaft, in welcher Einer oder Einige, gleich den Löwen in der äsopischen Fabel, allen oder einem unverhältnissmässig grossen Vorteil, ein oder einige Gesellschafter nur Gefahr und Schaden haben.

Dass die Stadtverwaltung am Ende der Pachtzeit mit der Aktiengesellschaft zufrieden war, geht aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters vom 28. Januar 1841 hervor, worin es heisst: " Ich benutze diese Gelegenheit Einer das Zeugnis zu erteilen, dass Wohldieselbe während der nunmehr abgelaufenen Pachtzeit die kontraktlichen Verbindlichkeiten pünktlich erfüllt, dies Geschäft mit Umsicht, Ordnung und

strenger Rechtlichkeit geführt, sich gegen die Stadt stets loyal benommen und daher nicht zu den mindesten Differenzen Anlass gegeben hat, sodass ich mich verpflichtet halte meine besondere Zufriedenheit hierfür an den Tag zu legen. "

3. Die Spielbank unter städtischer Selbstverwaltung: 1841 - 1849.

Der grosse Nachteil der *kollegialen* Verwaltung ist immer der gewesen, dass es so schwer hält, schnelle Entschlüsse zu fassen. Das zeigte sich auch in Aachen, als die Spielbank ganz auf die Stadt übergehen sollte. Die Mitglieder des Stadtrates befanden sich in einer schwierigen Lage. Bei guten Erfolgen, welche die bisherigen Spielpächter gehabt hätten, trauten sie nicht, sondern sahen nur das Wagnis, das sie eingehen sollten, reisengross vor sich. Die herrschende Meinung war: lieber kleine, aber sichere Gewinne durch die Aktiengesellschaft als grössere Erträge in eigener Verwaltung, verbunden mit der Verlustgefahr. Der Oberbürgermeister Emunds schrieb darüber an die Regierung folgendes: " Die Stadt muss das erforderliche Betriebskapital allein beschaffen und muss ebenso allein den eventuellen Verlust tragen. Sie setzt dabei einen bedeutenden Teil ihres Patrimonial-Vermögens aufs Spiel. Die Aktionäre riskierten äussersten Falls nur ein kleines Kapital. "

Dem städtischen Finanz-Comité wurde die Angelegenheit zur Begutachtung überwiesen. Am 8. März 1836 sprach es sich für die Selbstverwaltung aus. In der Stadtratsitzung vom 11. März stellte sich die

Meinheit auf denselben Standpunkt. Der Oberbürgermeister und acht Stadtvater waren für Beibehaltung der Verpachtung.

In der Allerhöchsten Kabinetts Order vom 29. Mai 1836 bestimmte der König dann die Spielbank für die Stadt, der er " in ihrer be - drängten Lage durch nochmalige Conzessionierung des Spiels zu Hilfe kommt." Die Stadt war mit den königlichen Bestimmungen nicht ganz einverstanden. Der Schriftwechsel ging weiter, bis eine neue A.K.O. vom 6. August 1837 die endgültige Entscheidung Seiner

Majestät brachte. Sie bestimmte u. a. : " Die Stadt hat die seitherige jährliche Pacht in derselben Art zu berechnen und zu verwenden, sowie alle anderen der jetzigen Aktiengesellschaft vertragsmässig obliegenden Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Regie der Spiel - unternehmer bleibt fortwährend der Kontrolle der Staatsverwaltung unterworfen, sowie über den der Stadt Aachen anheimfallenden Teil des Gewinnes nur unter Genehmigung der dortigen Regierung disponiert werden darf, welcher letzteren zur Pflicht zu machen ist, nur solche Verwendungen zu genehmigen, die der Stadt zum bleibenden Nutzen gereichen. "

Interessant ist es, in einem Briefe des Ministers von Rochow vom 14. November 1836 zu lesen, dass der König das Spiel nur deshalb genehmigt hat, um zu verhindern, dass die Zahl der Badegäste abnimmt. Das war der einzige Zweck der königlichen Entscheidung.

" Dieser neue Beweis der königlichen Huld übertrifft bei weitem alles, was der König für eine andere Provinzstadt getan hat. "

Von der Regierung wurde bestimmt, dass sobald die Stadt das Spiel in Selbstverwaltung nimmt, " dasselbe ein Gegenstand des allgemeinen städtischen Haushaltes wird und also auch alle Einnahmen und Ausgaben in gleicher Art wie die städtischen Jntraden behandelt und verrechnet werden müssen."

Der Vertrag zwischen der Regierung und der Stadt wurde endlich am 31. Januar 1839 abgeschlossen. Das bedeutete aber immer noch keine endgültige Abmachung; denn die Schreibflut nahm trotzdem kein Ende. Am 24. Februar 1841 erfolgte abermals eine Genehmigung der Regierung zur Selbstverwaltung der Bank durch die Stadt. Gleichzeitig war sie mit der Wahl Deusners zum Direktor einverstanden, welcher diesen Posten bereits bei der Aktiengesellschaft innegehabt hatte. Ein besonderes, 1841 erlassenes und von der Regierung genehmigtes Reglement gab die Richtlinien für die Verwaltung der Spielbank.

So war der Fall eingetreten, dass eine deutsche Stadt die Inhaberin einer Spielbank war. Es sollte ihr nur zum Vorteil gereichen. Acht Jahre konnte sie sich dieses Monopoles erfreuen; da hob die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 8. Januar 1849 die Spielbanken in den deutschen Badeorten: Aachen, Ems, Baden-Baden, Homburg und Wiesbaden auf. Die öffentliche Verwaltung der Aachener Spielbank musste deshalb eingestellt werden. Für die nächsten Monate blieben die Spieltische geschlossen, und es war noch nicht bestimmt, ob sie je wieder geöffnet werden würden.

4. Der Verein zur Belebung der Badesaison zu Aachen: 1849 - 1854.

Als im Jahre 1849 die Spielbank nicht eröffnet wurde und damit eine Quelle versiegte, aus der die Kosten für Verkehrsverbesserungen und Verschönerungen bestritten wurden, fanden sich im Mai

einige Aerzte und Gastwirte zusammen, die die Gründung eines Vereins, der sich dieser Dinge annehmen sollte, in die Wege leiteten. Sie hatten Erfolg. Sie gaben ihrer Gemeinschaft den Namen " Verein zur Belebung der Badesaison " . Im Gründungsjahre meldeten sich sogleich 118 Mitglieder, die an freiwilligen Beiträgen 390 Thaler aufbrachten. Einige Aachener Vereine entsandten ihre regelmässigen Vertreter in den Vorstand.

Da Aachen die Einnahmen aus der Spielbank so bitter nötig hatte, versuchte die Stadtverwaltung mit allen Mitteln die Fortsetzung des alten Spielrechts zu erlangen. Um die Entscheidung der Staatsregierung zu beschleunigen, sah man sich veranlasst, eine besondere Kommission im Jahre 1849 nach Berlin zu entsenden . Ihre Bemühungen blieben insofern ohne Erfolg, als sie keine förmliche Erlaubnis zum Betriebe einer Spielbank erhalten konnte. Wohl wurde ihr auf indirektem Wege mitgeteilt, in welcher Weise die Stadt Aachen zwar keine öffentliche aber doch eine für Fremde, " welche durch Stand und unabhängige Stellung ^{sich} dazu eignen, zugängliche Spielbank im Interesse der Commune betreiben lassen könne".

In einer Sitzung des Vereins zur Belebung der Badesaison vom 15. August 1849 machte Ober-Bürgermeister Palzer Mitteilung über die Verhandlungen mit den Staatsbehörden. Daraus ging hervor, dass eine Wiedereröffnung der Bank nur dann möglich sei, wenn der Vorstand des neugegründeten Vereins bereit wäre dabei mitzuwirken. Er sollte das Spiel in seinen küsseren Einrichtungen " nominell arrangieren". Zur Ueberwachung der Spielbank setzte die Stadtverwaltung einen besonderen

Ausschuss ein "das Comité für die Spielbankangelegenheiten".

So konnte denn die alte Aschener Spielbank durch den genannten Verein wieder zu neuem Leben erweckt werden. Am 23. August 1849 fand die erste Spielsitzung in seinen Räumen statt. Mit diesem Tage begann auch die Spielssaison des Jahres 1849, da die Spielbank vom 1. Mai ab geschlossen gewesen war.

Als Betriebsfonds waren 53,317 Thir. 11Sg. 6 Pf. aus der Kasse der aufgelösten Bank übernommen worden. Der Zutritt zum Spielsaal war nur noch nach Lösung einer besonderen Karte möglich.¹⁾ Im Laufe der Jahre scheint der Andrang zum Spiel stark gestiegen zu sein; denn im Jahre 1853 heisst es in einem Schreiben an den damaligen Stadtbaumeister Ark, dass es vor allem nötig sei, ein geräumiges Lokal zu beschaffen.

Dieser Plan kam aber nicht mehr zur Durchführung, und er wurde auch überflüssig; denn im folgenden Jahre wurde die Aschener Spielbank endgültig geschlossen, nachdem sie fast ein Jahrhundert bestanden hatte.

Die Spielbank war von 1849 ab nicht öffentlich und auch nicht mehr in städtischer Selbstverwaltung. Notgedrungen hatte die Stadt sich für diese Einrichtung entschliessen müssen, die nur geduldet, vielfachen Beschränkungen unterworfen und ohne Sicherheit des Fortbestehens war. Die Vertreter der Stadt, die 1849 in Berlin weilten, hatten bei dem Minister von Manteuffel, der vom ersten Augenblicke an eine grosse Willfährigkeit gezeigt hatte, der Stadt in ihren alten, verbrieften Forderungen gerecht zu werden, nur diese Art Buldung erreichen können. Der König scheint sich

1) Die Spielgesellschaft war viel ausgemerkter als vorher und oft aus den reichsten französischen und holländischen Finanzleuten zusammengesetzt.

in dieser Zeit nicht mehr näher um die Aachener Spielbank bekümmert zu haben. So konnte sie bis zum Jahre 1854 weiter bestehen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz von Kleist-Netzow ordnete in diesem Jahre an, dass die Bank mit dem 1. Oktober des laufenden Jahres geschlossen werden sollte. Es geschah dies auf ausdrückliche höhere Weisung. Der Minister des Inneren von Westphalen scheint dabei die treibende Kraft gewesen zu sein. Das geht deutlich aus seinem Schreiben vom 13. September 1854 hervor. Es heisst dort:

"Euer Hochwohlgeboren erwidere ich auf den gefälligen Bericht vom 26. Juli a.c. ergebenst, dass ich mich nach sorgfältiger Prüfung der Sache mit Ihrer Auffassung nur dahin habe einverstanden erklären können, dass der Fortbetrieb des Hazardspiels in Aachen sowohl den Grundsätzen der Moral als auch den Bestimmungen des Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 zuwiderlaufen, dass ferner die der Stadt Aachen hinsichtlich des Gemusses des Spielgewinns erteilten Zusagen bereit überreichlich erfüllt seien und dass endlich diesen Gründen gegenüber, die gegen die Einstellung des Spieles geltend gemachten Motive nicht von entscheidendem Gewichte erscheinen. In diesem Sinne habe ich Sr. Majestät dem Könige über die Sache Vortrag gehalten, wonach Allerhöchstselben meiner Ansicht beizutreten und zu überlassen geruht habe, wegen sofortiger Schliessung der Spielbank zu Aachen das Erforderliche zu verfügen...."

In einem Schreiben vom 10. Oktober 1854 beeilt sich die königliche Regierung in Aachen unt.a. folgendes der Stadtverwaltung mitzuteilen:

"..... In der letzteren Beziehung ¹⁾ hat indes der Herr Minister gleichzeitig anerkannt, dass ein Missbrauch der bisherigen Spielerlaubnis seitens der städtischen Behörden nicht stattgefunden habe und wir nehmen keinen Anstand dieses hiermit ausdrücklich auszusprechen...."

Die Stadtverwaltung hat natürlich gleich um eine Verlängerung der Spielzeit; bis zum 30. September war sie jedoch nicht genehmigt. Am 1. Oktober traf eine Depesche des Ministers des Innern von Westphalen mit der Nachricht ein, dass noch weiter gespielt werden dürfe. Nach drei Tagen war aber dann doch das endgültige Ende der Bank

1) bezieht sich auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851.

da. Eine neue Depesche vom 4. Oktober ordnete an, dass sofort geschlossen werden sollte. Die königliche Regierung in Aachen verlangte vom Oberbürgermeister, dass er umgehend die Meldung des Geschehenen machen sollte. Er konnte jedoch antworten, dass die Polizei schon vorher da gewesen sei, und ^{dass} sie die Schliessung bewirkt habe.

In der Geschichte Aachens sollte die Spielbank aber auch später nochmals eine bedeutende Rolle spielen. Als es sich darum handelte in Westdeutschland eine polytechnische Hochschule zu errichten, war sie es, die Aachen aus dem Wettbewerb mit den Städten Köln, Koblenz, Bonn und Düsseldorf hervorgehen liess. (Ein besonders langer und scharfer Kampf war mit Köln zu bestehen.)

Der Aachener Regierungspräsident Kuhlwetter schrieb in einem Gutachten vom 20. März 1858:

„ Den Gewinn eines polytechnischen Instituts würde die Stadt als einen Trostgrund für den Verlust des Spiels zu betrachten haben. 1)

Der damalige Prinzregent äusserte dann auch in einem Handschreiben an den Handelsminister vom 29. Januar 1859, dass er die der Stadt Aachen durch den Eingang der Spielbank entstandenen Verluste berücksichtigt haben wolle. 2)

Im Jahre 1864 fällt endlich die Entscheidung zu Gunsten Aachens.

III. Der wirtschaftliche Aufbau der Spielbank.

1a) Die Spielerträge und Reingewinne unter den Einzelpächtern.

In den Spielsälen waren die Glücksspiele "Roulette" und "Trente et un" eingeführt.

Wie die Spielgewinne unter den Einzelpächtern ausgefallen sind, war nicht genau zu ermitteln. Zu ihrer Zeit kannte man noch

1.) Huyskens, Albert, Die Gründung der rheinisch-westfälischen polytechnischen Schule, Aachen 1920, Seite 16.

2.) Huyskens, a.a.O. S. 29.

nicht eine solche geordnete Buchführung, wie sie im 19. Jahrhundert ihre Verbreitung fand. Da die Pächter verschiedentlich höhere Pachtsummen entrichten mussten, ist anzunehmen, dass die Spielerträge ihnen dies ermöglichten. Richard Reumont selbst gibt uns darüber folgende Auskunft:

„ Wenn man zurückdenkt, dass die ersten Jahre nur 800-1000-1900 Rthlr. ~~ausgebracht~~ gebracht haben, dass sie nachher auf 4000 Rthlr. gestiegen..... so wird sich mancher vorstellen, dass der Octroyrte ungeheuerere Summen zurückgelegt haben müsse; allein derjenige bedenke nur, dass das Spiel, sowie jede andere Sache stufenweise gegangen ist; dass, ehe man eine Entreprise zur Vollkommenheit bringt, ein Haufen Jahren unbenutzt vorbeifliessen, dass der Octroyrte, ehe er sich die nötigen Kenntnisse erworben, sehr vieles und teures Lehrgeld gegeben habe, dass von Anfang der Spiel-Octroy bis an den letzten Bekannten Revolutions-Jahren durcheinander gerechnet keine beträchtliche Summe gewonnen worden, dass es in den ersteren bis in die Mitte der fünfzehn Octroyrten Jahren verschiedene Jahre gegeben hat, welche kaum, ja verschiedentlich nicht einmal die Octroy-Summe herausgebracht haben. Dass aber die letzten Revolutions-Jahren mehr ausgebracht haben, als alle vorherigen Jahren überhaupt genommen, während welcher er die Hasardspiele vom hohen Rathe übernommen hat.“

Über die Erträge aus der Spielverpachtung vom Jahre 1777 äussert sich Reumont in einer Eingabe an Bürgermeister, Schöffen und Rath, welche am 16. Juni 1786 im Rath verlesen wurde, folgendermassen:

„ Nicht nur die ersten Jahre, welche dem Unternehmen den Schwung hätten geben sollen, flossen unfruchtbar ab wodurch die schwer aufgenommenen Kapitalien, statt Minderung den wichtigsten Zusatz an Zinsen erhielten, und mein Kredit die schädlichste Stockung litte, sondern es wurden gar auf einmal meine am Spiele mitbetheiligten Gläubiger meine gerichtlichen Kläger, die mich, wollte ich meinem unersetzlichen Verderben ausweichen, nötigten auf jedwede schädlichste Art, wie immer ich konnte, ihre Befriedigung zu Stande zu bringen. Diese und mehrere dergleichen für mich höchst wichtige Zufälle versetzten mich ~~jetzt~~ wider meinen Willen in die Not, dass ich in Ansehung der Vorschüsse um etwa ein drittes Teil in Rückstand verbleiben müsse, während dass gleichwohl die laut Berechnung nach Maassgabe und Verlaufe der Jahren genommenen Zahlungen merklich höher gegangen sind.“

Im Jahre 1786 scheint es ihm besser gegangen zu sein; denn er fährt in seinem Schreiben fort:

„ Bei meinem nunmehr gebesserten Zustande würde ich auf die Ab-

führung des Rückstandes in mehr erwähnten Vorschüssen gar nicht gesäumt haben, dafern die schwere Übernahme des Redoutengebäudes nicht ungeheuerer Fonds erfordert hätte, die auch in diesen Jahren erst fruchtbar zu werden anheben."

Ein unbekannter Briefschreiber bemerkt unter dem 29. Juli 1786 zur Frage der Spielbank:

Man beklage sich, dass der Spielunternehmer während seiner Pachtzeit ein beträchtliches Vermögen erworben habe. Früher hätten die Spiele der Stadt fast gar nichts eingebracht. Dem Reumont sei seine gewagte Combination gelungen. Würde man ihn im unglücklichen Falle entschädigt haben? Nun wolle man die Absetzung dessen, welcher der Stadt die reichste Hilfsquelle (la branche la plus lucrative des revenus) eröffnet habe.¹⁾

In den letzten Jahren des Pachtvertrages vom Jahre 1777 nahm das Hasardspiel einen bis dahin „beispiellosen Grad von Ausdehnung und Prosperität an“. Das war einestheils auf den Zustrom der französischen Emigranten, anderseits auf das Heer der Verbündeten zurückzuführen. Diesen Verhältnissen muss es denn auch zugeschrieben werden, dass die Pacht des Spiels im Vertrage von 1793 auf eine ~~solche~~ bedeutende Höhe gestiegen ist und dass der Pächter auch noch die nicht geringen Nebenleistungen übernehmen konnte.²⁾ Leider wurde die Ausführung unmöglich, als die Franzosen im September 1794 in Aachen einrückten.

Wie die Spielgewinne in der französischen Zeit (bis 1814) für den Pächter ausfielen, lässt sich nicht feststellen. Im allgemeinen werden sie nicht bedeutend gewesen sein, da die öffentliche Bank häufig für längere Zeit geschlossen war.³⁾ Bei dem Zwangskurs der Assignaten wurden dazu noch „alle Combinationen welcher Art zerrüttet“, wie es in einem Berichte heisst.

1) Haagen, a.a.O. S. 386.

2) vergl. S. 42 f.

3) Dies soll dem belgischen Gadeord Spa sehr zuzuschreiben gekommen sein. Die dortige Spielbank erfuhr nie plötzlich eines großen Genußes. Die Folge war, daß der Ort nie schnell vom Dorfe zum Härtchen entwickelte.

Irgendwelche zahlenmässige Angaben für die allgemeinen Einnahmen unter den Einzelpächtern (also von 1764 bis 1832) liegen nicht vor. Wohl gibt folgender Nachweis einen [Überblick über die Reingewinne der Pächter Thimus und Dauvelouis: 1)

1819	108.514	frcs	89	ct.
1820	2.350	"	83	"
1821	18.045	"	90	"
1822	61.272	"	86	"
1823	80.696	"	35	"
1824	85.320	"	82	"
1825	84.053	"	7	"
1826	177.598	"	27	"
1827	55.592	"	3	"
1828	55.062	"	25	"

Diese Zusammenstellung zeigt, mit wie wenig Sicherheit die Pächter auf einen regelmässigen und hohen Gewinn rechnen konnten. Es kamen ganz bedeutende Schwankungen vor. Von 108.514 frcs. im Jahre 1819 fällt der Reingewinn im folgenden Jahre auf 2.350 frcs, um dann bis 1825 von Jahr zu Jahr sprunghaft in die Höhe zu gehen.²⁾ Während dreier Jahre bleibt er darauf gleichmässig hoch; 1825 auf 1826 tritt eine solche Steigerung ein, dass die Rekordziffer von 177.598 frcs erreicht wird. Dauvelouis wird sich wohl an die Launen der Glücksgöttin bereits so gewöhnt haben, dass die Rückschläge der Jahre 1827 und 1828 ihn nicht zu hart trafen, umsomehr als er aus dem vorhergehenden Glanzjahre gewiss noch Reserven hatte, falls sie nicht zur Deckung von Schulden aus den weniger günstigen Jahren gedient hatten.

Während der oben aufgeführten Pachtzeit von 10 Jahren war ein Gesamtgewinn von 729.507 frcs 27 ct. zu verzeichnen, im Jahresdurchschnitt sind das 72.950 frcs.

Nicht unerheblich für eine richtige Beurteilung der Ertragsfähigkeit des Hasardspiels zur damaligen Zeit mag folgendes sein.

1.) Aktenband 28/1 Vol. II S. 217.

2.) Die Ursache dieser Schwankungen konnte nicht ermittelt werden. Der Aachener Geschichtsschreiber Hagen behandelt die Jahre nach 1815 nur ganz kurz. (Vergl. Hagen, a.a.O. S.535.)

Als sich 1832 nach dem Tode des Thimus die Gelegenheit bot, einen Unternehmer zu suchen, der ein noch höheres Angebot machen konnte als das des Verstorbenen, fand sich nur ein Franzose Anger, der bereit war, ein Mehr von 3000 Rthlr. zu zahlen. Die Erben des Thimus wurden von der königlichen Regierung „ad protocollum“ befragt, ob sie diese Summe gegen die Zusicherung der Fortdauer ihrer Conzession zu zahlen bereit wären. Bei dieser Verhandlung war der langjährige Geschäftsführer und Mitbeteiligte Delcour zugegen, der sicher ^{u.)} einen tiefen Einblick in die Ertragsfähigkeiten und Geldverhältnisse der Spielbank hatte. Er und seine Verwandten mussten es aufs Bestimmteste ablehnen, eine solche Erhöhung des Pachtbetrages zu übernehmen. Man schien der Meinung zu sein, dass mit der Steigerung von 30.000 auf 40.000 frcs. bereits das äusserste geleistet worden sei und ein weiteres billigerweise nicht verlangt werden könne.

Zusammenfassend möchte ich glauben, dass die Einzelpächter - abgesehen von einigen unergiebigem Jahren - im allgemeinen auf ihre Kosten gekommen sein werden. Sie hätten sonst nicht/den häufigen Pachtsteigerungen zugestimmt. Zu den Berichten Reumonts ist zu bemerken, dass er sie als kluger Geschäftsmann etwas schwarz gemalt hat, um nicht noch höhere Pachtsummen zahlen zu müssen. Die vielen Verbote gegen das heimliche Hasardspiel lassen vermuten, dass man eifrig diesem Glücksspiele oblag. Die Edikte der Jahre 1778, 1786, 1789, 1790 und 1793 ¹⁾ werden dazu beigetragen haben, dass die Spiellustigen die öffentliche Bank aufsuchten.

1) vergl. S. 15 †

III. 1 b) Die Spielerträge und Reingewinne unter der
Aktiengesellschaft.

Für die Zeit, wo die Aachener Spielbank unter der Verwaltung der Aktiengesellschaft stand, haben wir genaue Zusammenstellungen über die Erträge und Reingewinne, die das Spiel abwarfen. Die untenstehende Tabelle gibt einen Ueberblick über die ganz bedeutenden Einnahmen und Reingewinne, welche in der Zeit von 1832 bis 1840 zu verzeichnen waren.

Jahr	Spielertrag			Reingewinn		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832	48.575	7	3	5.140	19	9
1833	70.553	15	0	42.836	21	9
1834	79.606	22	6	52.248	3	11
1835	49.150	4	6	23.211	6	9
1836	54.621	29	6	30.147	24	9
1837	66.565	21	9	39.867	0	0
1838	94.479	16	1	68.555	4	6
1839	80.482	5	0	53.883	0	0
1840	98.330	22	6	69.503	21	11
<i>zus.</i>	642.365	24	1	385.393	13	4

Die Aktiengesellschaft der Spielbank Entreprise trat in einem dem Hasardspiele ganz besonders ungünstigen Jahre ins Leben: 1832 herrschte in Aachen die Cholera und hielt alle Fremden fern, und diejenigen, welche die Aachener Bäder bereits aufgesucht hatten, verliessen fluchtartig die Stadt. Der Spielertrag belief sich deshalb nur auf 48.575 Rthlr. Der Reingewinn ist so gering, da der „trockene Weinkauf“¹⁾ beglichen werden musste; er ist in den Ausgaben mit 13.781 Rthlr. 7 Sg. 6 Pf. eingesetzt.

1) *Der S. Weinkauf (Winkop) ist der beim Abschluss eines Kauf- oder Pachtvertrages zur Bekräftigung des Rechtsgeschäftes gegebene Wein. Beim trockenen Weinkauf fand fand eine Geldzahlung statt, die eine bedeutende Höhe erreichen konnte.*

In den folgenden Jahren waren die Spieleinnahmen bis auf das Jahr 1835, welches einen Rückschlag brachte, immer über 50.000 Rthlr. und die Reingewinne regelmässig über 30.000 Rthlr. Über die plötzliche Steigerung der Spieleinnahmen in den Jahren 1833 und 1834 gibt der Aachener Oberbürgermeister in einem Bericht aus dem Jahre 1837 folgende Erklärung:

"..... Die politischen Zerwürfnisse zwischen Holland und Belgien waren noch frischer, aus Belgien war der Zufluss der Badegäste nicht zahlreich, grösser dagegen jener aus Holland und die reichen Holländer, welche vor der belgischen Revolution im Sommer Brüssel und Spa viel besuchten, trugen nicht wenig zur Belebung der Hasardspiele bei. In dem nämlichen Masse, wie die Belgier wieder nach Aachen kommen, haben die holländischen Gäste, welche den Contact mit ihren feindlichen Nachbarn gerne vermeiden, Aachen wieder verlassen und dagegen Wiesbaden, Ems, Badenbaden usw. besucht, von wo sie schwerlich in der früheren Anzahl herüberzuziehen sein werden." 1)

Der Rückgang der Einnahmen im Jahre 1835 wird demnach mit der Abwanderung der Holländer aus Aachen zusammenhängen.

Während ihres neunjährigen Bestehens konnte die Aktiengesellschaft die schöne Summe von 642.365 Rthlr. als Einnahme buchen; die Reingewinne betragen in der Zeit 385.393 Rthlr.; im Jahresdurchschnitt also 71.373 Rthlr. bzw. 42.821 Rthlr.

Die Aktionäre wurden für ihren Entschluss, die Bank zu übernehmen, reichlich entschädigt. Das Kapital, welches sie zur Verfügung stellten, wurde mit 5 v.H. verzinst. Ausserdem waren sie am Ertrage der Spielbank derart beteiligt, dass sie ein Drittel des Reingewinnes erhielten. Dies war von Sr. Majestät angeordnet worden. Er hatte ferner bestimmt, dass die Stadt Aachen ein weiteres Drittel bekam, während der Rest dem Reservefonds zuzuführen war. Am Ende der Pachtperiode sollten die Gesellschafter und die Stadt sich in die aufgelaufenen

1) Aktenband 28/2 Vol. II S. 212 f.

ne Summe gleichmässig teilen. Sie erhielten demgemäss je 51.858 Rthlr. 4 Sg. 9 Pf. Der Zinsertrag des Reservefonds wurde jährlich ausgezahlt. Die Aktienbesitzer hatten während der Pachtzeit folgende Einnahmen zu verzeichnen:

Jahr	Anteil am Reingewinn c und Zinsen des Re- servefonds			Zinsen vom Betriebskapital	Anteil am Reservefonds		
	Rthlr.	Sg.	Pf.		Rthlr.	Rthlr.	Sg.
1832	1.713	16	7	2.000			
1833	14.278	27	3	"			
1834	17.416	1	4	"			
1835	7.737	2	3	"			
1836	10.049	8	3	"			
1837	13.289	0	0	"			
1838	22.851	20	0	"			
1839	17.961	0	0	"			
1840	34.761	27	3	"	51.858	4	9
zus.	140.048	22	11	18.000	51.858	4	9

Die Aktionäre erhielten während der neun Jahre, die die Aktiengesellschaft bestand, eine Gesamteinnahme von 209.906 Rthlr. 27 Sg. 8 Pf. Der Anteil am Reingewinne hatte mit den jährlich ausgezahlten Zinsen des Reservefonds die Summe von 140.048 Rthlr. 22 Sg. 11 Pf. ergeben. An Zinsen auf das Betriebskapital wurden 18.000 Rthlr. gewonnen. Der Anteil des Reservefonds, welcher ihnen Ende 1840 ausgezahlt wurde, betrug 51.858 Rthlr. 4 Sg. 9 Pf. Es waren 40 Aktien zu 1.000 Rthlr. ausgegeben worden. Der Gewinn belief sich in den neuen Jahren für die einzelne Aktie auf 5.247 Rthlr. Im Jahres-durchschnitt sind das 583 Rthlr. gewiss eine schöne Verzinsung!

c) Die Einnahmen und Reingewinne der Spielbank unter städtischer Verwaltung.

Die Aachener Stadtväter haben den Beschluss, die Spielbank in eigene Verwaltung zu nehmen, nie zu bereuen gehabt. Die erzielten

Einnahmen werden wohl selbst die Erwartungen der Optimisten weit übertroffen haben. Gleich das erste Pachtjahr brachte einen Spielertrag, wie er vorher noch nie dagewesen war, nämlich: 108.464 Rthlr. (im vorhergehenden Jahre hatte die Aktiengesellschaft ihre höchste Einnahme mit 98.330 Rthlr. gehabt !), und diese Summe sollte noch übertroffen werden durch das Ergebnis des zweiten Jahres, welches 114.542 Rthlr. ausmachte. Dann trat jedoch ein Ereignis ein, das den Gegnern der städtischen Verwaltung der Spielbank immer vor Augen geschwebt hatte: der November des Jahres 1843 ergab nicht nur keinen Gewinn sondern einen glatten Verlust von 49.323 Rthlr. 13 Sg. 1) Auch sonst war das Jahr ungünstiger als das vorherige verlaufen, sodass nur ein Schlussgewinn von 50.045 Rthlr. übrigblieb. (Der Fall, dass das Spielergebnis eines Monats mit einem Defizit abschloss, kam übrigens noch einmal vor: der Dezember 1846 verlief mit einem Verlust von 326 Rthlr. 25 Sg. 3 Pf. 1), im Vergleich zu dem vom November 1843 ist er allerdings ganz gering.)

Das Jahr 1844 enttäuschte ebenfalls die Erwartungen. Verhältnismässig ist es noch schlechter als das Vorjahr; da es aber nicht zu einem grossen Verluste kommt, schliesst es mit einer Einnahme von 96,376 Rthlr. ab. Die Jahre 1845 bis 1847 bringen dann aber Erträge, wie sie vorher und auch später nie zu verzeichnen gewesen sind: 121.906 Rthlr., 124.808 Rthlr. und 145.363 Rthlr. Das Ergebnis des Jahres 1847 stellt überhaupt die Rekordeinnahme der Aachener Spielbank dar, jenes von 1846 steht an zweiter Stelle - zwischen beiden ist aber eine Differenz von 20.554 Rthlr.!

Ein ganz bedeutender Rückgang der Spielgewinne tritt im Jahre 1848 ein, der sich in allen Monaten (abgesehen von Mai und Juni)

1) vergl. die Tabelle auf S. 40.

deutlich zeigt,¹⁾ sodass nur 80.457 Rthlr. als Endgewinn zu buchen waren. Die unsicheren politischen Verhältnisse scheinen da mit gewirkt zu haben. Das Verhältnis von Spielerträgen und Reingewinn zeigt folgende Uebersicht:

Jahr	Spielertrag			Reingewinn		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	108.464	27	3	71.374	13	1
1842	114.542	6	3	79.755	6	4
1843	50.045	1	6	13.617	6	9
1844	96.376	29	6	60.851	4	11
1845	121.906	20	0	87.493	17	7
1846	124.808	25	0	92.772	2	10
1847	145.363	17	1	118.666	29	8
1848	80.457	23	1	47.410	9	6
<i>zus.</i>	841.965	29	8	571.941	0	8

Dem Gesamtspielortrag von 841.965 Rthlr. 29 Sg. 8 Pf. steht der Reingewinn mit 571.941 Rthlr. 8 Pf. gegenüber; im Durchschnitt waren also zu verzeichnen 105.245 Rthlr. 22 Sg. 5 Pf. bzw. 71.492 Rthlr. 18 Sg. 10 Pf.

Zu den Spielerträgen kamen regelmässige Nebeneinnahmen. Es waren dies zunächst die Gelder, welche die Spielbankverwaltung dadurch erzielte, dass sie die unteren Räume des Redoutengebäudes vermiethet hatte. Es wurden darin eine Wirtschaft und ein Bilderladen betrieben. Die Inhaber bezahlten zusammen jährlich 450 Rthlr. Schwankende Einkünfte ^{ergeben} folgende Einnahmequellen:

1) vergl. Tabelle auf S. 40.

Jahr	Verkauf von ge- brauchten Karten			Gewinn beim Geldwecheln			Zinsen aus Forderungen			Verschiedene Einnahmen.		
	Rhr.	Sg.	Pf.	Rhr.	Sg.	Pf.	Rhr.	Sg.	Pf.	Rhr.	Sg.	Pf.
1841	45	10	0	24	17	0	732	9	9	1	21	0
1842	88	10	0	243	24	10	1700	28	6	-	-	-
1843	181	0	0	-	25	9	2152	20	6	-	-	-
1844	125	10	0	24	10	0	1584	18	8	48	28	0
1845	120	20	0	94	4	11	2637	11	7	3	23	0
1846	122	5	0	184	10	10	805	5	7	87	9	6
1847	123	18	0	444	8	11	3109	16	6	62	7	0
1848	119	4	0	226	0	3	3196	28	7	16	17	6
<i>zus.</i>	925	17	0	1242	12	6	16017	19	8	218	26	0

Die alten, gebrauchten Spielkarten wurden verkauft. Sie brachten für das einzelne Spiel, das neu 15 Sg. gekostet hatte, 5 Sg. ein. Während der ganzen Pachtzeit erlöste die Stadt dadurch 925 Rthlr. 17 Sg. Beim Wecheln fremder Geldsorten erzielte die Spielbank auch ~~noch~~ besondere Gewinne, die z.T. wie im Jahre 1847 ~~und 48~~ ganz beträchtlich waren, sodass im ganzen 1242 Rthlr. 12 Sg. 6 Pf. einkamen. Die von der Spielbank ausgeliehenen Kapitalien - teils Vorschüsse an die Stadtkasse - brachten weitere Einkünfte, die während der Jahre 1841 bis 1848 : 16.017 Rthlr. 19 Sg. 8 Pf. ergaben. Im gleichen Zeitraum sind als verschiedene Einnahmen 218 Rthlr. 26 Sg. zu verzeichnen. Die Nebeneinnahmen beliefen sich insgesamt auf: 18404 Rthlr. 15 Sg. 2 Pf. und im Jahresdurchschnitt: 2.300 Rthlr. 16 Sg. 10 Pf.

III. d) Die Spielerträge und Reingewinne der Spielbank unter dem Verein zur Belebung der Bade-Saison.

Die Blütezeit der Aachener Spielbank, die unter der städtischen Verwaltung ihren Anfang genommen hatte, fand ihre Fortsetzung unter dem Verein zur Belebung der Badesaison. Das Jahr 1849 ergab zwar nur eine Spieleinnahme von 33.141 Rthlr., da die Spielbank vom 1. Mai bis 23. August geschlossen war. Alle anderen Jahre zeigen jedoch ganz bedeutende Einnahmen, sodass für die Zeit von 1850 bis 1854 durchschnittlich 114.753 Rthlr. zu verzeichnen sind. Das Ergebnis ist also noch besser als jenes zur Zeit der städtischen Verwaltung, die nur 105.246 Rthlr. als Jahresdurchschnitt hatte. Die jährlichen Spielerträge und Reingewinne ergeben sich aus folgender Übersicht:

Jahr	Spielertrag			Reingewinn		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849	33.141	5	3	21.317	28	5
1850	108.208	3	0	87.927	6	10
1851	119.233	25	9	97.109	26	0
1852	117.833	5	4	97.562	3	10
1853	121.558	0	4	93.943	28	8
1854	106.932	19	5	66.056	4	4
<i>zus.</i>	606.906	29	1	463.917	8	1

Der Gesamtspielertrag belief ^{nur} für den Verein zur Belebung der Badesaison auf 606.906 Rthlr. 29 Sg. 1 Pf. und der Gesamtreingewinn auf 463.917 Rthlr. 8 Sg. 1 Pf., durchschnittlich sind dies: 101.151 Rthlr. 4 Sg. 8 Pf. bzw. 77.319 Rthlr. 16 Sg. 4 Pf. Dazu kamen noch die Einkünfte, die aus besonderen Quellen in die Spielbankkasse flossen:

Monatliche Einnahmen der Spielbank zu ...

Jahr	Verkauf von gebrauchten Karten			Gewinn beim Goldwechselln			Zinsen aus Forderungen			Verschiedene Einnahmen		
	Rthr.	Sg.	Pf.	Rthr.	Sg.	Pf.	Rthr.	Sg.	Pf.	Rthr.	Sg.	Pf.
1849	54	0	0	280	5	0	1733	18	3	22	20	0
1850	137	0	0	-	-	-	2198	23	2	8	0	0
1851	181	0	0	100	20	9	3350	25	1	16	22	6
1852	150	0	0	1441	17	5	3235	11	10	-	-	-
1853	153	0	0	873	17	6	3163	28	11	150	0	0
1854	120	0	0	-	-	-	3000	0	0	38	0	0
1855	28	7	6	-	-	-	2734	14	10	25	0	0
<i>zus.</i>	823	7	6	2696	0	8	19417	2	1	260	12	6

Wie wir sehen, erzielte die Spielbank dadurch sehr schöne Nebeneinnahmen: Der Verkauf der alten Spielkarten ergab: 823 Rthlr. 7 Sg. 6 Pf., der Gewinn beim Goldwechselln: 2.696 Rthlr. 8 Pf., die Zinsen aus Forderungen 19.417 Rthlr. 2 Sg. 1 Pf., die nicht näher bezeichneten Einkünfte brachten: 260 Rthlr. 12 Sg. 6 Pf. - im ganzen: 23.196 Rthlr. 22 Sg. 11 Pf. und im Jahresdurchschnitt: 2.899 Rthlr. 17 Sg. 10 Pf.

In der Tabelle auf Seite 40 sind die Spieleinnahmen unter der städtischen Verwaltung und unter dem Verein zur Belebung der Badesaison nach Monaten zusammengestellt. Es zeigt sich dabei, dass während der Jahre 1841 bis 1848 der August mit 179.473 Rthlr. 13 Sg. 3 Pf. führt, dann ergibt sich folgende Reihenfolge:

September:	145.206	Rthlr.	19	Sg.	6	Pf.	July	August
Juli:	115.611	"	7	"	4	"	Rthlr. Sg. Pf.	Rthlr. Sg. Pf.
Mai:	101.161	"	26	"	9	"		
Oktober:	92.604	"	24	"	11	"		
Dezember:	90.235	"	4	"	9	"		
Juni:	86.427	"	31	"	0	"		
November:	31.244	"	19	"	2	"		

1) enthält die Nebeneinnahmen bis Ende Mai 1856.

Die monatlichen Einnahmen der Spielbank zu Aachen
 ay unter der städtischen Verwaltung :

Jahr	Mai			Juni			Juli			August		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	10.454	12	0	8.198	15	3	16.552	8	3	11.026	5	3
1842	17.728	12	3	10.423	21	0	682	8	0	33.142	23	6
1843	11.986	9	9	7.040	17	6	11.935	21	3	16.524	16	0
1844	7.064	20	6	10.180	6	3	12.908	25	3	17832	18	0
1845	11.453	5	6	1.954	13	3	20.717	13	0	28.147	9	6
1846	13.345	16	3	17.726	23	0	14.693	9	3	30.066	5	9
1847	14.096	17	0	15.059	6	0	26.347	18	7	30.351	20	0
1848	15.032	23	6	15.844	18	9	11.773	23	9	12.382	5	3
<i>zus.</i>	101.161	26	9	86.428	1	0	115.611	7	4	179.473	13	3

Jahr	September			Oktober			November			Dezember		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	14.557	22	6	9.711	22	0	22.873	1	0	15.091	1	0
1842	14.436	15	9	17.515	5	9	6.689	23	0	13.923	15	0
1843	20.346	15	0	19.929	25	6	-49.323	13	0	11.604	29	6
1844	11.445	11	9	11.927	17	6	18.389	7	6	6.628	12	9
1845	27.671	15	0	6.879	21	9	8.524	3	3	16.540	28	9
1846	26.841	9	6	14.229	14	0	8.233	2	6	- 326	25	3
1847	18.067	9	10	8.726	0	0	12.434	1	8	20.281	4	0
1848	11.840	10	2	3.667	8	5	3.424	23	3	6.492	0	0
<i>zus.</i>	145.206	19	6	92.604	24	11	31.244	19	2	90.235	4	9

-40,1-

b) unter dem Verein zur Belebung der Badesaison :

Jahr	Mai			Juni			Juli			August		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849										3.737	24	6
1850	2.600	26	0	17.599	27	2	17.291	2	9	25.288	2	0
1851	10.773	10	2	8.063	14	3	33.026	23	10	18.147	15	6
1852	11.510	28	9	8.175	9	9	33.324	21	9	19.126	14	3
1853	5.331	2	7	23.497	17	9	23.510	10	0	19.817	10	0
1854	10.727	19	6	25.509	1	3	23.904	16	9	24.381	10	11
<i>zus.</i>	40.943	27	0	82.845	10	2	131.057	15	1	110.498	17	2

Jahr	September			Oktober			November			Dezember		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849	6.053	5	3	14.687	18	6	2.932	29	9	5.729	17	3
1850	18.719	16	2	9.518	10	6	10.718	7	6	6.472	0	11
1851	12.309	22	9	15.691	14	9	9.683	19	0	11.537	25	6
1852	14.114	10	6	10.948	6	8	11.678	13	2	8.954	20	6
1853	19.403	26	0	7.443	4	8	11.389	14	0	11.165	5	4
1854	21.649	5	9	760	25	3	—	—	—	—	—	—
<i>zus.</i>	92.249	26	5	59.049	20	4	46.402	23	5	43.859	9	6

Bei November und Dezember ist zu beachten, dass sie in den Jahren 1843 bzw. 1846 mit einem Verlust geschlossen haben !

Unter dem Verein zur Belebung der Badesaison zeigt die Ergiebigkeit der Spielmonate folgendes Bild:

Juli:	131.057	Rthlr.	15	Sg.	1	Pf.
August:	110.498	"	17	"	2	"
September:	92.249	"	26	"	5	"
Juni:	82.845	"	10	"	2	"
Oktober:	59.049	"	20	"	4	"
November:	46.402	"	23	"	5	"
Dezember:	43.859	"	9	"	6	"
Mai:	40.943	"	27	"	0	"

Im Jahre 1849 war die Spielbank in den Monaten Mai, Juni, Juli, und bis zum 23. August geschlossen; dasselbe gilt für die Monate November und Dezember des Jahres 1854. Umso bemerkenswerter ist es, dass nichtsdestoweniger die Monate Juli und August an erster Stelle stehen. In den Jahren von 1841 bis 1854 sind es die Monate August, September und Juli, welche die besten Einnahmen zu verzeichnen haben. Es erklärt sich dies daraus, dass in diesen Monaten die Hauptbadesaison ist.

III. 2a) Die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben unter den Einzelpächtern.

Die Verwaltungskosten der Spielbank setzen sich für die Einzelpächter zusammen aus den Pachtbeträgen und den Zinsen des Betriebskapitals, der Lokalmiete mit den Ausgaben für Beleuchtung, Heizung und Mobiliarinstandhaltung, den Gehältern der Angestellten und der Polizeibeamten.

Nur für die Höhe der Pacht liegen uns ganz genaue Angaben vor. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden sie in dem Abschnitt „Die Einnahmen der Stadt Aachen aus dem Bankspiel und ihre Verwendung“ (S. 62 ff) behandelt. Für die eigentlichen Kosten der Verwaltung waren keine sicheren Zahlen zu ermitteln. Die Auskünfte darüber sind spärlich. Den einzigen Aufschluss für die Pachtjahre Richard Reumonts gibt dieser selber in seinem Bewerbungsschreiben an En. Es. Rath vom Jahre 1793. Wir finden darin eine ausführliche Zusammenstellung seiner Ausgaben für die fünfzehnjährige Pachtzeit von 1793 bis 1808:

„ Berechnung desjenigen, was dem Octroyrten die Octroy für 15 Jahren kosten wird.

	Rthlr.	Mk.	B. 1)
Für die Octroy des Spiels jährlich 15.000 Rthlr. machen auf die 15 Jahren:	225.000	0	0
Unterschied des Geld-Courses wegen dem 24 Fl. Fuss	10.227	14	4
Die Interessen belaufen sich auf:	80.060	0	0
Unterschied des Geld-Courses hiervon:	3.639	4	5
Um die Redoute und Kaffehaus zu acquiriren zugleich wenigstens	30.000	0	0

1) vergl. Anhang: Nr. 1.

	Rthlr.	Mk.	B.
Für die Promenaden in gutem Stande zu halten, und die Fremden gegen das Gesindel zu schützen, unterhalte ich drei Mann, jeden zu 3 Schilling täglich	8.212	27	0
Der Spabrunnen bis zur Verfertigung	8.000	0	0
An das Armenhaus jährlich 400 Rthlr.	6.000	0	0
An die Hausarmen jährlich 40 Karolinen	4.600	0	0
Für neun Banquiers, die ich halten muss, jedem täglich einen Kronenthaler fix ohne sein Anteil in der Banque beträgt jährlich 6.296 Rthlr. 13 Mk.	64.443	40	3
An Lichter und im Winter Feuer, jährl. wenigstens 2.300 Rthlr.	34.500	0	0
An die Polizeywacht, nebst Trinkgeld jährl. 800 Rthlr.	12.000	0	0
An heimlichen Aufsichter des Spiels wenigstens jährlich 2.300 Rthlr.	34.500	0	0
An Karten wenigstens jährlich 1.200 Rlr.	18.000	0	0
An die Marqueurs jährlich 400 Rthlr.	6.000	0	0
Für Verzinsung der Redoute und Nebenkosten jährlich 3.411 Rthlr.	51.165	0	0
Ohne Anteil der Banquiere und verschiedenen Nebenkosten, die nicht wohl zu berechnen sind, belaufen sich die Unkosten während der 15 Octroy Jahren in Karolinaen zu $7 \frac{2}{3}$ Rthlr. auf 596.347 Rthlr. 33 Mk. 0 Bs."			

An dieser Aufstellung ist bemerkenswert, dass sie nicht nur reine Verwaltungskosten enthält, sondern auch besondere Ausgaben vorsieht, die zur Pflege der Wohltätigkeit oder zur Förderung von Einrichtungen im Interesse des Bades- und Fremdenverkehrs bestimmt waren. Die Spielbankpächter haben es immer als ihre Pflicht angesehen, sich durch vorbildliche Hilfsbereitschaft auf diesen Gebieten auszuzeichnen. Neben freiwilligen Leistungen kamen regelmässig auch solche vor, zu denen sie sich im Pachtvertrage oder in Ergänzungsverträgen verbunden hatten und die ganz bedeutende Summen ausmachen konnten.

Die Ausgaben der Pächter setzten sich immer aus Verwaltungskosten der Spielbank und aus Zuschüssen ~~zu~~ den oben angegebenen Zwecken zusammen. So wurden nicht allein die Pachtgelder oder Gewinnanteile der Stadt für Verbesserungen und Verschönerungen verwandt, sondern die Spielbankpächter sorgten ebenfalls dafür, sei es, dass sie wie Roumont eigene Angestellte damit beauftragten, auf Ordnung und Reinlichkeit in den Kurpromenaden zu achten, oder dass sie aus ihrer Tasche Gelder für diese und ähnliche Bedürfnisse zur Verfügung stellten.

Wie sehr sich die Aachener Stadtverwaltung und die dortige Regierungsstelle an diese Leistungen gewöhnt hatten, geht aus einem Schreiben hervor, welches die Regierung am 3. Februar 1822 an den Oberbürgermeister richtet:

„ Es ist nicht zu leugnen, dass Thimus, wenngleich er seine Contractverpflichtungen in Bezahlung des Pachtpreises erfüllt, doch in übrigen wenig oder gar nichts tut, um den Badegästen und anderen Fremden ihren Aufenthalt hierselbst angenehm zu machen und die Stadt als Badeort in Aufnahme zu bringen, dass wohl aber die auf der anderen Seite von Dauvelouis projektierten Einrichtungen, abgesehen von der bedeutend höheren Pachtsumme, für die Aufnahme hiesiger Stadt als Badeort von dem glänzendsten und vorteilhaftesten Folgen sein würden. Deshalb sollen mit Thimus möglichst bald gütliche Verhandlungen einsetzen, um ihn zu befragen, ob und gegen welche Entschädigungen er auf seine Pachtrechte zu Gunsten der Stadt verzichten wollte.....“

Man sah es eben als selbstverständlich an, dass der Pächter, auch ohne durch einen Vertrag dazu verpflichtet zu sein, für Verbesserungen des Kur- und Fremdenverkehrs sorgte. In den beiden vorhergehenden Jahren hatte Thimus Reingewinne von 2.350 frs. und 18.045 frs. zu verzeichnen; vielleicht ist die Erklärung seiner Nachlässigkeit darin zu suchen.

Im Vertrage von 1822 ging Dauvelouis folgende Bedingungen ein:

„ Art. 5. Der Anpächter ist verpflichtet das Spiel-Local anständig zu möblieren, und sowohl das Innere als Aussere dessel-

ben und wenn die neue Redoute auf der Compheusbadstrasse dazu dient die Arcaden vor derselben, ihrer ganzen Länge nach vom Hause des Hr. Laruelle ab bis zum Ende des Hauses des Herrn Massardo anständig zu beleuchten und für gehörige Reinlichkeit zu sorgen.

6. Für diejenigen Einheimischen und Fremden, welche an dem Hasard Spiele keinen Teil nehmen, sondern sich durch ein gesellschaftliches Chartenspiel zu unterhalten wünschen, muss der Spiel Octroi Entreprenneur in den Nebenzimmern die nöthige Anzahl Spieltische in Bereitschaft halten, sowie die Bedienung, Charten und Beleuchtung hergeben, wogegen es ihm gestattet bleibt, von jedem Spieltische ein angemessenes Chartengeld zu erheben. - Die Bedienung muss anständig gekleidet seyn.

7. In dem Spiel Locale müssen auf Kosten des Anpächters einige der gelesensten Zeitungen und darunter wenigstens eine Englische und eine Holländische zur Unterhaltung der dasselbe besuchenden Personen gehalten werden.

8. Anpächter ist verpflichtet vom Ersten Juni bis zum Ersten September jeden Jahres einen Ball in jeder Woche, gegen ein angemessenes Eintrittsgeld, das aber niemals einen Thaler Preuss. Courant übersteigen darf, auf seine Kosten zu geben.

9. Derselbe ist verbunden, in jedem Jahre vom ersten Mai ab bis zum fünfzehnten September morgens von 6-8-Uhr an dem öffentlichen Trinkbrunnen hiesiger Stadt durch die Stadt Musicanten Musik halten zu lassen, und wird die den Musicanten derfalls zu zahlende Remuneration, sofern er sich mit ihm nicht gütlich einigen kann, durch die Polizey Direktion bestimmt.

Wie wir sehen, waren es alles Verpflichtungen, deren Ausführung dazu dienen sollte, den Fremden den Aufenthalt in der Kur- und Badestadt Aachen möglichst angenehm zu machen und für die nötigen Zerstreungen zu sorgen.

Für die Zeit um 1821 fanden wir neben dem Pachtbetrage folgende Ausgaben des Pächters:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
Für Unterhaltung der Musik am Thermalbrunnen während der Badesaison	500	0	0
Beitrag zu Theaterzwecken	1.000	0	0
Für die polizeiliche Aufsicht	980	0	0
Pacht der Redoutengebäude	2.894	0	0
Beleuchtung, Zeitungen, Reinigung der Lokalien pp.	2.706	24	9
Gehälter der Angestellten	7.614	10	0
Beitrag zu den Pferderennen	1.133	10	0
Beitrag zu öffentlichen Feierlichkeiten und Festen	400	0	0
Geldverluste bei Anschaffung und Verwechslung fremder Geldeorten	350	0	0
Zinsen des Einlagekapitals von 40.000 Rthlr. zu 5 v.H.	2.000	0	0
	<hr/>		
	19.578	14	9

Zu dem Pachtbetrage kamen also noch folgende jährliche

Ausgaben hinzu: 19.578 Rthlr. 14 Sg. 9 Pf.; davon entfielen

16.544 " 10 " 9 " auf Verwaltungskosten und

3.034 " 4 " 0 " dienten als Beiträge zur

Verbesserung des Badeverkehrs. Man vermisst in dieser Aufstellung die Beträge für die Spielkarten. Vielleicht wurden sie unter Beleuchtung, Zeitungen, pp. verrechnet. Die Mobiliarunkosten dürften ebenfalls einbegriffen sein.

Um 1828 werden zudem auf der vorhergehenden Seite angeführ-

ten Ausgaben folgende hinzugefügt:

Rthlr. Sg. Pf.

Anschaffung und Unterhaltung der Möbel

500 0 0

Beschaffung der Spielkarten

200 0 0

die Gehälter haben sich erhöht auf

8.000 0 0

In den folgenden Jahren scheinen keine bedeutenden Abweichungen zu verzeichnen gewesen ^{zu} sein; denn eine Aufstellung aus dem Jahre 1838 weist keine Aenderungen auf.

III. 2b) Die Verwaltungskosten und Ausgaben der Spielbank unter den Pachtgesellschaften.

Bei den Untersuchungen über die Spieleinnahmen und Reinerträge unter den Pachtgesellschaften haben wir gesehen, wie bedeutend die Gewinne der Bank zu Aachen waren. Auf der anderen Seite fiel aber auf, wie gross der Unterschied zum Reinertrag war. Das liess gleich darauf schliessen, dass die Verwaltungskosten usw. ganz erheblich ^{gewesen} sein müssen. Da wir für diese Zeit eine genaue Buchführung haben, konnten diese Summen im Einzelnen ermittelt werden. Sie setzen sich zusammen aus der Pacht, die jährlich 10.500 Rthlr. betrug und aus folgenden Ausgaben:

- a) Gehälter der Beamten und Angestellten, Tagegelder für die Polizeimannschaften, welche die Aufsicht im Spielsaale führten, sowie jährliche Sonderzulagen;
- b) Mietbeträge sowie Kosten der Beleuchtung, Heizung und Reinigung und die Ausgaben, welche für die Erneuerung des Mobiliars nötig wurden;
- c) Büroausgaben und Kosten der Spielkarten und Zeitungen;
- d) Unterstützungen und Zuschüsse für Kurgäste und Beamte;
- e) Besondere Auslagen für Konzerte, Feste und A., sowie für Zwecke der Wohltätigkeit.

Da uns für die Zeit von 1841 bis 1854 die genauesten Angaben vorliegen, sollen ^{diese} ~~sie~~ hier zu Grunde gelegt werden; während die Jahre 1831 bis 1840, welche ähnliche Ausgaben brachten, unberücksichtigt bleiben. Bei den besonderen Auslagen für Wohltätigkeit, Konzerte usw. werden die von der Aktiengesellschaft gemachten Aufwendungen jedoch mit erörtert werden müssen, da sie natürlich nicht mit jenen ihrer Pachtnachfolger übereinstimmen.

Wir kommen nun zu den eigentlichen Verwaltungskosten.

2 b aa) Gehälter und Tagegelder .

Der Direktor der Spielbank erhielt ein jährliches Gehalt von 1.500 Rthlr. Die Polizei empfing für Ihren Aufsichtsdienst 4 Rthlr. täglich - für die acht Monate dauernde Pachtzeit also 980 Rthlr. Da diese Ausgaben keinen Schwankungen unterlagen, brauchen wir sie nicht Jahr für Jahr zu verfolgen. Anders verhält es sich mit den Gehältern der Angestellten und Gratifikationen. Über kleine Änderungen, welche im Laufe der Zeit hierbei vorkamen, gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Jahr	Gehälter			Gratifikationen			Gesamtausgaben.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	9.307	20	0	818	20	0	10.126	10	0
1842	9.447	5	0	857	20	0	10.304	25	0
1843	9.119	5	0	857	20	0	9.976	25	0
1844	9.291	20	0	869	0	0	10.160	20	0
1845	8.969	20	0	969	0	0	9.938	20	0
1846	9.577	20	0	869	0	0	10.446	20	0
1847	9.861	5	0	903	0	0	10.764	5	0
1848	10.075	20	0	903	0	0	10.978	20	0
1849	5.386	2	0	-	-	-	5.386	2	0
1850	9.653	27	6	313	27	6	9.967	25	0
1851	10.937	0	0	937	12	6	11.874	12	6
1852	10.936	15	0	883	7	6	11.821	22	6
1853	10.612	0	0	1.365	8	7	11.977	8	7
1854	10.953	0	0	1.013	7	6	11.966	7	6

Eine Zusammenstellung auf Seite 49 zeigt wie die Gehälter und Sonderzulagen auf die einzelnen Beamten und Angestelltingruppen verteilt waren. Das Gehalt wurde nur für die Spieldauer ausgezahlt. Während der viermonatigen Ruhepause waren die Angestellten auf ihre Ersparnisse angewiesen. Im Vergleich zu den Riesenumsätzen der Spielbank sind die Ausgaben für Gehälter gering. Das die Angestellten nur ein knappes Auskommen hatten, zeigen die Gesuche um Gehaltserhöhung, die häufiger bei dem Spielbankdirektor einliefen. Sie hatten selten Erfolg, oder es gab nur eine kleine Aufbesserung. Ein Fall möge dies näher erläutern: Ein Angestellter bittet um Gehaltserhöhung, da seine

Die Beträge für die Gehälter ergeben sich aus folgenden

Einzelausgaben, die dem Etat von 1841 entnommen sind:

Kassierer:	4	Rthlr. täglich	980	Rthlr. jährlich
Kontrolleur:	3	" "	735	" "
Zulage für die Ferienmonate			50	" "
Chef der Spielpartie	4	" "	980	" "
für die zwei ältesten Angestellten am "Trente et un"	je 3	Rthlr. täglich	1470	" "
für die zwei folgenden Angestellten	" 2,5	" "	1225	" "
für einen Supplementärangest.	1 2/3	" "	408	" "
für 4 Angest. an der Roulette	2,5	" "	2450	" "
für 1 Supplementangestellten	1 2/3	" "	408	" "
Hausmeister: Wohnung und zwei Saaldiener:	16	" monatlich	128	" "
Garderobe Bewahrer:	18	" "	288	" "
Bote:	12	" "	96	" "
Aufseher (für den Bogengang vor der Spielbank)	6	" "	48	" "
		für 12 Monate	72	" -

9338 Rthlr. 20

Die Gratifikationen wurden nach folgendem Muster verteilt, das den Ausgaben von 1847 entlehnt ist :

Kassierer:	45	Rthlr. 10 Sg.		
Kontrolleur:	34	" - "		
Chef der Spielpartie	68	" - "		
die Spieltischbedienung pro Kopf	34	" - "		
Hausmeister, Saaldiener je	5	" 20 "	306	Rthlr.
Garderobe Bewahrer und Bote	5	" 20 "	11	" 10 Sg.
Aufseher:	11	" 10 "	11	" 10 Sg.
Restaurations Bedienung ein städtischer Obersekretär	68	" - "		
vier Polizeikommissare je	68	" - "	274	"
fünfzehn Polizeibeamten je	2	" - "	30	"

verstorbene Frau lange krank gewesen war und ihm fünf Kinder hinterlassen hatte. Unter diesen Umständen musste er Schulden machen, die er nur decken kann, wenn er mehr Geld verdient. Der Spielbankdirektor rät dieses dringende Gesuch abzuschlagen! Wenn man auch heute die näheren Umstände nicht kennt, die ihn dazu veranlassten, so hätten sich doch Wege finden müssen, diesen Manne vorübergehend zu helfen.

Die Tabelle auf Seite 46 lässt ganz geringe Schwankungen der jährlichen Gehaltsausgaben erkennen. Im Jahre 1849, als die Spielbank von Mai bis zum 23. August geschlossen war, und die Angestellten ohne Stellung waren, erhielten sie für diese Zeit kein Gehalt, daraus erklärt sich die gegen die Vorjahre um vieles geringere Ausgabe für Gehälter. [Die Gratifikation von 313 Rthlr. 27 Sg. 6 Pf. vom folgenden Jahre kam ihnen ebenfalls noch nicht zugute, sondern war für die Polizei bestimmt!] Obgleich eine Spieleinnahme von 33.141 Rthlr. und ein Reingewinn von 21.317 Rthlr. zu verzeichnen waren, dachte die Spielbankverwaltung nicht daran ihren Angestellten eine Sonderszulage zu geben und sie so für den Ausfall zu entschädigen. [-]

Die Zulage im Jahre 1853 ist so bedeutend, da sie enthält: 132 Rthlr. 2 Sg. 1 Pf. zur Unterstützung einer Beamtenwitwe; 125 Rthlr. als aussergewöhnliche Zuwendung für Dienstleistungen während der Aachener Heiligtumsfahrt an einen Polizeirat und 4 Kommissare, sowie 100 Rthlr. für achtzehn Berittene und zwölf Fussgendarmen. Die Polizei erhielt 1854 an Gratifikationen 274 Rthlr. 27 Sg. 6 Pf.; ein Angestellter bekommt für Unterrichtsstunden, die er einem Anwärter erteilte, 360 Rthlr.; zwei andere empfangen 60 bzw. 51 Rthlr. für besondere Dienste und 68 Rthlr. sind für einen städtischen Obersekretär, welcher in den Sitzungen der Spielbankverwaltungen das Protokoll führte. So blieb für die vielen übrigen Angestellten nichts übrig!

*) Ausgaben für Mieten und Mobiliar.

Die Spielbank befand sich im Redoutengebäude, welches für 2.494 Rthlr. jährlich gepachtet worden war. Die Einrichtung der Räume war von der Aktiengesellschaft für 1.715 Rthlr. 6 Pf. übernommen worden. Die Kosten der Beleuchtung, Heizung und Reinigung wie Erneuerung des Mobiliars ergeben folgendes Bild:

Jahr	Beleuchtung und Heizung			Mobiliarunkosten		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	1.755	29	0	2.115	14	11
1842	1.750	25	6	1.826	16	1
1843	1.794	24	9	2.247	26	10
1844	1.616	25	4	924	10	0
1845	1.501	4	3	893	12	10
1846	1.745	3	2	986	13	9
1847	1.732	28	4	1.143	21	6
1848	1.737	22	10	478	8	10
1849	451	3	4	132	3	2
1850	973	9	1	461	17	2
1851	952	14	10	773	5	1
1852	954	8	2	755	19	11
1853	868	12	1	2.452	2	4
1854	535	14	5	6.023	18	5
zus.	18.320	15	1	21.214	10	10

In den Jahren von 1841 - 1854 wurden für Beleuchtung und Heizung 18.320 Rthlr. 15 Sg. 1 Pf. und für die Mobiliarunkosten 21.214 Rthlr. 10 Sg. 10 Pf. verausgabt. Davon entfielen: Auf die Stadt als Pachtinhaberin:

13.676 Rthlr. 3 Sg. 2 Pf. für Beleuchtung und Heizung und
 9.616 " 4 " 9 " für Erneuerung und Reinigung des Mobiliars;
 auf den Verein zur Belebung der Bad saison:
 4.735 Rthlr. 1 Sg. 11 Pf. für Beleuchtung und Heizung und
 10.598 " 6 " 1 " für Mobiliarunkosten.

Die Ausgaben für Beleuchtung und Heizung vermindern sich von 1849 ab so stark, da der Spielbankbetrieb unter dem Verein zur Belebung der Badesaison sehr beschränkt werden musste; wie wir an anderer Stelle gesehen haben, war dies jedoch ohne Einfluss auf die Spieleinnahmen.¹⁾ An Mobilienkosten konnte ebenfalls ~~nach~~ zuerst gespart werden. Nachher stiegen die Ausgaben wieder ganz bedeutend.

Als die königliche Regierung in Aachen darauf dringen wollte, dass bei der Beleuchtung gespart werden sollte, antwortet ihr der Oberbürgermeister am 19. Juli 1843: ²⁾

„ Bei dem Betriebe einer Spielbank kann die in einem gewöhnlichen Haushalte anwendbare Oeconomie und nicht jede Gelegenheit zur Ersparnis durchgeführt werden, vielmehr muss in Allem, was mit der Administration der Bank nur in Verbindung steht eine gewisse anständige nur nicht zur Verschwendung übergehende Freigebigkeit vorherrschen. Die Haltung der Säle, die Bedienung, die Beleuchtung usw. müssen es schon kund geben, dass die Administration zwar nicht den Gewinn, den sie vom Spiel zu erwarten hat, verschmäht, dass aber ihre Bestrebungen nicht einzig auf diesen Gewinn hingerrichtet sind, sondern, dass sie es sich angelegen sein lässt die Fremden, welche die Säle besuchen..... in allen Theilen die grösste Aufmerksamkeit zu erweisen, ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen und hierauf einen nahhaften Theil des Ertrages der Bank zu verwenden.....“

Daraus geht hervor, dass man, was Beleuchtung der Säle anbelangt, nicht gespart hat.

c) Ausgaben für Schreibmaterialien, Spielkarten und Zeitungen.

Die Kosten, welche der briefliche Geschäftsverkehr und die Buchführung verursachten, waren nicht bedeutend; grösser waren die Ausgaben für Spiel- und Markierkarten, sowie für die in- und ausländischen Zeitungen. In einer Uebersicht seien sie hier angeführt:

1) vergl. S. 38!

2) Aktenband 28/1 Vol.III S. 245 f.

Jahr	Büroauslagen			Spielkarten			Zeitungen. 1)		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	75	0	0	713	11	9	220	16	9
1842	57	9	4	420	10	10	232	27	9
1843	35	23	0	485	16	0	187	15	0
1844	19	17	0	496	14	0	204	14	6
1845	30	16	11	423	15	0	167	26	3
1846	28	27	6	393	18	0	167	18	9
1847	41	27	6	504	2	0	170	24	9
1848	49	23	9	379	8	0	169	6	3
1849	19	19	1	3	15	0	49	26	9
1850	30	27	2	460	23	0	101	22	6
1851	40	21	9	714	7	0	114	25	1
1852	24	28	0	436	7	6	129	12	0
1853	30	222	0	432	10	0	144	17	0
1854	32	5	6	442	24	0	146	19	6
<i>us.</i>	517	28	6	6.306	2	1	2.208	2	10

Die Unkosten des Geschäftsverkehrs waren für die Jahre 1841 - 1854 mit 517 Rthlr. 28 Sg. 6 Pf. gedeckt. In einer Zeit, wo Papier, Tinte, Briefporto und was sonst für den Schreibverkehr nötig ist, zu billigen Preisen zu haben war, ist es nicht erstaunlich, wenn selbst in einem ganzen Jahre dafür keine bedeutenden Summen ausgegeben wurden. Für Spielkarten wurden 6.306 Rthlr. 2 Sg. 1 Pf. und für Zeitungen 2.208 Rthlr. 2 Sg. 10 Pf. gebraucht. Auch in dieser Zusammenstellung sehen wir, dass das Jahr 1849 im Vergleich zu den andern bedeutend geringere Ausgaben hatte.

Die Zeitungen wurden durchweg nur für Spielzeit gehalten. Sie kosteten für zwei Quartale:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
Die Allgemeine Zeitung	4	13	0
Die Staats Zeitung	2	0	0
Kölner Zeitung	3	10	0
Indépendant	7	22	6

1) Die hier angeführten Ausgaben beziehen sich auf drei Quartale.

	Rthlr.	Sg.	Pf.
The Times	24	28	0
Journal des Débats	8	5	0
Courrier Français	8	5	0
Gazette des Tribunaux	6	12	6
Nieuwen Amsterdamer Courant	6	15	6

Ferner lagen auf : Stadt Aachener Zeitung, Fremdenblatt, Amtsblatt, Liste Française des Strangers.

dd Die Unterstützungen und Zuschüsse für Kurgäste und Beamte.

Wenn die Badegäste von der Spielleidenschaft erfaßt oder von dem Wunsche besesselt waren, nach Verlusten doch noch etwas zu gewinnen, kam es wohl häufiger vor, dass manch einer seinen letzten Pfennig verspielte. Für die Heimreise standen ihm dann keine Mittel mehr zur Verfügung. Die Beschaffung der dafür nötigen Gelder wird nicht immer leicht gewesen sein.

Als die Aachener Spielbank im Jahre 1841 unter die geordnete Verwaltung der Aktiengesellschaft kam, dachte die Leitung daran, diesen Uebelstand zu beseitigen. Für diejenigen Kurgäste, welche alles verspielt hatten, wurde eine Reiseunterstützung ~~erstattet~~ eingeführt. Sie wurde auf Antrag gewährt, und musste der Bittsteller sich verpflichten, den Betrag zu erstatten und umgehend die Stadt zu verlassen.

Diese Neuerung erfreute sich während ihres vier^{zehn}jährigen Bestehens eines immerwährenden Zuspruchs, der von Jahr zu Jahr stieg. Meistens waren es Ausländer, welche sich dieser Einrichtung bedienten. Die Mehrzahl der Unterstützten waren Männer. Daneben wurden aber auch Männer mit ihren Frauen, Mütter mit ihren Söhnen oder gar nur Frauen bedürftig. Reiseunterstützungen wurden bis Frankreich und England gewährt. Einzelne Namen kommen in den darüber angelegten Listen

Listen im Laufe der Jahre sogar dreimal vor. Ueber das Wirksamkeit der Einrichtung gibt folgende Tabelle eine Uebersicht:

Jahr	Zahl der Unter- stützungen	Gesamtsumme der Auszahlungen			höchste Unterstützungssumme.		niedrigste	
		Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Rthlr.	Sg.
1841	12	337	0	6	60	0	5	9
1842	9	186	24	9	47	21	5	9
1843	9	243	0	0	60	0	5	10
1844	17	367	0	0	53	10	5	0
1845	26	634	10	0	54	0	10	0
1846	39	832	14	0	102	0	2	0
1847	47	815	20	0	75	0	3	0
1848	47	676	10	0	42	20	3	0
1849	15	391	10	0	53	10	2	20
1850	55	1.955	22	6	266	20	9	10
1851	76	1.804	10	0	53	20	4	0
1852	72	1.521	10	0	66	20	3	0
1853	51	1.356	10	0	160	0	3	0
1854	30	772	15	0	78	0	3	0

An dieser Zusammenstellung sehen wir wieder den Einfluss, den die Spielbankschließung des Jahres 1849 ausübte. Unter dem Verein zur Belebung der Badesaison tritt dann eine ganz besonders starke Inanspruchnahme der Reiseunterstützungen ein.

Der Verpflichtung, die Reiseunterstützungen zu ersetzen, wurde selten nachgekommen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die erfolgten Rückzahlungen:

Jahr	Zahl der Rückzahler	Jahr des Vorschusses	Gesamtsumme der Rückzahlungen.		
			Rthlr.	Sg.	Pf.
1843	1	1842	4	0	0
1844	1	4	21	10	0
1846	2	4	36	0	0
1847	1	1845	54	0	0
1848	1	4	16	0	0
1849	2	4	22	20	0
1850	1	1847	8	0	0
1851	1	1850	16	22	6
1853	5	4	89	0	0
1854	4	1853	79	21	6

Die Jahre 1841, 1842, 1845 und 1852 sind nicht aufgeführt, weil keine Rückzahlungen stattfanden. An Reiseunterstützungen wurden von 1841 - 1854 im ganzen 11.898 Rthlr. 6 Sg. 9 Pf. gewährt, sodass sie im Durchschnitt pro Person 23 Rthlr. 16 Sg. 5 Pf. betragen. Von den 505 Personen, die sie erhielten, dachten nur 19 daran, der Verpflichtung des Rückzahlens nachzukommen. Sie erstatteten in der Zeit von 1843 - 1854 347 Rthlr. 14 Sg.; auf den einzelnen kommen: 18 Rthlr. 8 Sg. 7 Pf.

Eine andere Art Unterstützung war jene, welche den Angestellten bei Dienstreisen oder im Erkrankungsfalle bzw. den Angehörigen im Todesfalle des Ernährers gewährt wurde. Hierfür belaufen sich die Summen nicht sehr hoch.

Die Spielbankgestellten unternahmen selten Dienstreisen und dann nur in die Nachbarschaft. Nähere Angaben darüber macht folgende Tabelle:

Jahr	Reiseziel	Zweck	Ausgaben		
			Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	Spa	Besichtigung	21	22	0
1842	Brüssel	Einkauf von Möbeln	33	23	8
1843	Köln und Brüssel	—	25	1	1
	Köln	Geldangelegenheiten	36	29	6
1844	"	"	10	0	0
1845	"	"	5	10	0
1848	"	"	8	28	0
1849	Berlin	Spielbankfragen	493	0	0

Spa wurde 1841 von einem Beamten aufgesucht, der sich in der dortigen Spielbank eine Lampe, wie sie auch für Aachen angeschafft werden sollte, ansehen wollte. In Brüssel wurde 1842 Möbel für die Spielsäle eingekauft. Die Reisen nach Köln wurden wegen der bei den dortigen Banken untergebrachten Gelder unternommen. Der im Jahre 1849

ausgezahlte Betrag deckte die Reiseunkosten der Deputation, die nach Berlin gefahren war, um näheren Orts die Wiedereröffnung der Spielbank zu erreichen. Die Summe von 493 Rthlr. diente dazu, die Kosten für den Aufenthalt in Berlin vom 17. Juli bis 10. August zu bestreiten.

Im Laufe der Jahre wurden 634 Rthlr. 23 Sg. 3 Pf. für Reisezwecke aus der Spielbankkassa gezahlt.

Besondere Unterstützungen an Angestellte wurden selten gewährt. Vom Juli 1841 bis Dezember einschliesslich erhielt ein Angestellter 184 Rthlr., 1842 wurden ihm vom Mai bis Dezember 163 Rthlr. 10 Sg. ausgezahlt. Ein anderer Angestellter empfing von Mai bis Juli 1853 230 Rthlr., und im gleichen Jahre unterstützte man die Witwe eines Angestellten mit 50 Rthlr. Im allgemeinen kann man sagen, dass die Spielbankverwaltung diese Art Unterstützungen ungern und ungenügend gewährte. Als die Spielbank am 4. Oktober 1854 geschlossen wurde, hielt sich die Verwaltung doch für verpflichtet, allen Angestellten die vollen Gehälter nicht nur für den laufenden Monat, sondern bis zum Schlusse des Jahres auszuzahlen.

ee) Ausgaben zur Verschönerung und Belebung der

Badassaison sowie zum Zwecke der Wohlthätigkeit.

Was die Pachtgesellschaften für Verbesserungen und Verschönerungen des Stadtbildes und des Kurlebens sowie für Wohlfahrtszwecke taten, ist ganz beträchtlich, wie aus folgenden, den Jahren nach geordneten Ausgaben hervorgeht:

Sonderausgaben der Aktiengesellschaft.

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832 Beitrag zum Theater je	1.000	-	-
und Beitrag für die Musik am Thermalbrunnen je	500	-	-
1833			
1834 dazu kommen noch als weitere Ausgaben:			
Beitrag zum rhein. Musikfest	300	-	-
Feuerwerk am 3. August	110	-	-
Beitrag zu den Preisen für die Pferderennen	1.133	10	-
1835 Feuerwerk	135	-	-
Pferderennen	1.133	10	-
1836 Feuerwerk	135	-	-
Pferderennen	1.133	10	-
Beitrag zu einem Fest aus Anlass der Anwesenheit des Königs	329	20	8
Beitrag zur Erweiterung des Theaters	800	-	-
1837 Ausgaben für Feuerwerk und Pferderennen wie üblich			
Beitrag zum rhein. Musikfest	300	-	-
Beitrag für den Verein zur Förderung nützlicher Wissenschaften und Gewerbe	100	-	-
1838 Ausgaben für Feuerwerk und Pferderennen wie üblich			
Kohlenanschaffung für die Hausarmen	300	-	-
Pflasterung der Schlegengasse	50;	-	-
zum Musikfest von 1837 nachträglich noch bewilligt	200	-	-
1839 Ausgaben für Feuerwerk und Pferderennen wie üblich			
dem Theresianen-Armenhaus	200	-	-
Kohlen für die Hausarmen	450	-	-
an den Nähverein zur Unterstützung der Armen	100	-	-
für das Mariannen-Institut	106	20	-
an das Josephinische Armeninstitut	200	-	-
für die Armenversorgungsanstalt in der St. Nicolaspfarr	50	-	-
für den Orgelbau der Theresianenkirche	50	-	-
für die Hirsch'sche Taubstummenanstalt	100	-	-
1840 Feuerwerk und Pferderennen wie üblich			
Belvederebeleuchtung	113	27	4
für die italienische Oper und das jetzige städtische Theater	800	-	-
Beitrag zum rheinischen Musikfest	500	-	-
Beitrag zum Maskenzug	50	-	-
an das Josephinische Armeninstitut	200	-	-
für Kohlen an die Hausarmen	250	-	-
Armenversorgungsanstalt St. Nicolas	50	-	-
für die Hirsch'sche Taubstummenanstalt	100	-	-
für das Mariannen-Institut	50	-	-
1841 für die Hirsch'sche Taubstummenanstalt	100	-	-
für das Mariannen-Institut	50	-	-
Armenschule in der St. Kreuzpfarre	50	-	-
an den Nähverein zur Unterstützung der Armen	50	-	-

III. 2c. Sonderausgaben der Stadt als Verwalterin der Spielbank.

Als Verwalterin der Spielbank hat die Stadt regelmässig folgende Beiträge geleistet:

	Rthlr.	Sg.	Pf. 1)
für das Theater jährlich	2.000	0	0
für Musik am Thermalbrunnen jährlich	500	0	0
für Preise für die Pferderennen bis 1845 einschliesslich jährlich	1.133	10	0 2)

Ferner wurden ausgegeben:

Jahr	Saison-Bälle			Oeffentliche Feste			Verschiedene Ausgaben.
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	
1841	526	15	0	433	15	0	421
1842	527	8	0	108	15	0	-
1843	383	24	6	278	19	9	500
1844	431	20	0	355	19	6	-
1845	476	3	6	518	10	0	500
1846	511	27	3	461	24	0	-
1847	514	1	9	432	15	0	-
1848	461	20	0	416	28	9	-
zus.	3.833	0	0	3.005	27	0	1.421

Es wurden also für die Saison Bälle 3.833-Rthlr., für die öffentlichen Feste 3.005 Rthlr. 27 Sg. und für verschiedene Ausgaben 1.421 Rthlr. verbraucht. Unter letzteren sind die 421 Rthlr. des Jahres 1841 für Stempelgebühren, welche beim Abschluss des Pachtvertrages zu entrichten waren und je 500 Rthlr. wurden zu den Kosten für die rheinischen Musikfeste bewilligt. Die Summe aller Nebenausgaben belief sich 1841 - 1848 auf 28.430 Rthlr. 5 Sg. 1 Pf.

- 1) 1845 und 1846 wurden für das Theater keine Beiträge gezahlt, ebenso im Jahre 1848; 1847 wurden dagegen 3.000 Rthlr. entrichtet.
 2) 1846 wurden dafür verausgabt: 203 Rthlr. 3 Sg. 2 Pf. Dann wurde die Zahlung der Beiträge eingestellt, da keine Pferderennen mehr stattfanden. Die Rennen wurden auf der Brander Heide abgehalten.

III 28. Sonderausgaben des Vereins zur Belebung der Badesaison.

Wie die beiden anderen Spielunternehmer so war auch der Verein zur Belebung der Badesaison eifrig bemüht zur Verbesserung und Verschönerung des Kurlebens beizutragen. Aus seiner Kasse wurden gezahlt:

Jahr	Oeffentliche Feste			Begiessen der Kurpromenaden			Verschiedene Ausgaben.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849	44	15	0	250	0	0	-	-	-
1850	600	0	0	173	22	6	-	-	-
1851	1.125	27	0	300	2	6	1.656	3	2
1852	1.171	21	3	288	27	9	3.203	6	0
1853	1.719	2	2	274	23	6	6.091	20	6
1854	1.723	1	0	143	14	6	14.395	20	11
<i>zus.</i>	6.384	6	5	1.431	0	9	25.345	20	7

Die Neuerung, dass die Kurpromenaden an trockenen Tagen gesprengt wurden, hat sicher bei den Einheimischen und bei den Badegästen vollen Beifall gefunden. Es kamen in Betracht: Die Hochstrasse, der Verbindungsweg nachurtscheid und die Promenadenwege bis zum Lousberg. Gesprengt wurde in der Zeit vom 16. Juni bis 15. September jedes Jahres. Vom Jahre 1851 ab wurde das Sprengen in noch ausgedehnterem Masse ausgeführt, um den beabsichtigten Zweck vollkommen zu erreichen. Daraus erklären sich auch die in dem Jahre beginnenden Mehrausgaben.

Die Summen für die verschiedenen Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1851 Beitrag zum rheinischen Musikfeste	600	0	0
Kosten des Lesezimmers in den Räumen der Spielbank für die Wintermonate	197	7	2
Erholungsreise eines verdienten Lehrers	50	0	0
Untersuchung des Aachener Wassers durch Liebig	807	26	0
1852 Wiederherstellungsarbeiten im Aachener Münster	3.000	0	0
Kosten des Lesezimmers im Winter	203	6	0
1853 Wiederherstellungsarbeiten im Aachener Münster	3.000	0	0
Neuerungen im alten Redoutegebäude	3.091	20	6
1854 Beitrag zum rheinischen Musikfeste	600	0	0
Für das Schulwesen im Regierungsbezirk	1.968	22	6
Neuerungen im alten Redoutegebäude	11.826	28	5

Die Gesamtausgabe für diese verschiedenen Nebenleistungen belief sich auf 25.345 Rthlr. 20 Sg. 7 Pf., während jene für das Besprengen der Kurpromenaden 1.431 Rthlr. und für die öffentlichen Feste 6.384 Rthlr. 6 Sg. 5 Pf. ausmachen. Zählen wir diese Ausgaben zusammen, so finden wir, dass der Verein zur Belebung der Badesaison für die Verschönerung und Verbesserung des Badelebens 33.160 Rthlr. 27 Sg. 9 Pf. verausgabt hat.

Das das dritte Pachtjahr einen Erfolg brachte, zeigt die Tatsache, dass bei der Verpachtung vom Jahre 1765 für jedes der folgenden drei Jahre 1.000 Rthlr. zu entrichten waren und 1768 gar 1.200 Rthlr. In den Jahren 1771 - 1774 blieb es bei dieser Summe. Eine Steigerung trat erst 1775 und 1776 ein, wo überhaupt 750 Rthlr. das sind 1.833 1/3 Rthlr. jährlich, entrichtet wurde.

Bei dem Vertrage vom Jahre 1777, welcher am 31. Juni abgeschlossen wurde, fiel endlich für die Stadt ein bedeutender Gewinn ab. Die Pachtsumme belief sich auf 30.000 Rthlr. für die fünfjährige Pachtzeit - also 4.000 Rthlr. jährlich. Ein besonderer Vorteil lag darin, dass innerhalb zweier Monate 25.000 Rthlr.

1) vergl. Anhang Nr.5

IV. Die Einnahmen der Stadt aus dem Bankspiel und ihre Verwendung.

1.) Die Einnahmen der Stadt von den Einzelpächtern.

Als Richard Reumont im Jahre 1764 zum ersten Male die Aachener Spielbank pachtete, war die Summe, die er der Stadtverwaltung abliefern musste, recht bescheiden. Für das erste Jahr betrug sie nur 800 Rthlr. Vielleicht sollte der Betrag nicht grösser sein, da es sich um etwas gänzlich Neues handelte und der Erfolg des Unternehmens nicht sicher war. Man kann wohl annehmen, dass Reumont ein gewisses Risiko einging. Andererseits wird er sicher ^{2. d. j.} der Ansicht gewesen sein, dass die Aussichten auf Gewinn nicht ungünstig waren. Die Erfahrungen heimlicher Spielbankhalter werden ihm nicht unbekannt gewesen sein.

Dass das erste Pachtjahr einen Erfolg brachte, zeigt die Tatsache, dass bei der Verpachtung vom Jahre 1765 für jedes der folgenden drei Jahre 1.000 Rthlr. zu entrichten waren und 1768 gar 1.200 Rthlr. In den Jahren 1771 - 1774 blieb es bei dieser Summe. Eine Steigerung trat erst 1775 und 1776 ein, wo Reumont 750 Karolinen, das sind $1.833 \frac{1}{3}$ Rthlr. jährlich, entrichten musste.

Bei dem Vertrage vom Jahre 1777, welcher am 21. Juni abgeschlossen wurde, fiel endlich für die Stadt ein bedeutenderer Gewinn ab. Die Pachtsumme belief sich auf 60.000 Rthlr. für die fünfzehnjährige Pachtzeit - also 4.000 Rthlr. jährlich. Ein besonderer Vorteil lag noch darin, dass Reumont innerhalb zweier Monate 35.000 Rthlr. vorschliessen musste, ohne Zinsen dafür beanspruchen zu dürfen.

Im Allgemeinen muss man sagen, dass die Pachtverträge mit Reumont von den verantwortlichen Beamten nicht mit dem nötigen Pflicht-

gefühl abgeschlossen worden sind. Nach einem Rathsschluss vom 1. März 1756 sollten alle städtischen Akzisen öffentlich und meistbietend zugeschlagen werden. Was die Spielbankpacht anbelangt,⁵ ist dieser Beschluss nie ausgeführt worden, obgleich z.B. in den Jahren 1772 und 1776 Reumont Mitbewerber hatte, die bereit waren, höhere Summen zu zahlen. Dass diese Vorschrift nicht befolgt worden ist, dürfte der Stadt manchen Schaden gebracht haben. Andererseits darf man nicht verkennen, dass „keine Gleichgültigkeit in der zu octroyirenden Person sey, sondern derselben bona fides, integritas morum et vivendi quatio in Haupt- rücksicht zu nehmen und es gar zu gefährlich wäre, dem blossen Ungefähr eine/Ansteigerung alles zu überlassen“. Man muss sich dieser Meinung des damaligen Magistrates anschliessen. Er verlangte von dem Pächter, dass er „ein/ in aller Absicht bewährter Mann“ sei, von dem „keine Verdriesslichkeiten“ zu befürchten waren. Reumont hatte sich anscheinend das Vertrauen der Beamten in besonderem Masse erworben. Der Bürgermeister von Thymus sagt von ihm, dass er „alle qualitäten“ zur Uebernahme der Pacht gehabt hätte. Den Vermutungen, dass Reumont bei der Verpachtung im Jahre 1777 den Beamten einen Anteil am Spiel gegeben oder versprochen habe, tritt der Stadtsyndikus Felser am 19. Januar 1789 in einer Verhandlung auf dem Rathaus entgegen. Auch vorher soll nie einer der Bürgermeister, ein Beamter, ein Stadtsyndikus oder ein Sekretär irgendwie an der Bank mitbeteiligt gewesen sein. Eine einwandfreie ~~Z~~klärung dieser Frage wird heute schwerlich möglich sein.

Der Vertrag vom Jahre 1777 lief Ende September 1792 ab. Da zu dieser Zeit die Heere der französischen Republik nach Osten vordrangen und die Geschäfte stockten, wurde er nicht sofort erneuert. Während der Besetzung Aachens durch die Franzosen (^{16.} ~~sechzehnten~~ Bepren-

ber 1792 - 2. März 1794) liess die provisorische Mairie die bestehenden Spieleinrichtungen unangetastet. Reumont setzte seinen Betrieb fort und zwar nach den Bedingungen des abgelaufenen Vertrages.

Erst im Juni 1793 dachten die Stadtväter wieder an eine Neuverpachtung. Nach dem in einem Magistratsbeschluss vom 3. August die „Bedingnisse“ dazu festgesetzt worden waren, erfolgte durch einen Anschlag „ad valvas curiae“ die Aufforderung, Bewerbungsschreiben bis zur nächsten Rathssitzung einzureichen. Es ist dies das erste Mal, dass die Spielbankpacht öffentlich angeschrieben wurde.

Richard Reumont übergab allein drei verschiedene Angebote. Die Rathsherren waren diesmal ganz besonders auf den Vorteil der ihnen anvertrauten Stadt bedacht. In dem Berichte über die Sitzung des Raths vom 9. August 1793, wo über die Verträge verhandelt wurde, heisst es:

„Nach dem nun im versammelten Rath die gegenwärtige miesliche Lage der städtischen Aerari besonders wegen der von mehreren Gläubigern geforderten Ablagen verschiedener beträchtlicher Capitalien, auch der nicht mehr aufzuschiebenden Verfertigung des Lütticher Wegs, auch wegen des Verzugs von dem Niederländischen Gouvernement und versammelten Limburger Ständen zugegangenen nachdrucksamsten Bedrohungen, ferner wegen unvorzüglicher Stellung des druckenden Kreis Contigents, fort anderer beschwerlichsten und druckendsten Umständen in nähere Erwägung gezogen und befunden worden, dass dormalen kein anderes Rettungsmittel als jenes der als baldigen Verpachtung der Spiel-Octroy und des daher zu hoffenden baaren Vorschusses übrig bleibe. Als ist per majora beschlossen worden, dass die Spiel-Octroy aus gedachten ökonomischen und politischen Ursachen noch in der heutigen Rathssitzung vergeben werden solle.“

Die Wahl fiel auf Richard Reumont, nachdem er in die Sitzung berufen worden war und sich verpflichtet hatte, einige Anerbieten, die in seinen Angeboten 1 und 2 standen, seinem dritten Vorschlage anzufügen. Er that dies ohne weiteres, da sie „aus Übereilung“ weggelassen worden waren, und ging damit folgende Verpflichtungen ein:

1. zahlt er der Stadtkasse jährlich die Summe von 25.000 Rthlr.,

für die fünfzehnjährige Pachtzeit also 375.000 Rthlr.

2. gibt er derselben im Voraus 75.000 Rthlr.; dieser Betrag sollte in 3 Raten abgeliefert werden. Die erste war nach einem Monat fällig, die zweite am 1. November 1793 und die dritte am 15. Februar 1794, sodass mit Beginn der Pachtzeit der Vorschuss ganz eingezahlt war. Diese drei Zahlungen sollten erst bei den letzten Pachtjahren zur Verrechnung gelangen, ohne dass Reumont irgendwelche Zinsen zu beanspruchen hatte.

3. ging er folgende Nebenverpflichtungen ein: a) machte er sich anheischig, die auf dem Driesch gelegene Spa-Fontaine auf seine Kosten zur Promenade zu verlegen. Dort wollte er aus blauen Steinen eine Nische bauen und durch einen Brunnen sollte das eisenhaltige Wasser der Bevölkerung zum Gebrauche zugeführt werden. Die ganze Ausführung war auf 8.000 Rthlr. berechnet. 1)

b) während der Pachtjahre sollte er dafür sorgen, dass die Stadtpromenaden in reinlichem und gutem Zustande gehalten wurden. Diese Aufgabe übernahmen zwei Mann; während einer angestellt wurde, um das Gesindel von dem Kompostbad und der dortigen Promenade fern-zu-halten. Jeder bekam drei Schilling täglich.

c) da durch die Verteuerung des Kornes der Bürger und besonders der Arbeiter oft sehr getroffen wird, erklärte sich Reumont bereit, während der Pachtjahre im ganzen eine Summe von 12.000 Rthlr. ohne Zinsansprüche zu leihen, falls es nötig würde. Jederzeit konnten zwei bis fünftausend Rthlr. bei ihm in Empfang genommen werden.

d) zur besseren Unterhaltung der Kinder wollte er dem Armenhause jährlich 400 Rthlr. überlassen.

e) zur Unterstützung der Hausarmen gedachte er jährlich 40 Louis d'or oder 306 Rthlr. 36 Mk. auszugeben. Die Bürgermeister konnten sie beliebig unter den Kirchmeistern der vier Pfarreien verteilen.

f) um den Bau des so notwendigen Weges nach Lüttich zu ermöglichen, verpflichtet er sich, die nötigen Ausgaben wöchentlich vorschiessen. Diese Summen sollten auf die letzten Pachtjahre ohne Zinsen verrechnet werden. Der Vorschuss darf sich auf 15.000 Rthlr. belaufen. Sollten die Kosten des Baues höher sein, so sind die gezahlten Vorschüsse für die nächstfälligen Pachtverträge einzusetzen.

Dieser Vertrag trat am 16. Februar 1794 in Kraft. Bis dahin galt, wie bereits erwähnt, jener vom Jahre 1777. Seine Ausführung wurde aber bereits am 25. September unterbrochen, als die Franzosen abermals in Aachen einrückten. Reumont verliess die Stadt und soll im Rechtsrheinischen eine Spielbank eröffnet haben. Die ganz bedeutenden Vorteile, die gerade dieser Vertrag enthielt, gingen so der Aachener Stadtkasse verloren.

Durch die französische Besetzung kam ein ziemliches

1) vergl. Anhang Nr. 4.

Durcheinander in die Spielbankverhältnisse. Wie wir bereits erfahren haben, war die öffentliche Bankhaltung bald gestattet, bald verboten. Was die Pachteinnahmen für diese Zeit anbelangt, so finden sich im handschriftlichen Aktenmaterial nur einige Aufschlüsse. Wie wir aus der Flugschrift Anton Reumonts gegen Dauvelouis sehen, war in einer Besprechung zu Paris vereinbart worden, dass der Pariser Spielpächter Perrin der Stadt monatlich 3.000 frs. zahlen sollte; er verrechnete aber immer nur 2.000 frs. Reumont schreibt unter anderem:

„Sehr glücklich hatte man sich in jener Konferenz geschätzt, für jeden Spielmonat 3.000 frs. ausgewirkt zu haben, was dem bei der Krönung in Paris anwesenden Bürgermeister und dem Vorsteher der hiesigen Armen Anstalt Herrn Cromm die grösste Mühe gekostet und dennoch keinen weitem Erfolg hatte, indem es der Uebereinkunft ungeachtet, bei den monatlichen 2.000 frs. immerhin geblieben ist.“

Dem Perrin folgte später ein gewisser Bernard. Er zahlte aber auch nicht mehr als 16.000 frs. jährlich. Nach dem Dekret Napoleons vom 24. Juni 1806 durfte die Spielbank nur während der Badezeit geöffnet sein. Der Prefekt des Roer-Departements bestimmte am 20. November 1809, dass die öffentlichen Spiel Sitzungen jeweils vom 1. Dezember bis 1. Mai zu unterbleiben hätten. Im Winter 1811/12 waren die Spielsäle sogar vom 1. September bis 1. Mai geschlossen. Es lässt sich denken, dass da die Einnahmen der Stadt aus der Pacht sehr zurückgingen. Bei einer Spielzeit von fünf Monaten wird der Pächter 10.000 frs. abgeliefert haben, wenn wir die Angaben Reumonts zugrunde legen.

Nach der Eroberung Aachens durch die Verbündeten konnte die Spielbank wieder einen geregelten Betrieb aufnehmen. Der Spielvertrag des Jahres 1814, der mit dem 15. Mai in Kraft trat, brachte der Stadt eine jährliche Einnahme von 40.000 frs., die jedes Quartal im Voraus zu entrichten waren. Der Pächter musste ferner einen einmaligen trockenen Weinkauf aussahlen, der sich auf 30.000 frs. belief. Die

erste Hälfte dieser Summe war am 1. November 1815 fällig und der Rest am 15. Mai 1816.

Bei der Neuverpachtung im Jahre 1822 blieb der alte Pachtpreis bestehen. Die Verpachtung geschah aber durch Gebote auf den trockenen Weinkauf, der mit 16.000 Thalern als erstes Gebot ausgesetzt war. Gebote unter 100 Thalern wurden nicht angenommen. Der trockene Weinkauf musste zur Hälfte 2 Monate nach erfolgter Genehmigung der Verpachtung gezahlt werden, Zwei Monate später wurde die andere Hälfte fällig. Der eigentliche Pachtpreis brauchte erst vom 1. Januar 1829 ab in zweimonatlichen Raten abgetragen zu werden. Für die ersten sechs Pachtjahre galt der Weinkauf als Kaution für die richtige Zahlung der Pacht. In der ersten Hälfte des fünften Jahres musste eine besondere Sicherheit in Höhe von 16.000 Thalern pr. Courant gestellt werden; sie war für die letzten sechs Pachtjahre bestimmt. Bei der Verpachtung am 10. September 1822 wurden von Dauvelouis 70.000 fres. oder 18.375 Thaler in preussischer Währung geboten. Thimus beteiligte sich nicht, da die ausgeschriebenen Pachtbedingungen ihm nicht zusagten.

So konnte die stark verschuldete Stadt Aachen im Laufe der Jahre steigende Einnahmen aus der Verpachtung der Spielbank ziehen, die ihr in ihrer bedrängten Lage sehr zu statton kamen. ^FEin wahrer Geldstrom sollte sich erst recht unter den Pachtgesellschaften in die Stadtkasse ergiessen, wie wir im folgenden Kapitel sehen werden.

^FVergleicht man für die Jahre 1825 und 1830 die Einnahmen aus Steuern und jene aus der Spielbank miteinander, so zeigt sich folgendes Bild: 1825 ergaben die Steuern 119.524 M. und die Einnahmen aus der Spielverpachtung 37.623 M. 1830 brachten die Steuer 130.341 M. und die Spielbank den oben angegebenen Betrag .

1) Schaaf, a.a.O. S.83. Der dort angeführten Tabelle sind auch die weiteren Zahlen über Steuereinnahmen entnommen.

IV. 18. Die Einnahmen der Stadt von den Pachtgesellschaften.

In dem Vertrage der Stadt Aachen und der Aktiengesellschaft kam zum ersten Male die Mitbeteiligung der Stadt am Ertrage der Spielbank zustande. Damit wurde ein Gedanke verwirklicht, der nicht in dieser Zeit entstanden war, sondern - soweit sich feststellen liess - bereits im Jahre 1777 auftauchte. Ein gewisser Brammerz bewarb sich damals um die Spielpacht. Er bot der Stadt zwar keine bestimmte Summe, wohl aber einen „sicheren“ Anteil am Spielgewinn. Der Magistrat ging jedoch darauf nicht ein, und so blieb Reumont im Besitze der Pacht.

Die Aktiengesellschaft führte jährlich 10.500 Rthlr. als Pachtbetrag an die Stadtkasse ab. Von den Reinerträgen der Spielbank zahlte sie der Stadt ein Drittel. Daraus ergaben sich für Aachen folgende Einkünfte:

Jahr	Reinertrag der Aktiengesellschaft			Anteil Aachens 1)			Anteil am Reservefonds.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832	5.140	19	9	1.713	16	7			
1833	42.836	21	9	14.278	27	3			
1834	52.248	3	11	17.416	1	4			
1835	23.211	6	9	7.737	2	3			
1836	30.147	24	9	10.049	8	3			
1837	39.867	0	0	13.289	0	0			
1838	68.555	4	6	22.851	20	0			
1839	53.883	0	0	17.961	0	0			
1840	69.503	21	11	34.751	27	3	51.858	4	9
zus.	395.393	13	4	140.048	22	11	51.858	4	9

Wie wir bereits gesehen haben, gingen die beiden anderen Drittel des Reingewinns an die Aktionäre und zum Reservefonds. Dieser

1) davon musste 1/20 an die Gemeinde Burtscheid abgeführt werden; vergl. S. 107.

wurde zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft am Schlusse der Pachtzeit geteilt. So konnte die Stadtkasse als Gesamteinnahme 286.406 Rthlr. 27 Sg. 8 Pf. verbuchen, in dieser Summe sind die Pachtbeträge mit 94.500 Rthlr. verrechnet. Das bedeutet eine jährliche Durchschnittseinnahme von: 31.822 Rthlr. 29 Sg. 8 Pf. ^F

Als die Stadt selber die Pacht der Spielbank übernahm, mussten sich natürlich die Einnahmen verbessern, da das Zwischenglied der Aktionäre ausgeschaltet wurde. Der König ersetzte es jedoch durch ein anderes, indem er aus einem Drittel der Reineinnahme einen Fonds für Beförderung frommer, milder, nützlicher Zwecke auch ausserhalb der Stadt Aachen schaffte. In seiner A.K.O. vom 29. Mai 1836 bestimmte er ferner, dass die Stadt wie jede andere Pachtgesellschaft die Pachtbeträge zu entrichten habe und sie wie bisher verwenden sollte. Der Anteil am Reingewinn betrug nach wie vor ein Drittel.

Die Stadtverwaltung war mit dieser Regelung durchaus nicht einverstanden. Sie machte den Gegenvorschlag 25 v.H. für wohlthätige Zwecke auch ausserhalb Aachens, 50 v.H. zur sofortigen Verwendung für die Stadt und die restlichen 25 v.H. dem Reservefonds zuzuführen. Durch die A.K.O. vom 26. Dezember 1836 gibt der König diesem Verteilungsplane seine Genehmigung. Mit dem Ergebnis konnte die Stadt ausserordentlich zufrieden sein. Die Einnahmen gestalteten sich äusserst günstig wie die folgende Uebersicht zeigt:

In Jahre 1847 wurde die Stadt durch den Verein zur Hebung

der Lotterien in der Spielbankverwaltung angeht. Der Anteil

Die Gesamteinnahmen an Gemeindesteuern betragen 1835: 152.655 M., dem standen 70.936 M. als Einnahmen aus der Spielbank gegenüber. Im Jahre 1840 sind beide Beträge beinahe gleich gross: Die Gemeindesteuern ergaben 154.149 M., und die Spielbank überwies der Stadtkasse 137.828 M.

Jahr	Reinertrag unter städtischer Verwaltung			Anteils Aachens ¹⁾		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	71.374	13	1	35.687	6	6
1842	79.755	6	4	39.877	18	2
1843	13.617	6	9	6.808	18	4
1844	60.851	4	11	30.425	17	5
1845	87.493	17	7	43.746	23	9
1846	92.772	2	10	46.386	1	5
1847	118.666	29	8	59.333	29	8
1848	47.410	9	6	23.705	4	9
	571.941	0	8	285.971	0	0

Der Anteil Aachens am Ertrage der Spielbank war für die Jahre 1841 - 1848: 285.971 Rthlr. Dazu kam der jährliche Pachtbetrag von 10.500 Rthlr., für die achtjährige Pachtzeit also 84.000 Rthlr. Beide Einnahmen zusammen ergeben 369.971 Rthlr., demnach im Jahresdurchschnitt 46.246 Rthlr. 11 Sg. 3 Pf. Dabei ist der Anteil am Reservefonds nicht einmal berücksichtigt. Man sieht daraus, wie glücklich Aachen sich schätzen konnte, eine solch^r ergiebige Einnahmequelle zu besitzen. Der Reservefonds dürfte sich auf 142.985 Rthlr. 15 Sg. belaufen haben; im Jahresdurchschnitt sind dies 17.873 Rthlr. 5 Sg., die zu obigen 46.246 Rthlr. 11 Sg. 3 Pf. hinzugerechnet eine mittlere Jahreseinnahme von 64.119 Rthlr. 16 Sg. 3 Pf. ergeben. (Vergleicht man die Preise der wichtigsten Lebensmittel ²⁾ mit diesen Spielbankerträgen, so wird ihre ganz bedeutende Höhe erst recht klar!

Im Jahre 1849 wurde die Stadt durch den Verein zur Belebung der Badesaison in der Spielbankverwaltung abgelöst. Den Anteil Aachens am Reingewinne ersehen wir aus folgender Tabelle:

- 1) davon musste ein Teil (1/60 des gesamten Reinertrages) an die Gemeinde Burtscheid abgeführt werden.
- 2) vergl. Tabelle auf S. 100.

F
Wir erleben es in dieser und in der folgenden Periode, dass die Einnahmen aus der Spielbank grösser sind als jene aus den Gemeindesteuern:
1845: Steuereinnahmen: 153.093 M; Spieleinnahmen: 211.983 M.
1850: " 217.035 " ; " 315.807 " .

Jahr	Reinertrag unter Verein zur Belegung der Badesaison			Anteil Aachens 1)		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849	21.317	28	5	12.507	19	9
1850	87.927	6	10	78.199	9	0
1851	97.109	26	10	84.079	18	9
1852	97.562	3	10	84.634	21	0
1853	93.943	28	8	80.979	29	1
1854	66.056	4	4	61.395	23	10
<i>zus.</i>	463.917	8	1	401.797	1	5

Der Anteil Aachens belief sich von 1849 - 1854 auf:

401.797 Rthlr. 1 Sg. 5 Pf. Ein Pachtbetrag wurde vom Verein zur Belegung der Badesaison nicht bezahlt, da er ja nicht Pachtinhaber war, sondern nur die Spielbank für die Stadt verwaltete. Diese scheint ihm nicht, wie es von 1841 - 1848 der Fall war, in Rechnung gesetzt zu haben. Im Jahresdurchschnitt verbuchte die Stadt als Einnahme aus der Spielbank 66.966 Rthlr. 5 Sg. 2 Pf. Es war dies ihre grösste mittlere Jahreseinnahme. Zum Vergleiche seien nochmals die 3 Pachtperioden zusammengestellt:

Jahre	Anteil Aachens am Spielgewinn			Durchschnittliche Jahreseinnahme aus der Spielbank.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832/40	140.046	22	11	31.822	29	8
1841/48	285.970	0	0	64.119	16	3
1849/54	401.797	1	5	66.966	5	2

Unter den Pachtgesellschaften nahm die Stadt 827.816 Rthlr. 24 Sg. 4 Pf. ein, was im Jahresdurchschnitt 35.992 Rthlr. bedeutet. Das ist ein Ergebnis, mit dem sie sehr zufrieden sein konnte und dem die Aachener Bevölkerung manchen Fortschritt und manche Unterstützung verdankt, wie wir im folgenden Kapitel sehen werden.

1) davon wurde $\frac{1}{60}$ an die Gemeindeurtscheid abgeführt.
des Gesamtvereinertrags

IV. 2. Die Verwendung der Pachtbeträge und der Gewinnanteile durch die Stadt.

Im vorstehenden Kapitel haben wir gesehen, welche bedeutenden Einnahmen die Stadt aus der Spielbankverpachtung und aus dem Anteil am Reingewinne hatte. Von besonderem Interesse ist es nun, ~~einmal~~ zu untersuchen, in welcher Weise und zu welchen Zwecken die Stadtväter diese Gelder verwandten.

Als Aachen freie Reichsstadt war, stand es dem Magistrat und den Rathsherrn frei, wie sie über die Spielbankpacht verfügen wollten. Leider geht aus dem handschriftlichen Aktenmaterial nicht hervor, in welcher Art ~~es~~ geschehen ist. Bei der grossen Geldverlegenheit, in der sich die Stadt befand, wird man diese besondere Einnahme für die drückendsten Schulden oder für die nötigsten Zwecke benutzt haben. So erfahren wir denn auch, dass der Pachtertrag aus dem Vertrage von 1777 dazu ansersehen wurde, die Unkosten der kurpfälzigen Besetzung vom Jahre 1769 zu decken. In der Stadtrathsitzung vom 6. September 1793 wurde beschlossen, dass die erste Vorschusszahlung des Reumont, welche gerade abgeliefert worden war, teils dazu dienen sollte, die Zinsrückstände der städtischen, verbrieften Schulden bis zum Jahre 1790 mit 19.205 Rthlr. 7 m und ~~für~~ verfallene Wechsel bis zum Jahre 1792 mit 3.509 " 18 " abzutragen und der Rest sollte zur Tilgung weiterer Schulden dienen.

Als Napoleon die Aachener Spielbankverhältnisse regelte, bestimmte er, dass die Stadt alle Einkünfte daraus „zur Förderung fröner und gemeinnütziger Zwecke“ verwenden sollte. Es ist dies das erste Mal, dass die Stadtväter sich Vorschriften über die Verwendung der Spielgelder machen lassen mussten.

Als Aachen eine Stadt des preuss. Königreichs geworden war, bestimmten die Könige, als sie die Pachtverträge genehmigten, auch über die Art der Verwendung der Einnahmen. Die A.K.O. vom 11. Juni 1814 und 11. Juni 1816 veranlassten, dass ein Viertel des Pachtbetrages an die Königliche Regierungshauptkasse abgeführt wurde, um zur Verbesserung der Schulanstalten in dem Regierungsbezirke verwandt zu werden. Der grösste Teil der Einnahmen sollte den Hospizien - und Wohltätigkeitskommissionen zufließen und der Rest war für die Verschönerung der städtischen Kuranlagen gedacht. In allen Jahren diente diese Willensäusserung des Königs bei der Verwendung des Pachtbetrages als Richtschnur. In der A.K.O. vom 30. Januar 1846 stellt der König eine neue Verwendungsfolge auf. Sie bestimmte:

Die Erträge der Spielbank werden für folgende Zwecke verwandt:

- 1) Tilgung der früheren Stadtschulden
- 2) zur Wiederherstellung des Krönungsaaes
- 3) zum Bau eines grossen Bürgerhospitals
- 4) zum Bau eines Lagerhauses
- 5) Tilgung der neuesten Stadtschulden
- 6) für die Beschaffung der noch erforderlichen Elementarschulhäuser
- 7) für Neubauten an Badehäusern
- 8) für Erweiterung der Karsal Lokalien der neuen Redoute
- 9) zur Dotierung der Arzenschulen
- 10) zur Beschaffung wohlfeiler Lebensmittel für die ärmere Bevölkerung im Winter 1846/47 1).

Die Regierungsstelle in Aachen musste darauf achten, dass der königliche Wille befolgt wurde. Ihr wurden durchweg besondere Verwendungsfälle zur Genehmigung vorgelegt. Häufiger kam es dabei zu Meinungsverschiedenheiten, wofür im folgenden Beispiele gegeben seien:

Im Stadtrath vom 15. April 1814 beschloss man den trockenen Weinkauf von 30.000 Franken zum Ankauf zweier Pfarrhäuser zu verwenden. Als die erste Hälfte des Weinkaufs im Jahre 1815 von dem Spielunternehmer erlegt wurde, genehmigte der Generalgouverneur die Verwendung dieses Betrages zu dem Ankauf einer Wohnung für den Pfarrer der St. Nikolaus-Kirche. Die andere Hälfte sollte für den Ankauf einer ähnlichen

1) wurde 1847 angeordnet.

Wohnung für den Pfarrer von St. Kreuz. ^{zuerst} Der Betrag wurde aber laut städtischer Rechnung von 1817 „bey dem damaligen Drang der städtischen Finanzen subsidierisch zur Bestreitung der budgetmässigen Ausgaben verwandt“, da sonst das Defizit noch grösser gewesen wäre. Die Summe sollte aber für 1819 in Ausgabe gesetzt werden. In der Stadtrathssitzung vom 22. Juni 1818 beschliesst man in der Erwägung dass: 1) die Gemeinde nach dem Gesetze gehalten ist, für die Anschaffung der Pfarrwohnungen zu sorgen; 2) dass die erste Hälfte des trockenen Weinkaufs zum Ankauf einer Wohnung für den Pfarrer für St. Nikolaus verwandt worden ist und 3) dass die Pfarre zum heiligen Kreuz nunmehr noch die einzige ist, welche keine bestimmte Pfarrwohnung hat, es bei dem Beschlusse vom 15. April 1814 verbleiben muss und die Summe von 11.250 Franken dafür verwandt werden soll.

Die Königliche Regierung antwortet auf den diesbezüglichen

Bericht:

„ Aus Ihrem Bericht vom 17. d.M. haben wir abermals mit Missvergnügen gesehen, wie Sie mit gänzlicher Hintansetzung aller unserer Verfügungen bisher die zu einem bestimmten Zwecke vorhandenen Gelder willkürlich zu anderen Zwecken verwendeten, indem Sie auf unsere Verfügung vom 15. Juli v.J. sich elf Monate lang Exoitieren lassen und sodann erklären, dass Sie die Beratung des Stadtrathes und unsere Genehmigung umgangen und über die zweite Hälfte des trockenen Weinkaufs der Spiel Octroi einseitig disponiert haben. Indem wir Sie für diese Willkür verantwortlich halten, fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, dass die zu einem Pfarrhause bestimmten 11.250 frcs. ihrem Zweck zurückgegeben werden und in die Stadtkasse reintegriert werden.“

In dem anderen Falle handelte es sich um die Verwendung

von 1.500 Rthlr. des Pachtbetrages für Pflasterarbeiten. Die Regierung genehmigte dafür 725 Rthlr. In der Stadtrathssitzung vom 30. April 1830 will man aber an der ersten Summe festhalten. Sie hat das Geld dringend für Pflasterungen nötig, „in dem der Stadtrath sonst keine Mittel wisse, die gehörige Instandsetzung des so sehr in Unstand gerathenen Stein- Pflasters worüber von Fremden und Einwohnern mit Recht allgemein geklagt wird, endlich einmal vornehmen zu lassen“. Der Stadtrath war ferner der Meinung, dass die Erneuerung des Pflasters wohl umso mehr zu denjenigen Bedürfnissen gehöre, für welche aus den Spielpachtgeldern zu sorgen sei „als ein gutes Steinpflaster hier in einem Bade Ort die nothwendigste und am meisten gewünschte Verschönerung genannt werden könne.“

Im Allgemeinen verlief der Verkehr zwischen der Stadtverwaltung und der Regierungsstelle reibungslos, da klar vorgezeichnet war, wie die Gelder angelegt werden sollten.

Die Spielpacht und die Gewinnanteile der Stadt wurden regelmässig an die Stadtkasse abgeführt. Eine Aenderung trat erst im

Jahre 1847 ein. Höherer Bestimmung gemäss sollten von nun an diese Beträge nicht mehr gleich an die Stadtkasse abgeführt werden, sondern bis zur bestimmungsmässigen Verwendung der Provinzial-Instituten- und Kommunal Kasse überwiesen werden. Sie wurde die Verwalterin der Spielerträge und zahlte der Stadtverwaltung von Fall zu Fall die erforderlichen Summen aus. Am 26. November 1847 konnten ihr 292.393 Rthlr. 22. Sg. 6 Pf. anvertraut werden, die sich bis 1846 angesammelt hatten. Es waren dies die Beträge des Reservefonds und des Wohltätigkeitsfonds¹⁾ die nun zu einem Hauptfonds vereinigt wurden.

Im folgenden wollen wir im einzelnen untersuchen, zu welchen Zwecken die Pachtbeträge und die Gewinnanteile der Stadt verwandt worden sind. Da vom Jahre 1819 ab (erst) genauere Aufzeichnungen über die Verwendung der Gelder vorliegen und da von dieser Zeit ab dauernd steigende Reineinnahmen zu verzeichnen waren, soll die Untersuchung hier einsetzen. Man kann dabei unterscheiden zwischen regelmässig wiederkehrenden und besonderen, aussergewöhnlichen Verwendungsarten. Zu ersteren zähle ich: Die Ausgaben zur Verbesserung des Schulwesens im Regierungsbezirke, zur Pflege des Armenwesens, für Verschönerungen der Stadt und der Kuranlagen und zur Tilgung und Verzinsung der Stadtschulden und als besondere Ausgaben sind zu bezeichnen: Die Ausgaben für Neubauten (Bürgerhospital und Volksschulen), für Wiederherstellungsarbeiten im Rath- hause, zur Unterstützung und Fürsorge in Notjahren und für Verbesserungen des Badewesens.

1) vergl. S. 69.

IV. 2a. Die Ausgaben zur Verbesserung des Schulwesens
im Regierungsbezirk.

Als der König von Preussen das Aachener Bankspiel zum ersten Male genehmigte, überliess er nicht die ganze Pacht der Stadt, sondern der vierte Teil der Summe sollte an die königliche Regierungskasse abgeführt werden, die sie zur Verbesserung der Schulanstalten in dem Regierungsbezirke verwenden sollte. Diese Bestimmung stand an erster Stelle der A.K.O., und der grösste Betrag war dafür festgesetzt. So wurden denn regelmässig jedes Jahr 7.500 frcs. oder 1.968 Rthlr. 22 Sg. 6 Pf. an die Regierungsstelle überwiesen. Einer anderen Verwendung dieser Summe durfte nicht stattgegeben werden. In einem Schreiben vom 26. Februar 1832 äusserte der König, dass sie ihrer Bestimmung nicht entzogen werden könne, „weil das Elementar-Schulwesen des Regierungsbezirks dieser Unterstützung fortdauernd bedarf und anderweitige Fonds hierzu nicht vorhanden sind.“ Wir haben hier wieder ein Beispiel, wie die Hohenzollern für das Elementar-Schulwesen sorgten.

Bis zum Jahre 1848 wurde die königliche Bestimmung genau eingehalten. Dem Schulwesen des Regierungsbezirks wurden von 1816 bis 1848 im ganzen überwiesen: 64.968 Rthlr. 22. Sg. 6 Pf.

Als im Jahre 1849 die Spielbank nicht regelrecht genehmigt wurde,¹⁾ stellte die Stadt die Zahlung dieses Zuschusses ein. Es blieb dabei bis 1853 einschliesslich. Da die königliche Regierung dieser Summe für den angegebenen Zweck bedurfte, musste sie den gleichen

1) vergl. S.25.

Betrag aus Staatsmittel beantragen. Bei den in Berlin 1851 versammelten Kammern kam es aus diesem Anlasse zu Erörterungen, welche für die Aachener Spielbank „höchst unangenehm“ gewesen sein sollen. Der Gemeinderath hielt es deshalb für ratsam, es dem Spielbank-Comité zu überlassen, jene Summe der Regierung wieder zuzuführen. Im Jahre 1854 zahlte der Verein zur Belebung der Badesaison den üblichen Betrag aus.

Wie der jährliche Zuschuss von 1.968 Rthlr. 22. Sg. 6 Pf. zur Verbesserung des Schulwesens im Regierungsbezirke im einzelnen verwandt wurde, war nicht mehr zu ermitteln, da die Akten, die etwas darüber enthalten konnten, alle verbrannt worden sind. Ein Teil der Gelder wurde dazu benutzt, um Lehrern und Lehrerinnen in Aachen eine „Aufmunterung und Unterstützung“ zukommen zu lassen. Da 1849 von der Stadt diese Summe nicht mehr aufgebracht wurde, konnte einem verdienten Oberlehrer, der nach Laubach zur Kaltwasserkur musste, sein Gesuch um Beihilfe nicht genehmigt werden. Im allgemeinen scheint der Betrag zunächst dazu benutzt worden zu sein, denjenigen Lehrpersonen, welche „durch Krankheit oder ungewöhnliche Familienlast“ bei einem mässigen Einkommen sich in schwieriger Lage befanden, oder „welche ihrer Leistungen wegen besonderer Aufmunterung verdienten“ einen kleineren oder grösseren Zuschuss zukommen zu lassen. Auf diese Art konnte mancher verdiente Lehrer unterstützt werden, und dadurch, dass man für seine Gesundheit durch Kurgelder sorgte, wurde manche Lehrperson länger dem Schuldienste erhalten. Ob irgendwelche Gelder für Schulbauten verwandt wurden, lässt sich nicht nachweisen, da darüber keine Angaben vorliegen.

IV. 2. Die Ausgaben zur Pflege des Armenwesens.

Der Aachener Armenverwaltung floss manche willkommene Gabe aus den Spielgewinnen, wie wir sahen, bestimmte schon Napoleon, dass zur französischen Zeit die Spielpacht an die Armenkasse weitergeleitet werden sollte.¹⁾ Mit dem ersten Pachtvertrage unter preussischer Herrschaft ergaben sich regelmässige Zuschüsse an die Armenkasse. Sie betragen jährlich 2.100 Rthlr. für das Armenwesen und die gleiche Summe für die Civil Spitäler. Nachweisbar wurden diese Beträge von 1819 bis 1846 ununterbrochen gezahlt, für 28 Jahre also 117.600 Rthlr. Im Jahre 1841 wurden noch besonders 4.994 Rthlr. 2 Sg. 4 Pf. dafür verwendet. Wie diese Beträge im einzelnen verwendet wurden, liess sich ebenfalls nicht feststellen. Vom Jahre 1841 ab wurde noch ein besonderer Dotationsfonds für die Spitäler geschaffen. Ihm flossen zu:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841:	1.784	10	10
1842:	11993	26	5
1843:	340	12	11
1844:	2.187	10	2
1845:	2.187	10	2
<u>zus.</u>	<u>8.493</u>	<u>10</u>	<u>6</u>

Der Gesamtbetrag dafür beläuft sich von 1841 - 45 auf 8.493 Rthlr. 10 Sg. 6 Pf. Am 5. Juni 1846 bestimmte der Oberpräsident der Rheinprovinz, dass diese Summe nicht mehr verausgabt werden sollte.

Als Matthias Thimus im Jahre 1822 dafür einkam, ihm die Erlaubnis zu geben mit dem Bankspiel statt am 1. März am 1. April zu beginnen und nicht Ende Oktober, sondern am letzten Novembertag damit aufzuhören, erklärte er sich bereit, el.500 frcs den Armen zu geben.

1) vergl. S. 72.

Sein Antrag wurde genehmigt. Die Regierung bestimmte den Betrag für eine Arbeitsanstalt, die im Dominikanerkloster errichtet werden sollte. Im folgenden Jahre wollte die Stadt die Summe für Verschönerungen am Marschierter, deren Kosten so bedeutend waren, dass die Arbeiten eingestellt werden mussten, verwenden. Die Regierung ordnete aber an, dass er ebenfalls der Arbeitsanstalt zugeführt werden sollte. Diese scheint den Betrag auch nötig gehabt zu haben, da die im Budget ausgeworfene Summe zur Instandsetzung der Gebäulichkeiten sowie zur Deckung der Verwaltungskosten nicht ausreichte.

Das Bettlerhaus zu Brauweiler erhielt im Jahre 1844 einen Zuschuss von 200 Rthlr. 12 Sg., vorgesehen waren 458 Rthlr.¹⁾ Ob diese Anstalt weitere Zuwendungen erhielt, geht aus den Akten nicht hervor. An dieser Stelle wäre auch noch der Fonds zur Förderung frommer und nützlicher Zwecke auch ausserhalb der Stadt Aachen zu erwähnen.²⁾

Ihm flossen zu:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841:	17.843	18	3
1842:	19.938	24	1
1843:	3.404	9	2
1844:	15.212	23	9
	<hr/>		
	56.399	15	3

In den Jahren 1841 -1844 konnten ihm 56.399 Rthlr. 15. Sg. 3 Pf. zugeführt werden. Für das Kongressdenkmal auf dem Adalbertsteinweg wurden ihm 6.000 Rthlr. entnommen. Ob sonst noch irgendwelche Gelder aus diesem Fonds verwandt worden sind, war nicht festzustellen. 1845 belief sich sein Bestand auf 55.258 Rthlr. 21 Sg. 5 Pf. Im November 1847 wurden die noch vorhandenen Gelder der Provinzial-Instituten- und Kommunal-Kasse überwiesen.³⁾

1) Aktenband 28/1 Vol. III S.319. 2) vergl. S. 69.

3) vergl. S. 75.

17.2c. Die Ausgaben zur Verschönerung der Stadt und der Kuranlagen.

In der A.K.O. vom 11. Juni 1814 war schon bestimmt worden, dass die Gelder der Spielbankpacht von der Stadt z.T. dazu benützt werden sollten, die Kuranlagen zu verschönern. Die Summe, die dafür verwandt werden durfte, war von Könige auf 6.500 frcs oder 1.706 Rthlr. 7 Sg. 6 Pf. festgesetzt worden. Wie diese jährliche Summe im einzelnen verbraucht worden ist, war nicht zu ermitteln. Der Betrag wurde jedoch nicht immer ganz ausgegeben, sondern es wurden Ersparnisse gemacht, wie wir aus folgendem sehen.

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1819:	1.596	22	4
1820:	1.675	26	4
1821:	1.665	21	8

Vom Jahre 1822 ab, ist in den Manualen der Stadtrentekasse nicht mehr vermerkt, dass die Mittel für Verschönerungen aus der Spielbankpacht stammen. Es wurden vorausgabt:

	Rthlr.	Sg.	Pf.		Rthlr.	Sg.	Pf.
1822:	2.249	12	11	1835:	1.831	16	6
1823:	1.705	6	6	1836:	1.731	10	2
1824:	1.890	22	3	1837:	2.055	26	7
1825:	1.766	13	3	1838:	2.140	4	9
1826:	1.418	20	1	1839:	1.975	29	10
1827:	1.604	13	5	1840:	2.532	22	0
1828:	1.728	1	10	1841:	2.582	26	5
1829:	2.036	20	3	1842:	2.060	23	2
1830:	1.636	23	3	1843:	2.804	19	8
1831:	1.833	2	9	1844:	2.242	23	9
1832:	1.320	6	9	1845:	725	6	6
1833:	1.952	29	1	1846:	2.113	0	5
1834:	2.137	19	1	1847:	2.088	10	8
				1848:	2.112	29	2

Da es in einem Berichte heisst, dass bei der Verwendung der Pachtgelder immer wieder die erwähnte A.K.O. zur Richtschnur diente,

so kann man annehmen, dass diese Summen wenn auch nicht ganz so doch zum grossen Teile aus der Spielbankpacht stammten. Diese Vermutung ist umso mehr berechtigt, als an keiner Stelle ein Anhalt dafür zu finden ist, dass die A.K.O. vom 11. Juni 1816 irgendwie aufgehoben worden ist. Erst die A.K.O. vom 30. Januar 1846 brachte eine neue Verteilungsvorschrift.¹⁾

Vom Jahre 1845 ab bis 1848 sind die Summen wieder einwandfrei aus Spielbankgeldern entnommen. Da diese Beträge ähnlich hoch sind, wie die der Vorjahre, so haben wir eine weitere Bestätigung für die oben ausgesprochene Vermutung.

Als der Verein zur Belebung der Badessaison die Spielbank verwaltete, verwandte die Stadt aus den Erträgen des Spiels, die er ihr überwies, für Zwecke des Kurlebens folgende Beträge:

Jahr	Zur Besoldung des Stadtgärtners und der Promenadenwächter			Zur Unterhaltung und Fortsetzung der Verschönerungs-Anlagen			Für die Kurmusik ²⁾			Unterhaltskosten des Kurhauses.
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	
1849	558.	0	0	1.400	0	0	2.093	2	9	1.200
1850	956	0	0	2.100	0	0	1.852	0	0	800
1851	856	0	0	2.100	0	0	2.653	16	0	800
1852	953	0	0	2.100	0	0	3.257	24	0	800
1853	956	0	0	2.100	0	0	3.257	24	0	800
1854	1.056	0	0	2.535	29	10	5.154	4	9	800
1855										
Zus.	5.335	0	0	12.335	29	10	18.268	10	8	5.200

Während der Jahre 1849 bis 1854 wurden für Zwecke des Kur- und Fremdenverkehrs verausgabt: 41.139 Rthlr. 11. Sg. 4 Pf., davon entfielen auf:

1) vergl. S. 73:

2) am Thermalbrunnen, im Theater und im Kurhaus.

	Rthlr.	Sg.	Pf.
Besoldung des Städtgärtners und der Prommenadenwächter	5.385	0	0
Unterhaltung und Fortsetzung der Verschönerungsanlagen	12.335	29	10
Kurmusik	18.268	10	8
Unterhaltskosten des Kurhauses	5.200	0	0

In den Jahren 1850 und 1852 haben wir ~~die~~ erhöhten Ausgaben für die Städtgärtner und Prommenadenwächter, da für diese Angestellten neue Anzüge angeschafft werden mussten. Ueber die Steigerung der anderen Ausgaben liegen keine Auskünfte vor. Die Summen für die Verschönerungen der Kuranlagen wurden hauptsächlich für Löhne verausgabt. Mit diesen Arbeiten waren theils städtische Arbeiter, theils Strafgefangene beauftragt, erstere empfangen 3 Sg. 16 Pf. und die letzteren 2. Sg. täglich. Die neuen Anlagen entstanden vor dem Kölner Thor, Adalbertsthor, am Marschierthor, am Elisenbrunnen und auf dem Lousberg. Für die Unterhaltung und Fortsetzung der Spazierwege und Kuranlagen wurden von 1819 bis 1854 69.552 Rthlr. 21 Sg. 2 Pf. verausgabt.

Um eine besondere Verschönerung wurde Aachen dadurch bereichert, dass hinter dem Elisenbrunnen der Elisengarten angelegt wurde. Zu diesem Zwecke wurde das ehemalige Hauptzollamt aufgekauft. Dafür mussten 1849 bis 1852 aus den Mitteln der Spielbank 10.100 Rthlr. 10 Sg. und 1853 10.000 Rthlr., im ganzen also 20.100 Rthlr. 10 Sg. aufgebracht werden. Für die Anpflanzungen und Arbeiten darin wurden 5.474 Rthlr. 21 Sg. 1 Pf. aufgewandt. Der Garten besteht heute noch und dient hauptsächlich den Kurgästen.

IV. 28. Die Tilgung und Verzinsung von alten und neuen Stadtschulden aus Spielbankbeträgen.

In der Einleitung entrollte sich vor unseren Augen in grossen Zügen ein Bild der bedeutenden Verschuldung Aachens. Dieses Kapitel soll nun zeigen, inwieweit es durch Spielbankbeträge möglich wurde, einen Teil der Schuldenlast abzutragen.

Wenn man in der Aachener Stadtverwaltung zuerst auf den Gedanken kam, die Pachtbeträge der öffentlichen Spielbank in den Dienst der Schuldentilgung zu stellen, liess sich nicht feststellen. Die Mutter dieser Verwendungsart wird wohl die bereits erwähnte Stadtrathssitzung vom 6. September 1793 ¹⁾ gewesen sein, in der beschlossen wurde, dass die erste Vorschusszahlung des Neumont dazu dienen sollte, die Zinsrückstände der städtischen Schulden bis zum Jahre 1790 mit 19.205 Rthlr. 7 m. und für verfallene Wechsel bis zum Jahre 1792 " 3.509 " 18 m. abzutragen, während der Rest zur Tilgung weiterer Schulden bestimmt war.

In den folgenden Jahren wird es kaum wieder Gelegenheit gegeben haben, um Spielbankgelder für ähnliche Zwecke einzusetzen. Unter den Franzosen lieferte die Spielbank der Stadt keine grossen Erträge, und als Napoleon die Spielbankverhältnisse Aachens regelte, bestimmte er die Gelder für „fromme und gemeinnützige“ Zwecke; sie gingen aber hauptsächlich an die Armenverwaltung. Unter der preussischen Herrschaft gab es zunächst auch keine Möglichkeit, die Spielbankpacht zur Schuldendeckung zu benutzen, da der König eine feste Verwendungsfolge angeordnet hatte, von der nicht abgewichen werden durfte.

1) vergl. Seite 72.

Es könnte nur eine indirekte Einwirkung der Spielpacht auf die Schulden tilgung zu verzeichnen gewesen sein; dadurch, dass sie zur Unterstützung der Armenverwaltung und zur Unterhaltung der Kuranlagen verwandt wurde, konnte die Stadt, die dadurch ersparten Summen zur Tilgung und Verzinsung der Schulden verwenden. Gross waren diese Beträge zunächst nicht, wohl in den späteren Jahren, wo diese indirekte Wirkung sich gewiss viel deutlicher gezeigt hat.

Erst in den Jahren 1832 - 1836 hören wir, dass Spielbankgelder zur Tilgung der aufgelaufenen Zinsen von alten Stadtschulden benutzt worden sind. Es handelte sich dabei um Zinsen oder Kosten, welche durch Schulden entstanden waren, welche die Stadt erst nicht anerkennen wollte, zu deren Abtragung sie aber später durch gerichtliche Entscheidungen oder durch Vergleiche gezwungen wurde. Die in Frage kommenden Schulden und Zinsbeträge sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

N r.	Bezeichnung der Forderung	Jährlicher Betrag der Zinsen			Aufgelaufener Rückstand an Zinsen oder Kosten.		
		Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1	Renten von Familien und Armenstiftungen	296	4	9			
2	Forderung des ehem. Spielbankpächters Reumont: 46.023 Rthlr. 7 Sg. 8 Pf.	1.840	27	11	19.390	20	0
3	Rentkapitalien des Ursulinerfonds: 8.416 Rthlr. 21 Sg. 11 Pf.	319	17	8	5.036	11	4
4	Kapitalien mehrerer in den hiesigen Pfarrkirchen bestehenden Foundationen: 3.263 Rthlr. 21 Sg.	130	17	1	1.436	7	8
5	Forderung der Erben Battendorf und Erben Kungs: 111 Rthlr. 24 Sg. 5 Pf.	4	14	2			
<i>zus.</i>		2.591	21	7	25.863	9	0
Zinsrückstände für die Jahre 1833-1835 einschliesslich:					7.775	4	9
Gesamtschuld:					33.638	13	9

Am bedeutendsten ist die Zinesumme aus der Forderung des ehemaligen Spielbankpächters Richard Reumont, welcher der Stadt Verschüsse geleistet hatte, die er nicht zurückerhielt. ¹⁾ Von 1832 - 1836 wurden 33.632 Rthlr. 13. Sg. 9 Pf. an Zinsrückständen ausbezahlt. Da die Stadt sonst keine Mittel zur Verfügung hatte, wurde diese Summe aus den Gewinnanteilen, die von der Aktiengesellschaft der Spielbank-Entreprise der Stadt zufließen ²⁾, entnommen. In den Jahren von 1832 bis 1835 wurden 29.243 Rthlr. 6 Pf. und im Jahre 1836 4.395 Rthlr. 13 Sg. 3 Pf. verausgabt, sodass Ende 1836 die ganze aufgelaufene Schuldsomme getilgt war.

In den folgenden Jahren wurden aus den Einnahmen der Stadt aus der Spielbank keine Beträge zur Schuldentilgung verwandt. Erst im Jahre 1845 wird dies wieder der Fall, in den folgenden Jahren dann in steigendem Masse. Durch A.K.O. vom 30. Januar 1846 stellt der König Friedrich Wilhelm IV. aus den Spielerträgen 154.087 Rthlr. 14 Sg. 4 Pf. zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
An älteren Schulden:	66.379	6	11
an Zinsen darauf:	3.248	7	5
an neueren Schulden:	84.460	0	0

Es wurde vorgesehen, dass bis zum 1853 diese Summen getilgt sein sollten. Um dies zu erreichen, wurde ein Verteilungsplan aufgestellt, der auf der folgenden Seite abgedruckt ist. Im allgemeinen konnte er eingehalten werden. Ende 1847 hatte man ihn um 5.239 Rthlr. 18 Sg. überschritten; bis Ende 1850 waren getilgt: 94.978 Rthlr. In den Jahren 1851 - 1852 wurden abgetragen: 41.667 Rthlr. 8 Sg. 4 Pf., sodass noch 17.242 Rthlr. 6 Sg. aufgebracht werden mussten. Der Verteilungsplan war also nicht ganz eingehalten worden.

1) vergl. Anhang: Nr. 3.

2) vergl. S. 68.

„ Nach ¹⁾ der Allerhöchsten Bestimmung Sr. Majestät des Königs sollen die Schulden der Stadt Aachen bis zu dem Jahre 1852 zuerst aus dem Spielgewinne getilgt werden. Die Schuldsomme beträgt 154.087 Rthlr. 14 Sg. 4 Pf. In den acht Jahren 1845 - 1852 sind jährlich 19.260 Rthlr. 28 Sg. abzutragen.

Aus dieser Rate muss zunächst die ältere Schuld, wofür der Tilgungsplan feststeht, getilgt werden und bleibt der Rest auf die neuere Schuld abzulegen. Der ältere Schulden Tilgungsplan erfordert:

Jahr	Kapital			Zinsenreste			Gesamtsomme		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1845	7.800	0	0	418	11	0	8.218	11	0
1846	8.100	0	0	418	11	0	8.518	11	0
1847	8.400	0	0	418	11	0	8.818	11	0
1848	8.750	0	0	418	11	0	9.168	11	0
1849	9.100	0	0	418	11	0	9.518	11	0
1850	9.450	0	0	418	11	0	9.868	11	0
1851	9.850	0	0	410	11	6	10.268	11	0
1852	4.929	6	6	319	20	5	5.248	26	5
	66.379	6	0	3.248	7	5	69.627	13	5

Hiernach stellt sich folgendes Verhältnis heraus; es muss getilgt werden:

Jahr	im Ganzen			auf ältere Schulden			auf neuere Schulden		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1845	19.260	28	0	8.218	11	0	11.042	17	0
1846	19.260	28	0	8.518	11	0	10.742	17	0
1847	19.260	28	0	8.818	11	0	10.442	17	0
1848	19.260	28	0	9.168	11	0	10.092	17	0
1849	19.260	28	0	9.518	11	0	9.742	17	0
1850	19.260	28	0	9.868	11	0	9.392	17	0
1851	19.260	28	0	10.268	11	0	8.992	17	0
1852	19.260	28	0	5.248	26	5	14.012	1	11
	154.087	14	4	69.627	13	5	84.460	0	11

1) aus Aktenband 43/3 Vol. II Juli 1846)

Nach der Zusammenstellung auf Seite 88 beliefen sich die neueren Schulden der Stadt auf 80.637 Rthlr. 3 Sg. 5 Pf. Sie waren fast durchweg durch Darlehen entstanden, die die Stadt aufgenommen hatte, um Häuser oder auch Grundstücke zu kaufen. Einige Summen waren geliehen worden, um städtische Gebäude auszubauen, und ein Betrag diente zur Deckung des Defizits im städtischen Haushaltsplan vom Jahre 1839. Der Zinsfuß dieser Darlehen schwankte zwischen 4% und 5%. An jährlichen Zinsen mussten 3.227 Rthlr. 5 Sg. 8 Pf. aufgebracht werden. In der erwähnten Tabelle sind die neueren Schulden mit 80.637 Rthlr. 3 Sg. 5 Pf. angegeben, während der Tilgungsplan auf Seite 86: 84.460 Rthlr. 11 Pf. vorsieht. Vielleicht sind hierbei rückständige Zinsen mitgerechnet. 1)

Weitere Beträge der Spielbank-Uberschüsse wurden benutzt, um die „neuesten“ Schulden abzutragen, die dadurch entstanden waren, dass die Stadt zum Bau von Elementarschulen 72.000 Rthlr. und zum Ausbau des Josephinums 18.592 Rthlr. aufgenommen hatte. Zur Tilgung und Verzinsung dieser Summe von 90.592 Rthlr. wurden verausgabt :

Jahr	Ablage auf das Kapital ²⁾			Anlaufenden Zinsen. ²⁾		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1845	10.759	8	1	?		
1846	11.417	1	1	?		
1847	24.500	0	0	2.088	18	11
1848	?			1.688	20	5
1849	?			?		
1850	?			2.922	3	6
1851	12.000	0	0	?		
1852	27.592	0	0	?		
<i>zus.</i>	86.268	9	2	6.699	12	10

1) Bei der Ausarbeitung des gesammelten Zahlenmaterials hatte der Verfasser dauernd mit der Schwierigkeit zu kämpfen, die richtigen Zahlenwerte zu ermitteln, da sie in den Akten und in den Belegbüchern vielfach verschieden angegeben sind.

2) Für die Jahre 1848-1850 liefs sich keine Ablage auf das Kapital und für die Jahre 1845, 1846, 1849, 1851 u. 1852 keine Ausgabe für Zinsen ermitteln

Zusammenstellung der neueren Schulden der Stadt Aachen
und der für das Jahr 1845 zu zahlenden Zinsen. 1)

r.	Namen der Gläubiger	Gegenstand der Forderungen	Betrag der- selben			Zins- fuß	Betrag der Zinsen.		
			Rthlr.	Sg.	Pf.		Rthlr.	Sg.	Pf.
1	St. Leonhards Unter- richtsfonds	Darlehen zum Bau des Rosen- bades	3.400	0	0	5%	170	0	0
2	P.H. Frost, Pfarrer	Kaufpreisrest des f.d. St. Michaels Pfarr- kirche angek. Gartens	1.000	0	0	4%	40	0	0
3	Aachener Armenver- waltung	Darlehen zur Einlöse des Redoutengeb. desgl.	30.000	0	0	4 1/2%	1.350	0	0
4	Baufonds des Bürger- hospitals	desgl.	8.655	9	0	-	-	-	-
5	Geschw. Jacobs	Kapital auf ein Haus	2.000	0	0	4 1/2%	90	0	0
6	Aach. u. Münch. Feu- ervers. Ges.	desgl.	10.300	0	0	4 1/2%	463	15	0
7	Erben Felzer	"	240	0	0	4%	9	18	0
8	Cath. Pelzer	"	1.000	0	0	5%	50	0	0
9	"	"	5.000	0	0	4 1/2%	2.225	0	0
10	Franz Paekenius	"	500	0	0	5%	25	0	0
11	Witwe Dietzrath	"	500	0	0	5%	25	0	0
12	Pascal Franck	"	1.962	15	0	5%	98	3	9
13	Aach. Armenverw.	Vorschuss zur Deckung des Defizits des Jahres 1839	3.000	0	0	5%	150	0	0
14	"	Darlehen für Bankkosten des Joseph. Inst.	12.000	0	0	4%	480	0	0
15	Thywissen	Kapitalhaf- tung	1.079	9	5	4 1/2%	50	28	11
zusammen:			80.637	3	5		3.227	5	8

1) aus Belege zur Rechnung der Spielbankverwaltung pro 1845.

Von der Summe von 90.592 Rthlr. waren also noch 4.323 Rthlr. 20 Sg. 10 Pf. zu tilgen. Sie dürften in den folgenden Jahren abgetragen worden sein. Das gleiche gilt für den Restbetrag der Schuldentilgung der älteren und neueren Stadtschulden. 1) Es wurden fernerhin zur Schuldentilgung verausgabt:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1852	63.903	20	9
1853	38.051	0	0
1854	17.524	21	7

Durch den Betrag von 63.903 Rthlr. 20 Sg. 9 Pf. werden wohl die oben erwähnten Restbeträge ihre Erledigung wenigstens grösstentheils gefunden haben. Vielleicht sind sie erst im Jahre 1853 zur Ausgabe gelangt, aber für 1852 verrechnet worden. Von den Summen der Jahre 1853 und 1854 wurden 16.250 Rthlr. bzw. 16.165 Rthlr. 15 Sg. zur Tilgung und Verzinsung einer städtischen Anleihe von 270.000 Rthlr. verwandt. Ferner wurden 1854: 1.359 Rthlr. 6 Sg. 7 Pf. zur Tilgung der älteren Schulden eingesetzt.

Auf jeden Fall ist anzunehmen, dass die für die Schuldentilgung vorgesehenen Summen auch wirklich voll verwandt wurden. In ganzen lieferte der Spielbankfonds in den Jahren 1845 - 1854 : 277.094 Rthlr. 29 Sg. 4 Pf. für diesen Zweck. Für die Aachener Stadtverwaltung wurde auf diese Art und Weise die Tilgung und Verzinsung der Stadtschulden wesentlich erleichtert und der einzelne Bürger konnte von noch drückenderen Steuern verschont werden.

1845	20.000	-	-
1846	28.000	-	-
1847	17.041	8	10
	277.094	29	4

1) vergl. S. 85.

IV. 2c. Die Verwendung der Spielbankerträge für Neubauten.

Der Bau des Bürgerhospitals „Maria-Hilf“.

Mit zu den bedeutendsten Einrichtungen, die aus den Mitteln der Aachener Spielbank geschaffen wurden, gehört der Bau des grossen Bürgerhospitals am Fusse des Wingertsberges.¹⁾ Im Jahre 1848 wurde damit begonnen, und am 15. Oktober (Königs Geburtstag) 1855 konnte er von Sr. Eminenz dem Kardinal-Erzbischof Johannes von Geißel eingeweiht werden. In der Stadtratssitzung vom 10. Oktober 1854 wurde mit 13 gegen 4 Stimmen beschlossen, dem Krankenhause den Namen „Maria-Hilf“ zu geben. Die Pläne waren von dem Stadtbaumeister Baurat Ark entworfen, der auch die Bauleitung hatte.

Aus den Anteilen der Stadt Aachen an den Spielbankerträgen wurden der Baukasse im ganzen 230.494 Rthlr. 25 Sg. überwiesen. Diese gewaltige Summe verteilt sich auf die Jahre 1847 -1863 wie folgt:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1847	7.614	22	10
1848	26.064	17	1
1849	50.956	6	3
1850	29.000	-	-
1851	51.218	-	-
1853	20.000	-	-
1854	28.000	-	-
1863	17.641	8	10
zus.	230.494	25	10

Die erste Zahlung erfolgte im Jahre 1847 in Höhe von 7614 Rthlr. 22 Sg. 10 Pf. In den folgenden Jahren wurden immer grös-

1) im Aachener Stadtgarten gelegen.

sere Summe überwiesen, bis zum Jahre 1855 hatten sie den Betrag von 212.853 Rthlr. 16 Sg. 2 Pf. erreicht. Im Jahre 1863 ordnete die Regierung an, dass der Rest des Spielbankfonds, der noch immer 17.641 Rthlr. 8 Sg. 10 Pf. betrug, zur Deckung der Schulden, die auf dem Bau hafteten, aufgebraucht werden sollte. Der Aachener Bürgermeister Conzen schrieb am 29. Februar 1864 den „Totenschein“ des Aachener Spielbankfonds mit folgenden Worten aus:

„In Folge gegenwärtiger Ordre wird die Spielbankrechnung pro 1863 ohne Bestand und ohne Einnahmereste und Ausgabereste schliessen, sodass mit dieser Rechnung die ganze Spielbankfondverwaltung ihre Erledigung finden wird.“

Um dem Leser einen Begriff über die Grösse des „Maria-Hilf“ Krankenhauses und damit von der Leistung der Spielbankgelder zu geben, mögen folgende Angaben dienen:

Das ganze Gebäude war aus Ziegelsteinen erbaut; die äusseren Flächen waren nur ausgefugt, nicht verputzt. Es war 412 Fuss lang und wurde durch einen 127½ Fuss breiten Mittelbau in zwei Hälften geteilt. Die eine war für Männer und die andere für Frauen bestimmt. Eine Kirche für die Kranken war im ersten Stock des Mittelbaues. Das Erdgeschoss enthielt 16 Säle und Zimmer, der erste Stock 22 und der zweite 18. Nicht mitgerechnet sind 8 Teeküchen und 10 Wärterzimmer. Dazu kamen noch ein Leinwandzimmer mit Nebenräumen und ein Lagerraum für die eigenen Kleider der Kranken. Das Erdgeschoss zählte 28 Fenster, der erste Stock 36 und der zweite 23. Alle Zimmerwände waren ebenfalls aus Ziegelsteinen hergestellt. Unten waren sie mit Oelfarbe und oben mit Wasserfarbe angestrichen. Jede Abteilung (für Männer und Frauen) enthielt 131 Betten. Das Vestibül, sämtliche Korridore und die Kirche wurden mit Dampf, die einzelnen Krankensäle und Zimmer mit Kohlenöfen geheizt. Alle Räume hatten Gasbeleuchtung.

Die Pflegesätze betragen: Für einheimische Arme: gratis, für zahlende Kranke war der niedrigste Satz 10 Sg. täglich und für Nicht-Aachener 12½ Sg. Der nächst höhere Satz (III. Klasse) war 15 - 20 Sg. täglich und der zweiten Klasse 30 Sg und in der ersten 45 Sg. Angestellt waren: 3 Aerzte und ein Assistenzarzt, ein Hausgeistlicher, 24 Schwestern und ferner 9 männliche und 5 weibliche Hausangestellte. 1)

Über die Entwicklung des Krankenhauses gibt folgende Tabelle Aufschluss:

1) alle Angaben sind aus Salm, am angegeb. Orte S. 33 ff. entnommen.

Jahr	Durchschnittszahl 1) der tägl. Verpflegten		Warte-u. Dienstboten	Kosten für den Haushalt			Kosten eines Verpflegungstages.	
	Zahlende	Arme		Rthlr.	Sg.	Pf.	Sg.	Pf.
1854	16	51	35	10.061	8	6	8	3
1858	24	93	35	17.663	26	6	9	8
1863	38	120	36	21.359	5	8	9	4
1868	47	149	39	28.882	28	9	10	1

Wie wir sehen, erfreute sich das Krankenhaus „Maria-Hilf“ eines dauernd steigenden Zuspruchs. Besonders stark wurde es von den Armen aufgesucht. Im Laufe der Jahre mussten die Zahl der Dienstboten von 35 auf 39 erhöht werden.

Von den Betten, die das Hospital nötig hatte, mussten bei der Eröffnung 90 neu beschafft werden; ferner wurden gekauft: Matratzen, Bettzeug, Krankenkleider; diese Ausgabe belief sich auf 5.000 Rthlr., während die Bettstellen, Tische, Stühle, Ofen und Ofenschirme, sowie Fenstervorhänge 4.000 Rthlr. kosteten. Diese Summe wurden aus den Beträgen genommen, welche der Verein zur Belegung der Badesaison aus dem Bankspiel gewann. Für die Kirche wurde eine Christusfigur von Imhoff-Köln angeschafft, der dafür 600 Thlr. erhielt, welcher Betrag ebenfalls den Spielbankgeldern entnommen wurde.

Das Krankenhaus " Maria-Hilf " bestand bis zum Jahre 1914. An seiner Stelle wurde der Konert- und Festsaal des Paläst-Hotels " Quellenhof " erbaut.

1) Salm, a.a.O.S.47.

Der Bau von Elementarschulen.

Zu Beginn der preussischen Herrschaft stand es mit dem öffentlichen Schulwesen in Aachen sehr schlecht. Der Unterricht lag der Geistlichkeit und den Klosterbrüdern ob, oder er war privaten Lehrern überlassen. Im Jahre 1814 gab es in der Stadt nur zwei Töcherschulen, eine evangelische Elementarschule und eine Freischule.¹⁾

Durch die Hohenzollern sollte auf diesen für den Nachwuchs eines Volkes so wichtigen Gebiete endlich eine Besserung eintreten. Am 19. Dezember 1827 verordnete König Friedrich Wilhelm III., dass vom Jahre 1829 ab aus der Spielpacht jährlich 1.475 Rthlr. zu entnehmen seien, um sie zur Verzinsung und Tilgung eines Kapitals von 20.000 Rthlr. zu verwenden. Diese Summe sollte zur Verbesserung und Erweiterung des Schulwesens in der Stadt Aachen dienen. So finden wir denn in den folgenden Jahren, dass regelmässig aus der Pacht von 10.500 Rthlr. für Einrichtung und Unterhaltung der städtischen Elementarschulen 1.475 Rthlr. verausgabt wurden. Erst im Jahre 1847 wurden diese Zahlungen auf Grund höherer Bestimmung eingestellt. In Ganzen konnten von 1829 - 1847 26.550 Rthlr. für diese Zwecke verwendet werden.

In den Jahren 1836 - 1843 wurden acht neue Schulhäuser beschafft, davon waren sechs Pfarrschulen. Hierfür und für die Bauplätze der St. Michael- und St. Adalbertschulen wurden 77.600 Rthlr. 18 Sg. 3 Pf. verausgabt. Trotzdem waren noch 6 vollständige Schulhäuser nötig. Es sollten gebaut werden:

die Pfarrschulen zu St. Paul und St. Nikolaus und

die Freischulen zu St. Paul, St. Nikolaus, St. Adalbert und St. Michael.

1) Haagen, a.a.O.S.482.

Jedes dieser Gebäude war mit 12.000 Rthlr. veranschlagt, die Kosten der inneren Einrichtung waren darin einbegriffen. Für die Schulen zu St. Michael und St. Adalbert waren, wie bereits oben erwähnt, die Baugrundstücke vorhanden. Für die Freischule St. Paul wurde der Garten der Johanniterschule, welche abgebrochen wurde, bestimmt. Die A.K.O. vom 30. Januar 1846 bewilligte 72.000 Rthlr. aus dem Spielbankfonds für diese dringenden Schulbauten. Dieser Betrag wurde in folgender Weise verwendet:

Für Freischulen.

			Rthlr.	Sg.	Pf.
St. Paul	Baukosten		9.380	1	11
St. Jacob	Einrichtungsgegenstände	1844:	19	18	0
	Bau eines Brunnens mit Pumpe		107	12	9
	Bedecken eines Giebels		235	18	5
	für den Bau von Freitreppen		599	14	2
	Kauf eines Grundstückes für ein zweites Schulhaus	1847:	2.700	0	0
St. Adalbert	Kosten des Bauplatzes	1845:	1.791	21	0
	Innere Einrichtung		706	4	4
	Bau eines Brunnens mit Pumpe		239	16	6
	Baukosten	1846:	11.640	25	3
St. Michael	Innere Einrichtung	1845:	612	23	4
	Baukosten		8.946	18	8
St. Kreuz	Vorschuss auf den Kaufpreis des Sutro'schen Hauses		2.069	0	0
	Instandsetzung dieses Gebäudes		600	10	11
	Planierung des Gartens		8	11	6
	Notarkosten		190	16	6
	Abschrift des Kaufaktes		13	1	0
	Zinsen		196	21	0
St. Nikolaus	Umbau des ehem. Waisenhauses zu einer Schule	1846:	5.818	12	4
	Innere Einrichtung		1.515	15	4

Für Pfarrschulen.

St. Paul	Baukosten		11.200	19	11
	Innere Einrichtung		706	4	4

			Rthlr.	Sg.	Pf.
St. Jacob	Neubau eines Stockwerkes	1847:	3.207	3	8
	Bau eines Brunnens mit Pumpe		182	12	1
St. Michael	Baukosten	1846:	8.946	18	8
St. Kreuz	Neubau eines Stockwerkes	1848:	2.675	17	0
St. Peter	Baukosten	1845:	1.475	0	0
	Einrichtung der Wohnung des zweiten Lehrers		72	23	2

Es wurden demnach verausgabt:

Für die Freischulen:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
St. Paul	9.380	1	11
St. Jacob	3.712	3	4
St. Adalbert	14.378	7	1
St. Michael	9.559	12	0
St. Kreuz	3.078	0	11
St. Nicolaus 1)	7.333	27	8
	<u>47.441</u>	<u>22</u>	<u>11</u>

Für die Pfarrschulen:

St. Paul	11.906	24	3
St. Jacob	3.389	15	9
St. Michael	8.946	18	8
St. Kreuz	2.675	17	0
St. Peter	1.547	23	2
	<u>28.466</u>	<u>8</u>	<u>10</u>

Aus der Spielbankkasse wurden verwandt in den Jahren 1844 - 48 für Freischulen 47.441 Rthlr. 22 Sg. 11 Pf. und für die Pfarrschulbauten 28.466 Rthlr. 8 Sg. 10 Pf. Im Ganzen wurden für Neu- und Erweiterungsbauten 75.908 Rthlr. 1 Sg. 9 Pf. verbraucht. Die vorgesehene Summe von 72.000 Rthlr., welche durch eine Anleihe aufgenommen war und später aus der Spielbankkasse gedeckt wurde 2), wurde also überschritten. Wie hätte die in steter Geldverlegenheit befindliche Stadt dieses segensreiche Werk ohne die Spielbank ausführen können!

Am 15. Juli 1848 ermächtigte der Oberpräsident die Regierung in Aachen, einen Zuschuss von 70.000 Rthlr. aus den angesammelten Spiel-

1) Pfarr- und Freischule,

2) vergl. S. 87.

bankfonds für die Beschaffung der noch fehlenden Schulgebäude in Aachen vorausgaben zu lassen. Zur Auszahlung kamen:

1849:	340	Rthlr.	13	Sg.	9	Pf.	1852:	12.421	Rthlr.	10	Sg.	4	Pf.
1850:	1.012	"	19	"	6	"	1853:	19.478	"	1	"	0	"
1851:	3.624	"	10	"	9	"							

In den Jahren 1849 bis 1853 wurden 39.096 Rthlr. 25 Sg. 4 Pf. für diesen Zweck vorausgabt. Bis 1859 wurde wohl der Rest der Summe verwandt; denn in der Zeit von 1849 - 1859 wurden in Aachen 5 Schulen neu gebaut, 5 erweitert und 4 wieder hergestellt. 1) Dazu wurden 36.170 Rthlr. aus der Gemeindekasse bewilligt, während aus Schul- und Staatsmitteln keine Gelder zur Verfügung standen. Für welche Schulen in einzelnen diese Beträge verwandt wurden, geht aus den Akten nicht hervor.

Aachener Rathhaus, in dem die deutsche Sprache und Kaiser nachhermal gewollt haben und der zuletzt im vorigen Jahre eine erlesene Hoch-Gesellschaft sah, als es galt die fünfzigjährige Gründungsfest der Technischen Hochschule Aachen zu begehen.

Im Jahre 1840 beschloss der Aachener Gemeinderat, einen Fest-

Die Unterstützung der höheren Bürgerschule aus Spielmitteln.

Die höhere Bürgerschule zu Aachen wurde ebenfalls mit Zuwendungen aus der Spielbankkasse bedacht. Zu ihrem Bau und zur Einrichtung wurden 1832 1.345 Rthlr. 8 Sg. 7 Pf. und 1834 3.205 Rthlr. 27 Sg. 5 Pf. überwiesen. In den folgenden Jahren erhielt sie einen regelmässigen Jahreszuschuss von 756 Rthlr. 7 Sg. 6 Pf. In vielen Jahren war der Zuschuss aus Spielbankmitteln bedeutender als jener aus der Stadtkasse. Im Jahre 1846 hörten erstere auf. In den 11 Jahren von 1835 bis 1845 wurden der höheren Bürgerschule 8.316 Rthlr. 22 Sg. 6 Pf. überwiesen und im ganzen wurden dafür vorausgabt 13.567 Rthlr. 28 Sg. 6 Pf.

Wie wir sehen, wurden durch die Gelder aus der Spielbankkasse auf dem Gebiete des Schulwesens in Aachen ganz besondere Aufwendungen gemacht und dauernde Erfolge erzielt.

den von der öffentlichen Spielbank in den Jahren 1847 - 1855 folgende Summen überwiesen.

1.) Aachener Zeitung: Die Schulbauten im Regierungsbezirk Aachen 1849-1859, Aachen 1861, Nr. 194.

IV. 2g) Die Wiederherstellungsarbeiten im Aechener Rathause.

Wenn die Stadt Aachen heute einen historischen Festsaal von seltener Schönheit besitzt, so verdankt sie dies in erster Linie ihrer früheren Spielbank. Ich denke hier an den alten Krönungssaal im Aechener Rathause, in dem die deutschen Könige und Kaiser manchenmal geweiht haben und der zuletzt im vorigen Jahre ¹⁹²⁹ eine erlesene Fisch-Gesellschaft sah, als es galt, die fünfzigjährige Gründungsfeier der Technischen Hochschule Aachen zu begen.

Im Jahre 1840 beschloss der Aechener Gemeinderat, diesen Festsaal wieder herzustellen und ihn mit Darstellungen aus dem Leben Karls des Grossen ausschmücken zu lassen. In dem ausgeschriebenen Wettbewerb ging der kaum 24jährige Alfred Rethel ¹⁾ als Sieger hervor. Die Ausführungen seiner Entwürfe wurden ihm aber erst sechs Jahre später übertragen. In den Jahren 1847 - 1851 hat er vier von den acht vorgesehenen Bildern ~~und~~ in Freske ausgeführt, während die vier anderen von dem Historienmaler Joseph Kehren- Düsseldorf nach Rethels Entwürfen gemalt wurden. 2)

Für die Wiederherstellungsarbeiten im Aechener Rathause wurden von der öffentlichen Spielbank in den Jahren 1847 - 1855 folgende Summen überwiesen:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1847 1847	18.013	6	0
1848	8.068	21	5
1849	12.330	12	9
1850	1.000	0	0
1851	6.420	0	0
1852	5.500	0	0
1853	4.500	0	0
1854	2.000	0	0
1855	6.169	2	1
Zus.	64.001	12	3

Für die Wiederherstellungsarbeiten wurden also der Spielbankkasse ent-

1) Rethel wurde 1816 auf Diepenbend bei Aachen geboren und starb 1859. im Jahre 1852 wurde er von einer Geisteskrankheit heimgesucht.
2) (Aechener) Zeitschrift Öcher Blatt, Nr. 5, S. 35, Aachen 1916.

nommen 64.001 Rthlr. 12 Sg. 3 Pf. Davon wurden verwandt:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
für das neue Treppenhaus	34.000	0	0
für die Wiederherstellung des Krönungs- saales und Ausbau des alten Trep- penhauses	11.527	0	0
für neue Fenster des Saales	1.275	0	0
für Konsolen und Baldachinex	1.410	0	0
für die Fresko-Gemälde	12.400	0	0
	<hr/>		
	60.612	0	0

Wie der Rest von ~~3~~3.389 Rthlr. 12 Sg. 3 Pf. verbraucht wurde, konnte nicht ermittelt werden.

So konnte die Spielbank den Aachenern und allen Kunst-
freunden den Krönungssaal zu Aachen in neuer Pracht erstehen lassen.
Wer ihn heute besucht, erfährt allerdings nie, wer/die Mittel für
diese Weiderherstellungsarbeiten gab !

IV. 29. Spielbankmittel für die Fürsorge in den Notjahren 1845-48.

Wie wir bereits gesehen haben, flossen jährlich namhafte Beträge aus dem Reingewinne der Spielbank der Armenverwaltung zu. Besonders segensreich konnten die Geldmittel der Bank in der grossen Not des Winter, 1845/46 wirken. Das Misslingen der Getreideernte brachte eine starke Verteuerung der Körnerfrüchte. Aus der Tabelle auf Seite 100 ersehen wir, dass der Roggen, welcher im Jahre 1844 das Pfund 7,7 Pf. kostete, auf 9,2 Pf in Jahre 1845 und auf 12,9 bzw. 12,4 Pf. in den beiden folgenden Jahren stieg. Damit erreichte er den höchsten Preisstand. 1848 sinkt er wieder auf 7,8 Pf. Während beim Roggen die grösste Preissteigerung im Jahre 1846 zu verzeichnen ist, tritt sie beim Weizen 1847 ein. Es waren Preisunterschiede, die beinahe das doppelte ausmachten. Das waren für die Zeiten vor dem Weltkriege ganz aussergewöhnliche Erscheinungen. Die Kartoffelernte war ebenfalls sehr schlecht ausgefallen. Der Preis für Kartoffeln erreicht seinen höchsten Stand im Jahre 1845 und bleibt bis 1849 auf bedeutender Höhe.

Die Stadtverwaltung war gezwungen, durch Beschaffung billiger Lebensmittel, der ärmeren Bevölkerung die Lage zu erleichtern, wieder musste die Spielbankkasse die erforderlichen Summen hergeben:

1846	waren es	10.000	Rthlr.
1847		25.000	"
1848		20.000	"

im ganzen wurden 55.000 Rthlr. der Spielbank entnommen. Im einzelnen dienten die Beträge zu folgender Verwendung:

Winter 1845/46:	Rthlr.	Sg.	Pf.
Verlust auf die zu billigeren Preisen ausgegebenen Lebensmittel	16.828	22	7
Zuschüsse für die Kochanstalten	800	0	0
Für Armenunterstützungen	2.592	10	6
	<u>20.221</u>	<u>3</u>	<u>1</u>

1)

Nachweisung der Durchschnittspreise der Hauptlebensmittel
vom Jahre 1830 bis 1858 einschliesslich.

Jahr	Hoggen a 200 Z.-Pfd. Thlr. Sg. Pf.			Weizen a 200 Z.-Pfd. Thlr. Sg. Pf.			Butter 1 Z.-Pfd. Sg. Pf.		Fleisch 1 Z.-Pfd. Sg. Pf.		Kartoffeln a 100 Z.-Pfd. Thlr. Sg. Pf.		
1830	4	13	4	5	5	11	7	2	2	9	-	20	-
1831	5	22	8	6	23	4	6	-	2	10	-	20	-
1832	5	6	9	6	2	3	6	1	3	2	-	20	10
1833	3	19	-	4	15	1	7	2	3	4	-	18	9
1834	3	8	11	4	-	6	6	6	3	4	-	18	9
1835	3	7	1	4	2	10	6	6	3	-	-	20	10
1836	3	4	7	4	3	2	6	3	2	8	-	15	-
1837	3	10	6	4	3	8	6	5	2	8	-	16	8
1838	4	15	8	4	20	1	6	5	2	8	-	16	8
1839	5	3	7	6	17	-	6	10	2	8	-	20	-
1840	4	27	4	5	26	1	7	2	2	8	-	25	-
1841	4	11	5	5	25	8	6	9	2	8	-	22	6
1842	4	18	7	6	1	7	7	5	2	8	-	16	8
1843	4	21	4	5	27	-	7	2	2	8	-	16	8
1844	4	8	1	5	2	6	6	6	2	8	-	16	8
1845	5	4	1	4	21	2	7	-	2	8	1	-	4
1846	7	5	7	7	8	4	7	3	2	8	-	21	3
1847	6	26	3	8	27	6	7	7	3	2	-	25	-
1848	4	10	4	6	7	8	6	7	3	2	-	25	-
1849	3	9	9	5	12	-	6	3	3	2	-	12	6
1850	3	9	9	5	3	10	6	-	3	8	-	22	-
1851	4	21	6	5	7	9	6	2	3	11	-	29	-
1852	5	11	10	6	11	5	6	11	3	11	1	2	-
1853	6	7	9	8	1	-	7	2	3	11	1	-	-
1854	8	13	7	10	9	5	7	9	3	11	1	15	-
1855	8	14	6	10	28	5	8	1	4	-	1	8	-
1856	6	28	5	10	-	9	8	5	4	-	-	24	-
1857	5	25	8	7	25	10	7	2	4	-	-	20	-
1858	5	6	8	6	9	9	11	-	4	3	-	20	-

1) Salm, Historische Darstellung des Armenwesens der Stadt Aachen. S. 17

Im Jahr Winter 1846/47:	Rthlr.	Sg.	Pf.
Zur Verabfolgung billigen Brotes an die arbeitende und unbemittelte Bevölkerung	14.598	16	11
Zuschüsse für die Kochanstalten	1.800	0	0
Verlust auf die angeschafften Roggenvorräte vom Herbste 1846 bis zur Ernte 1847	11.659	14	1
An Armenunterstützungen	6.813	0	1
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	34.871	1	1

Im Winter 1845/46 gab die Spielbankkasse für Notlinderung 20.221 Rthlr. 3 Sg. 1 Pf. und in folgenden Winter 34.871 Rthlr. 1 Sg. 1 Pf. her. Wie wäre der ärmeren Bevölkerung in dieser ernsten Zeit ohne die Erträge der Spielbank geholfen worden, An freiwilligen Beiträgen gingen von der besser gestellten Bürgerschaft 7.903 Rthlr. 24 Sg. 3 Pf. ein. Da die städtischen Einnahmen kaum hinreichten, den gewöhnlichen Bedürfnissen des Haushaltes zu genügen, so war die Stadtverwaltung ganz auf die Mittel der Spielbank angewiesen.

Von September 1845 bis Februar 1846 kaufte sie auf: 23 000 Scheffel Roggen, welcher aus der Rheingegend, in Belgien und in Frankreich geschafft wurde. (840 Scheffel Roggenmehl waren aus den Festungsmagazinen überlassen worden und wurden in natura zurückgeliefert). 21 000 Zentner Kartoffeln und 700 Zentner Erbsen.

In den einzelnen Pfarrbezirken traten Vereine zusammen, um Kochanstalten zu errichten. Hier konnten sich die Armen täglich unentgeltlich und die Arbeiterfamilien zu billigen Preisen ihre Mahlzeiten holen. (Wie wir schon, haben unsere Kochanstalten, die während des Weltkrieges in jeder deutschen Stadt eingerichtet wurden, bereits ihre Vorgängerinnen gehabt.) Die Stadtverwaltung unterstützte dieses Vorgehen besonders und versuchte zur Errichtung weiterer Anstalten aufzumuntern. Sie gab zur ersten Einrichtung einen Beitrag, der die Kosten decken sollte. Er betrug für jede Suppenküche 100 Rthlr.; im ganzen gab es ihrer 8 Stück.

Im Jahre 1847 schoss die Stadt aus der Spielbankkasse 1.800 Rthlr. für die Kochanstalten zu, während aus privaten Mitteln 2.000 Rthlr. kamen. Die Armenverwaltung erhielt 2.500 Rthlr., damit sie 100.285 Pfund Brot verteilen konnte.

Durch die Aachener Spielbank wurde es möglich, die Folgen der Wirtschaftskrise des Jahres 1847 mit ihren Vor- und Nachwehen zu mildern. Der ärmeren Bevölkerung wurde das Leben erleichtert, und Elend, Verzweiflung und Not konnten auf diese Weise vermieden werden.

Auch für andere Volksgenossen konnte die Spielbankkasse eine Unterstützung hergeben. Als im Jahre 1854 in Schlesien eine grosse Ueberschwemmung eintrat, übermittelte die Stadt den geschädigten Einwohnern Schlesiens eine Summe von 2.000 Rthlr.

Verschiedene Verwendungsarten der Spielbankbeträge.

Zu der in dem Vorhergehenden dargelegten Verwendungen der Aachener Spielbankgelder für grosse Zwecke kamen noch Ausgaben, die im Laufe der Jahre gelegentlich nötig wurden. Es waren dies:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832: Zur Bildung eines Fonds zum Bau des Schlachthauses	4.000	0	0
Zuschuss zu den Baukosten des Neubades	2.000	0	0
1835: Ankauf der am Kölner Thor gelegenen Häuser	1.035	0	0
1836: Aufbau des im Sommer 1835 abgebrannten Erholungslokals "Belvedere" (Lousberg)	5.151	11	1 1)
1840: Zum Bau des Denkmals auf dem Monarchenhügel	2.000	0	0
1841: Ankauf des Hauses Nr. 469 L.A. an der Holzgrabenecke und des Hauses auf dem Büchel neben dem Kaiserbade	4.216	24	2
Kanalbauten in der jetzigen Lagerhausstrasse	611	17	7
Für Feuerwerk anlässlich der am 1. Sept. eröffneten Eisenbahnlinie	280	0	0
Kosten für Vermessungen und Reisen in der Eisenbahngelegenheit	1.486	15	7
Zweite Hälfte für die Kaufkosten des von Geyr'schen Gartens (Peterstrasse)	3.196	26	9
Bauliche Verbesserungen im Rosenbad	855	23	8
" " " " Karlsbad	574	22	5
Verschönerung der Sandgrube am Lousberg	331	25	7
Ablage eines Kapitals, das zu Gunsten der Spielbank auf dem Gebäude der höheren Bürgerschule haftete	1.000	0	0
Für Prozesskosten der Stadt	140	29	8
1843: Für bauliche Verbesserungen im Neubade	566	27	2
Marmorbelag im Vestibül der neuen Redoute	788	22	10
Zum Bau des Denkmals auf dem Monarchenhügel	9.675	19	11
Kosten für den Erweiterungsbau des Josephiniums	18.592	0	0
1844: Ankauf des Hauses Colbert auf dem Büchel	259	1	6
Ankauf des Hauses Nr. 469 L.A.	3.496	19	8
Zum Bau des Denkmals auf dem Monarchenhügel	1.746	23	1
1846/47: Zur Tilgung des zum Bau des Rosenbades geliehenen Kapitals	3.400	0	0
1847: Ankauf des Bodens zum Bau eines Lagerhauses am Rheinischen Bahnhof	10.200	0	0
Beitrag zum Fest der Naturforscher	2.562	2	9

genau war diese Summe nicht zu ermitteln.

	Rthlr.	Sg.	Pf.
1852: Ankauf des Dumesnil'schen Hauses	12.300	0	0
1853: Ankauf der alten Redoute und für bauliche Einrichtungen	18.024	16	2
1854/55: Für denselben Zweck	1.601	21	9
1854: Für Erneuerungen des Kaiserbades und des Bades zur Königin von Ungarn	40.000	0	0
Dem Institut zum guten Hirten (Erziehungsanstalt) als Beitrag zu den Kosten des Neubaus einer Kirche	3.000	0	0
1855: Neubau einer Badehalle im Rosenbad	4.224	1	10

zusammen 157.319 27 0

Für diese verschiedenen Zwecke wurden aus Mitteln der Spielbank 157.319 Rthlr. 27 Sg. verausgabt.

Des weiteren wurden von der Spielbankkasse getragen:

Jahr	Besoldung des Musikdirektors und der Mitglieder des Harmonie-Corps			Besoldung des Theatermaschinisten.
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.
1849	823	26	0	90
1850	1.224	5	0	170
1851	1.235	24	0	130
1852	1.235	24	0	40
1853	1.235	24	0	40
1854	1.235	24	0	40
zusammen	6.991	7	0	515

Für den Musikdirektor und für die Orchester-Mitglieder wurden in den Jahren 1849 bis 1854 6.991 Rthlr. 7 Sg. verausgabt. Der Theatermaschinist bezog in dieser Zeit an Gehalt 515 Rthlr.

Im Jahre 1854 zahlte die Stadt aus der Spielbankkasse 1.000 Rthlr. für eine Schenkung zur Förderung der Zwecke der allgemeinen Landesstiftung „National-Dank“. Zur Bildung eines Fonds zur Unterstützung der künftigen Angehörigen der zum Kriegsdienste einberufenen Wehrmänner und Reservisten wurden 850 Rthlr. überwiesen. Gleichzeitig wurde ein Reservefonds mit 6.000 Rthlr. für diese Unterstützungen eingesetzt.

Die auf den beiden vorhergehenden Seiten aufgezählten Ausgaben beliefen sich im Ganzen auf 172.676 Rthlr. 14 Sg. Von besonderer Bedeutung ist darunter die Summe für den Neubau und Ausbau der städtischen Badeanstalten, welche 51.621 Rthlr. 15 Sg. 1 Pf beträgt. Das ehemalige Kloster der Karmeliterinnen - nach der Gemahlin Napoleons Josephine Josephinum genannt -, welches als Anstalt für alte Leute diente, die dort ihre letzten Lebensjahre verbringen konnten, musste im Jahre 1843 erweitert werden. Die Kosten betragen 27.000 Rthlr., davon waren 18.592 Rthlr. aus den Ueberschüssen der Spielbank genommen worden. Für den Bau des sogenannten Kongress-Denkmal auf dem Monarchenhügel wurden 13.422 Rthlr. 13 Sg. überwiesen. 54.331 Rthlr. 20 Sg. verausgabte die Stadt, um Häuser und Grundstücke zu kaufen; davon entfielen 10.200 Rthlr. auf den Ankauf des Bodens für das Lagerhaus am ehemaligen Rheinischen Bahnhof. Dazu kommen noch - abgesehen von den Ausgaben auf Seite 104 unten - 19.212 Rthlr. 8 Sg. 5 Pf. für die verschiedensten Verwendungen: Prozesskosten der Stadt, Kosten für Vermessungen und Reisen in der Eisenbahn-Angelegenheit, Feuerwerk anlässlich der Eröffnung der Eisenbahnstrecke Köln-Belgien u.s.w. Wie wir sehen, konnten aus den Mitteln der Spielbank auch die verschiedensten kleineren Bedürfnisse der Stadt Aachen befriedigt werden.

W. 3. Der Anteil der Gemeinde Burtscheid an den Spielbanküberschüssen.

Als im Jahre 1832 die Stadt Aachen ein Drittel des Reingewinnes der Spielbank-Aktiengesellschaft erhalten sollte, rief das in der nahen Gemeinde Burtscheid ¹⁾ die Einwohner auf den Plan. Ihr Bürgermeister wandte sich am 20. März 1832 mit einem langen Gesuche an den König. Er legte ihm die Verhältnisse seiner Gemeinde dar und bat, an den Spieleinnahmen mitbeteiligt zu werden. Seine Majestät bestimmte denn auch tatsächlich am 16. Mai, dass Burtscheid am Ertrage beteiligt sein sollte und fünf Aktien von dortigen Bürgern gezeichnet werden könnten. Es lässt sich denken, dass die Aachener Stadtväter über diesen Entscheid sehr unzufrieden waren. Am 6. Juli 1832 richteten sie ein Schreiben an den König, in welchem diese Stimmung zum Ausdruck kam.

Bei den Verhandlungen wurde von Aachen betont, dass nur die Zahlen der Kurgäste für den Verteilungssatz bestimmend sein könnten. Der Fremdenliste zufolge waren 1830 in Aachen 4.934 Badegäste anwesend und in Burtscheid 269, in beiden Orten waren es zusammen 5.208 Personen. Burtscheid hatte also nur ein Neunzehntel der Gesamtzahl. 1832 zählte Aachen 3.443 Kurgäste und Burtscheid 230, was eine Gesamtzahl von 3.673 Personen ausmachte. Davon hatte Burtscheid nur ein Sechzehntel. Vergleich man die Einwohnerzahl miteinander, so kamen auf Aachen 36.700 und auf Burtscheid 5.000 Seelen, ein Verhältnis also von 1 : 8. Deshalb meinte man in Aachen, es wäre ganz unbillig, dass Burtscheid ein Drittel der Reineinnahmen bekommen sollte.

Ferner wies Aachen mit Recht darauf hin, dass alle Neuerungen und Verbesserungen in der Stadt auch den Burtscheidern zu Gute kamen. Die Spazierwege waren bis zur Nachbargemeinde durchgeführt und ausge-
1) wurde 1897 der Stadt Aachen eingemeindet.

baut, ein neues Schauspielhaus und ein neuer Trinkbrunnen errichtet worden. Dieurtscheider Jugend besuchte in Aachen das G^{ym}nasium und die höhere Bürgerschule, ohne dass ihre Eltern zu den Unterhaltungskosten beitrugen.

So erreichte Aachen es denn, dass der König am 7. Januar 1833 bestimmte, dass Burtscheid von dem Aachener Gewinnanteile ein Zwanzigstel erhalten sollte. Es ergaben sich dadurch für die Gemeinde folgende Einnahmen:

Jahr	Anteil Aachens am Reingewinne und an Zinsen			Anteil Burtscheids.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1832	1.713	16	7	85	20	4
1833	14.278	27	3	713	28	4
1834	17.416	1	4	870	24	1
1835	7.737	2	3	386	25	7
1836	10.049	8	3	502	13	11
1837	13.289	0	0	664	27	0
1838	22.851	20	0	1.142	17	6
1839	17.961	0	0	898	1	6
1840	34.751	27	3	1.737	17	10
<i>zus.</i>	140.048	22	11	7.002	26	1

Von dem Gewinnanteile Aachens erhielt die Gemeinde Burtscheid z.Zt. der Aktiengesellschaft die Summe von 7.002 Rthlr. 26 Sg. 1 Pf. Von dem Reservefonds erhielt Aachen die Hälfte mit 51.858 Rthlr. 4 Sg. 9 Pf. Davon entfielen auf Burtscheid 3.357 Rthlr. 18 Sg. 5 Pf. sodass es eine Gesamteinnahme von 10.360 Rthlr. 14 Sg. 6 Pf. hatte.

In dem Jahr Unter der städtischen Verwaltung der Spielbank erhielt Burtscheid

Jahr	Anteil Aachens			Anteil Burtscheids.		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1841	35.687	6	6	1.189	17	3
1842	39.877	18	2	1.329	7	7
1843	6.808	18	4	226	28	7
1844	30.425	17	5	1.014	5	7
1845	43.746	23	9	1.458	6	10
1846	46.386	1	5	1.546	6	0
1847	59.333	29	8	1.870	19	0
1848	23.705	4	9	790	5	2
<i>zus.</i>	285.971	0	0	9.425	6	0

In den Jahren 1841 - 1848 wurden der Gemeinde Burtscheid aus den Spielbanküberschüssen 9.425 Rthlr. 6 Sg. überwiesen. Aus dem Reservefonds erhielt sie 4.712 Rthlr. 18 Sg. Im ganzen konnte sie eine Einnahme von 14.137 Rthlr. 24 Sg. verbuchen.

Zur Zeit des Vereins zur Belebung der Badesaison stellte sich der Anteil Burtscheids an den Spielbanküberschüssen auf:

Jahr	Anteil Aachens			Anteil Burtscheids		
	Rthlr.	Sg.	Pf.	Rthlr.	Sg.	Pf.
1849	12.507	19	9	208	13	10
1850	78.199	9	0	1.303	9	8
1851	84.079	18	9	1.401	9	10
1852	84.634	21	0	1.410	17	4
1853	80.979	29	1	1.349	20	0
1854	61.395	23	10	1.563	0	5
<i>Zus.</i>	401.797	1	5	7.236	11	1

Diesmal belief sich die Einnahme Burtscheids auf 7.236 Rthlr. 11 Sg. 1 Pf. Ueber eine Beteiligung am Reservefonds ist nichts ermittelt worden.

Burtscheid erhielt also	Rthlr.	Sg.	Pf.
unter der Aktiengesellschaft	10.360	14	6
unter der städtischen Verwaltung der Spielbank	14.137	24	0
unter dem Verein zur Belebung der Badesaison	7.236	11	1
<i>Zus.</i>	31.734	19	7

In den Jahren von 1832 - 1854 wurden der Gemeinde Burtscheid 31.734 Rthlr. 19 Sg. 7 Pf. überwiesen. Der Allerhöchsten Kabinettsorder gemäss wird Burtscheid diese Summe für die gleichen Zwecke vorgesehen haben, wie es bei der Aachener Stadtverwaltung der Fall war.

V. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aachener Spielbank.

Die Frage, ob einer Spielbank eine volkswirtschaftliche Bedeutung zugesprochen werden kann, lässt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Einer Spielbank im privaten Besitz, die immer nur zur Bereicherung des Inhabers dient, ist selbstverständlich jede Berechtigung und damit jede Bedeutung für die Volkswirtschaft abzusprechen. Anders liegen die Verhältnisse bei einer öffentlichen Spielbank, vor allem wenn sie nicht verpachtet ist, sondern unter kommunaler Verwaltung steht und eine Spielordnung in Kraft ist, die alle moralischen Schäden für die Spieler möglichst beseitigt. Vor allem dürfen Jugendliche, alleinstehende Frauen, Einheimische, Handlungsgehilfen und Bankangestellte sowie alle Beamten, die mit Kassengeschäften zu tun haben, nicht zum Spiele zugelassen werden. Der Eintritt in den Spielsaal darf nur nach Lösung einer Karte und nach Hinterlegung einer Summe, welche die Heimreise und die nächsten Ausgaben ermöglicht, gestattet sein.

Bei den Spielbanken muss immer bedacht werden, wo die grösseren Schäden für die Allgemeinheit liegen, beim heimlichen oder beim öffentlichen Spiel. Wie gefährvoll das heimliche Hasardspiel ist, dürfte genügend bekannt sein. Hier werden jugendliche Personen zum Spiele gelockt und verführt, den wohlhabenden Besuchern werden durch die verschiedensten Mittel die Gelder abgenommen, bedeutende Schulden, die ganze Familien ins Unglück stürzen können, gemacht. Die Spieler - nur von gleichgesinnten Menschen umgeben und ohne Aufsicht - fröhnen umso leichter und umso leidenschaftlicher ihrem Laster. Diejenigen, die aus den verschiedensten Rücksichten sich nicht in einem öffent-

lichen Spielnause zeigen mögen oder dort nicht über ihre Vermögens-
verhältnisse setzen würden, verfallen hier der Verschuldung. Mit
Recht wird ein energischer Kampf gegen diese " Spielhöllen " , wie
sie treffend genannt werden sind, geführt. Dasser bisher vergeblich
war, zeigen immer wieder die Zeitungsnachrichten, welche melden,
dass Spielergesellschaften aufgelöst werden konnten. Wie viele mag
es geben, die sich mit Geschick der Aufhebung entziehen!

Anders liegen die Verhältnisse bei einer öffentlichen
Spielbank. Die Aufsicht durch die Verwaltung, durch die Polizei und
durch die Mitspieler oder Zuschauer wirkt hemmend auf die Spiel-
leidenschaft ein. Vor allem zeichnet sich die öffentliche Spielbank
dadurch aus, dass nicht jeder zum Spiele zugelassen wird.

Wirft man die Frage auf, ob die Aachener Spielbank eine
volkswirtschaftliche Bedeutung gehabt hat, so muss man sie m.E. be-
jahen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass
Aachen heute ohne die bedeutenden Einnahmen aus der früheren Spiel-
bank ein ganz anderes Aussehen haben würde. Das Schul- und Badewesen
würde nicht so zur Blüte gebracht werden sein, wenn nicht die ersten
Grundlagen durch die Spielbank gelegt worden wären, ohne dass sie
der Stadt Kosten verursachten. Gerade das Schulwesen steht in Aachen
besonders auf der Höhe. Die grössten Summen, welche diese Zwecke er-
forderten, brauchten nicht der so wie so finanziell erschöpften Bür-
gerschaft auferlegt zu werden. Man bedenke, dass das Jahr 1845 an
Steuern 153.093 M. brachte, während die Gesamteinnahme aus der Spiel-
bank der Stadtkasse 211.983 M. zuführte; im Jahre 1850 waren die
beiden Fester 217.035 M. und 315.807 M. Die Einnahme aus dem Spiel
war also bedeutend grösser als jene aus den Steuern.

Dech wir müssen die Frage der volkswirtschaftlichen
Bedeutung der Aachener Spielbank nach Perioden und sachlichen Ge-
sichtspunkten näher untersuchen.

Was die Zeit der Einzelpächter anbelangt, so möchte man dazu neigen, die Frage zu verneinen. Sie waren Ausländer, und die Haupteinnahmen flossen in ihre Taschen, während die an die Stadt gezahlten Pachtbeträge anfangs von geringer Höhe waren. Es darf aber nicht vergessen werden, welche Anziehungskraft die Spielbank auf die Fremden, vor allem auf die Ausländer, ausübte. Diese Bedeutung der öffentlichen Spielbank, kann nicht hoch genug bewertet werden. Der Mittelstand Aachens, der hauptsächlich vom Fremdenverkehr lebte, erhielt durch sie sein regelmässiges und gesichertes Einkommen. Die Blüte des Bades Aachen und der Wohlstand des Mittelstandes hingen eng mit der Spielbank zusammen. Der Landesherr hatte dies klar erkannt und gestattete das Spiel nur, um den Fremdenzuström der Stadt und ihren Einwohnern zu erhalten und zu fördern. Mancher Fremde, der Aachen erst nur des Spieles wegen aufsuchte, mag in den folgenden Jahren auch der Bäder wegen gekommen sein; diese Möglichkeit ist ebenfalls zu beachten. Wie sehr der Fremdenverkehr mit der Schliessung der Bank nachliess, sehen wir aus der Zusammenstellung auf S. 112, in der die Fremdenzahl des Jahres 1855 mit jener von 1853 und 1854 verglichen wird. Es trat ein geradezu gewaltiger Rückgang ein. Im August und September 1855 war gegen die gleiche Zeit der Jahre 1853 und 1854 eine Abnahme von 5-9000 Fremden zu verzeichnen! Man sieht also, welche besondere Bedeutung die Spielbank schon aus diesem Grunde für Aachen hatte.

Eine weitere Bedeutung gewann die Spielbank jedoch durch die Einnahmen, welche der Stadtkasse daraus zuflossen, oder durch die Verpflichtungen, welche die Pächter im Interesse des Badeslebens übernahmen.

Der erste Pachtvertrag, der volkswirtschaftlich der Beachtung wert war, ist jener vom Jahre 1793. Durch den Einmarsch der Franzosen kam er leider nicht zur Ausführung. Der Pachtvertrag des

U e b e r s i c h t .
der

Fremdenfrequenz während der Kur- und Badesaison in den letzten drei Jahren, nach Ausweis der amtlich geführten Kur- und Badelisten von Aachen.

Datum			Saison 1853	Saison 1854	Saison 1855	Es ergibt sich also im Jahre 1855	
						gegen 1853	gegen 1854
Anzahl der Badegäste							
8.	7.	6. Mai	509	93	145	weniger 164	mehr 52
15.	14.	13. "	578	441	500	" 78	" 59
22.	21.	20. "	1008	953	728	" 280	wenig. 225
29.	28.	27. "	1517	1535	1025	" 492	" 510
5.	4.	3. Juni	2215	1952	1563	" 652	" 389
-	7.	6. "	-	2574	1752	-	" 822
12.	11.	10. "	2675	2993	2018	" 757	" 975
-	14.	13. "	-	3422	2138	-	" 1284
19.	18.	17. "	3648	3805	2595	" 1053	" 1210
-	21.	20. "	-	4210	2813	-	" 1397
26.	25.	24. "	4464	4701	2936	" 1528	" 1765
-	28.	27. "	-	5136	3263	-	" 1863
3.	2.	1. Juli	5267	5546	3666	" 1601	" 1880
6.	5.	4. "	5548	5911	3926	" 1622	" 1985
10.	9.	8. "	6050	6306	4280	" 1770	" 2026
13.	12.	11. "	6652	6710	4481	" 2171	" 2229
17.	16.	15. "	7472	7273	4774	" 2698	" 2499
20.	19.	18. "	8112	7734	4881	" 3231	" 2853
24.	23.	22. "	9157	8479	5264	" 3893	" 3215
27.	26.	25. "	9825	9016	5435	" 4460	" 3581
31.	30.	29. "	10778	9736	5787	" 4991	" 3949
3.	2.	1. August	11430	11336	6071	" 5359	" 5265
7.	6.	5. "	12157	12139	6527	" 5630	" 5612
10.	9.	8. "	12677	12547	6686	" 5991	" 5861
14.	13.	12. "	13474	13639	6923	" 6551	" 6716
17.	16.	15. "	14074	14218	7224	" 6850	" 6994
21.	20.	19. "	14598	14717	7673	" 6922	" 7044
24.	23.	22. "	15753	15570	7867	" 7286	" 7603
28.	27.	26. "	16386	16167	8184	" 8202	" 7983
-	30.	29. "	-	16601	8412	-	" 8269
4.	3.	2. Sept.	17082	17244	8763	" 6319	" 8481
11.	10.	9. "	17973	17985	9592	" 6381	" 8593
18.	17.	16. "	18705	18866	9957	" 8748	" 8909
25.	24.	23. "	19469	19631	10227	" 9242	" 9404

Anton Reumenk und seiner Nachfolger war insofern wichtig, als aus der Pachtsumme die Schulen im Regierungsbezirke Aachen und das städtische Armenwesen regelmässig unterstützt werden konnten, während für die Unterhaltung und Fortsetzung der Kuranlagen ebenfalls jährlich eine Summe zur Verfügung stand. Dazu kam noch die Belebung des Badeverkehrs durch Konzerte, Feste, Bälle und Pferderennen hinzu, wofür der Pächter die Kosten trug.

Im Jahre 1841 gewinnt die Spielbank mit der Uebernahme durch die Aktiengesellschaft eine ganz besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Stadt Aachen. Jahr für Jahr werden der Stadtkasse grosse Summen zugeführt. Sie werden für die wichtigsten Zwecke und Bedürfnisse der Stadt Aachen und ihrer Bürger und deren Kinder verwandt. Die dafür ausgegebenen Summen seien hier nochmals zusammengestellt:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
Verbesserung des Schulwesens im Regierungsbezirk Aachen	66.937	15	0
Pflege des Armen- und Krankenwesens	131.087	12	10
Verschönerung der Stadt und der Kuranlagen	123.930	23	9
Tilgung und Verzinsung von alten und neuen Stadtschulden	220.141	13	1
Bau des Bürgerhospitals	240.094	25	10
Bau von Elementarschulen	145.908	1	9
Zuschüsse für die höhere Bürgerschule	13.567	28	6
Wiederherstellungsarbeiten im Aachener Rathause	64.001	12	3
Fürsorge in den Netjahren 1845-48	55.000	00	0
Bau von Badehäusern	51.621	15	1
Ankauf von Häusern und Grundstücken durch die Stadt	54.331	20	0
Erweiterungsbau des Josephiniums	18.592	00	0
Zuschuss zum Bau des Kongressdenkmals	13.422	13	0
Verschiedene Ausgaben	34.568	15	5
zusammen	1.223.205	16	6

Es handelt sich also um 1.223.205 Rthlr. 16 Sg. 6 Pf. oder um 3.669.615 M., die in vierzigjähriger Zeitspanne zum Wohle der Aachener Einwohnerschaft Dank der Spielbank verausgabt werden konnten. Im Jahresdurchschnitt waren es 91.740 M. Dazu kamen noch die Summen, welche die Pächter für allgemeine Zwecke des Badeverkehrs aufbrachten.

Sie betragen unter:

	Rthlr.	Sg.	Pf.
der Aktiengesellschaft	17.853	18	0
der städtischen Verwaltung der Bank	26.430	5	1
dem Verein zur Belebung der Badesaisn	33.160	27	9
<hr/>			
zusammen	79.444	10	10

In der von 1832 bis 1854 verausgabten die Pächter für die oben an - gegebenen Zwecke 79.444 Rthlr. 10. Sg. 10 Pf.

Wie hätte die stark verschuldete Stadt Aachen dieses alles ohne die Spielbank schaffen sollen? Durch die Einnahmen aus der Spielbank wurde verhindert, dass die Steuerlast ins Unermassliche stieg und dass Zuschüsse des Staates nötig wurden. Letztere wären wohl spärlich geflossen. Eine weitere Steigerung der Steuern wäre nur in beschränktem Masse möglich gewesen. Infolgedessen wären all diese dringenden Aufgaben, die die Spielbank zur Lösung und Erfüllung brachte, unerledigt geblieben. Das ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aachener Spielbank, dass sie der Stadt, deren Finanzen durch Kriege und andere ungünstigen Verhältnisse in Ueberordnung geraten waren, es ermöglichte, auf allen Gebieten der kommunalen Verwaltung eine für Stadt und Einwohnerschaft erfolgreiche Wiederaufbauarbeit zu betreiben.

Die Steuerkraft des Aachener Mittelstands wurde durch den Zustrom von Fremden, die durch die Spielbank angeleckt wurden, wesentlich gehoben. Durch die Ausgaben in den Gasthöfen, Bier- und Wein - stuben, Geschäften usw. trugen sie indirekt mit an den öffentlichen Lasten. Diejenigen Ausländer, welche Verluste beim Spiel hatten, wurden dadurch sogar zu einer direkten Abgabe an die Stadtkasse heran - gezogen, und die Heranziehung von Ausländern zur inländischen Steuer - last hat finanzpolitisch immer als besonders geschickte Verwaltungs - leistung gegolten.

Es ist hier noch zu bemerken, dass die Aachener Bevölkerung nicht zum Spieltische zugelassen war. Als es sich herausstellte, dass

an den Sonntagen viele Kölner Aachen aufsuchten, um ihr Glück am Spieltisch zu versuchen, wurde die Mittagsitzung eingestellt und nur noch abends gespielt. Auf diese Weise wurden die Winheimischen und die Nachbarn davor bewahrt, Vermögensverluste zu erleiden. Die In- und Ausländer, die in Aachen die Spielbank aufsuchten, waren Vergnügungsreisende, welche meistens eine bestimmte Summe zum Ausgeben auf die Reise mitgenommen hatten. Da es verboten war auf Kredit zu spielen, konnten sie nur das verlieren, was sie mitgenommen hatten. Die Möglichkeit, in grosse Verschuldung zu geraten, war so ziemlich ausgeschlossen. Irgend welche Selbstmorde, die auf Verluste am Spieltisch zurückzuführen waren, liessen sich nach den Akten nicht ermitteln. (Dieser Grund des Selbstmordes, wie er häufiger in Romanen oder auch in Zeitungsmeldungen angeführt wird, darf überhaupt nicht ohne weiteres als zu Recht bestehend angesehen werden. In diesen Fällen dürften auch noch andere Ursachen mitgewirkt haben.)

Man mag sich zur Frage der öffentlichen Spielbank stellen, wie man will, an der Tatsache, dass die Aachener Spielbank segensreich gewirkt hat, kommt man nicht vorbei. So soll denn diese Schrift nicht Freunde werben für den Gedanken der öffentlichen Spielbanken, welcher auch in Deutschland auf dem Marsche ist (Etappen sind: Swinemünde, Zoppot und neuestens Helgoland), aber sie soll doch zeigen, welcher Nutzen einer verarmten Stadt daraus erblühen konnte.

Auf finanzpolitischen Gebiete finden tagtäglich Erörterungen statt, wie dem Reiche, den Ländern und den Kommunen neue, ertragreiche Einnahmequellen erschlossen werden können. Da möge diese Untersuchung soweit der neue und doch alte Gedanke der öffentlichen Spielbank in die Debatte geworfen wird, bei den Besprechungen als Unterlage dienen. Zu beachten ist an den in Aachen gemachten Erfahrungen auch, wie unsere Zahlungsbilanz durch die Spielbanken gehoben werden kann. Sie halten

jense reichen Kreise fest, die sonst dem Auslande (z.B. Monaco) ihr gutes Geld, mit dem in der Heimat so viele Werte geschaffen werden könnten, verspielen; gleichzeitig werden diese von ausländischen Badesorten ferngehalten und unterstützen ihre eigenen Landsleute, die von Fremdenverkehre leben. Dazu kommt, dass der Ausländer gern unsere Kurorte aufsucht, wo er Gelegenheit hat zu spielen. Wie wir sehen, haben die öffentlichen Spielbanken auch eine handelspolitische und eine finanzpolitische Bedeutung. Die deutlich erkennbare Einwirkung des Spiels auf den Besuche nachher, die Wechselwirkungen zwischen Baden und Spiel, beweisen dies zur Genüge.

A n h a n g .

1.) Aachener Münzen: Die Stadt Aachen hatte aus eigener Prägung fast nur Kleinmünzen; sie war nicht immer die gleiche (und für die verschiedenen Stücke gab es auch verschiedene Namen).

Die Mark (le marck) war eine kleine Kupfermünze. Es gab sie zu 1, 2 und 3 Mark. Eine Mark hatte zwei dicke Buschen (groses bouches) jede der letzteren 3 kleine Buschen. Die Buschen waren alle aus sehr unreinem Kupfer hergestellt.

Man rechnete in Aachen auch nach Gulden, Schilling und Thaler. Diese Rechnungsart hatte nur Zahlwert. Ein Gulden (florin) war 6 Mark wert, ein Schilling (escalin) 9 Mark und ein Thaler (écu) 10 Schilling.

Der Louisdor hatte in Aachen einen Wert von 46 Schilling. Der Carolin und die Guinee hatten denselben Wert wie der Louisdor.

Die Aachener Märk hatte einen Wert von 5 Pf.

2.) Die Familie Neumont: Um 1740 liess sich Hubert Neumont in Aachen nieder. Er stammte aus dem Gebiete der Abtei Stablo und kam zunächst aus Spa. Er hatte fünf Kinder. Der älteste (in Wahrheit zweite) Sohn hiess Richard und war im Jahre 1736 in Spa geboren. Er hatte in Aachen eine Weinhandlung und war dann später einer der Hauptteilnehmer an der dortigen Spielbank. Sie war vielleicht die älteste in den deutschen Bädern und zog auch eine Menge nicht kränkelnde Gäste nach Aachen. „Denn die Stadt, durch zwei Friedenskongresse an den Aufenhalten vornehmer Herren gewöhnt, an den Grenzen zwischen Deutschland, den Niederlanden, Frankreich in geringer Entfernung von England bequem gelegen, war längst ein beliebter Aufenthaltsort der Grossen, wie von Abenteuern, von hochstehenden Damen, wie von Tänzerinnen geworden, denen allen das Hasardspiel als Zeitvertreib, oder Mittel Geld zu machen, willkommen war.“ 2)

Richard Neumont war mit Therese Esser verheiratet. Aus dieser Ehe hatte er drei Söhne: Anton Richard, Hubert und Lambert. Der zweite Sohn des Lambert hiess Gerhard, und dieser war der Vater des bekannten Diplomaten und Historikers Alfred von Neumont, der der Freund Friedrich Wilhelm IV. und der erfolgreiche Vermittler zwischen Deutschland und Italien war.

1.) Scheins, Aachen vor Hundert Jahren, Aachen 1887, S. 70 ff.
2.) Neumont, Alfred von, Jugenderinnerungen in: Annalen des historischen Vereins, Heft 77, Köln 1904, S. 19 f.

3.) Die sogenannte Spielschuld: "Es scheint, dass man niemals, seitdem die sogenannte Spielschuld zur Sprache gekommen, bey Aufsuchen im städtischen Archiv, wenn dergleichen geschehen, sehr glücklich gewesen ist." Mit diesen Worten wird ein Bericht über die Reumont'schen Ansprüche eingeleitet. Nach dem was "in dem unbeschreiblich wüsten Zustande des Stadtarchivs noch hat vorgefunden werden können", ergibt sich folgendes:

Richard Reumont zahlte auf die Verpflichtungen, die ihm der Vertrag vom 9. August 1793 auferlegte, am 4. September den ersten Vorschussbetrag in Höhe von 25.000 Rthlr. 1) Zwei weitere waren fällig am 1. November 1793 und am 15. Februar 1794. Ob sie tatsächlich bezahlt worden sind, muss nicht einwandfrei zu beweisen gewesen sein. Der Knecht des Reumont, der die Vorschussbeträge überbrachte, erhielt als Trinkgeld immer ein Louisd'or, der in dem Ausgabebuch des Rentmeisters eingetragen war. In den Protokollen des Rats und in jenen des Besantenkollegiums war seit dem 6. September 1793 2) bis zum Einzuge der Franzosen in Aachen im September 1794 mit keinem Worte etwas von einer zweiten oder dritten Vorschussleistung des Reumont erwähnt.

Z.Zt. der französischen Herrschaft, als es sich die Trennung der Schulden der ehemaligen freien Reichsstadt, welche der französische Staat übernahm, von jenen der Munizipalität der Stadt Aachen handelte, wurde dieser durch das Dekret vom 9. Brumaire des Jahres XIII (1. Oktober 1804) die ganze auf die Spiele verpfändete Summe von 200.000 Franken zur Abzahlung übertragen. Der Kaiser erliess diese Verfügung auf einen Bericht von dem Präsidenten des Norddepartements vorgegangen wurde. Dieser war der Angelegenheit aber nicht weiter gegangen.

Die Stadt wollte diese Verpflichtung nicht anerkennen. Es währte deshalb lange, bis man sich über die Abtragsweise für diese Forderung einigen konnte. Im Anfange des Jahres 1807 ernannte endlich der Präfekt Lameth einen Ausschuss der sich mit dieser Angelegenheit befassen sollte und der sich aus dem Generalsekretär der Präfektur Körfigen, dem damaligen Stadt-Maire von Lommessen und einem Mitglied des Stadtraths Vonhoselt zusammensetzte. Diese Kommission, zu welcher noch die Advokaten Vossen und Victoris besonders zugezogen wurden, befasste sich in einer Sitzung vom 30. Januar 1807 im Beisein des Anton Reumont sowie verschiedener Reumont'scher Gläubiger mit der Reumont'schen Forderung. Das Ergebnis war, dass die Ansprüche Reumonts anerkannt wurden und die Stadt 194.163 f. 86 cts. im Laufe der nächsten zehn Jahre (vom Juli 1808 bis Januar 1819) an ihn abtragen musste. Die anwesenden Reumont'schen Gläubiger verlangten auch die Ausschüttung der Zinsen von den Jahren 1793 an; es wurde jedoch bestimmt, dass die Zinsen ebenfalls vom Juli 1808 an laufen sollten.

..... so unglaublich es lauten möge, so wahr ist dennoch, dass jenes Liquidationswerk und gar das angehängte Tilgungs Schema von dem damaligen Municipal-Rath unterm 16. Brumaire 1807 angenommen zur Bestreitung der Capital-Tilgung der verschiedenen Communal Güter auf's Tapet gebracht und nur d.

1.) vergl. S. 65, Att. 2.
2.) vergl. S. 72.

Zahlung von jederlei Zinsen für besagte Schuld nach der eigenen Convention des Reumont mit dem vormaligen Stadt Magistrate..... abgelehnt worden ist", mit diesen Worten lässt einer der Bericht-erstatler seinen Unmut über die Stadtraths-Verhandlungen aus.

Die Verhandlungen zogen sich weiter bis zum Jahre 1821. Am 5. Juni wurde dann eine unverzinsliche Summe von 50.968 Thlr. 4 Pf anerkannt.

Schliesslich musste sich das Königliche Landgericht in Aachen am 19. April 1826 mit der Sache befassen. Es kam zu der Ueberzeugung, dass die Stadt Aachen zur Rückzahlung der tatsächlichen erfolgten Vorschüsse verpflichtet sei. Die Erben des Reumont legte drei Quittungen vor: vom 4. September 1793, 3. Oktober 1793 und 15. Februar 1794, die von dem damaligen Stadtreisemeister Wildt ausgestellt waren. Die Stadt konnte die Echtheit nicht bestreiten; behauptete aber, dass der Beamte nicht zum Empfang des Geldes berechtigt gewesen sei, damit seien auch die darüber ausgestellten Quittungen belanglos.

In zweiter Instanz wurde der königliche rheinische Appellations-Gerichtshof in Köln angerufen. In der Sitzung des zweiten Civil-Senats vom 30. April 1829 wurden die Einwendungen Aachens verworfen und zur Tragung der Kosten verurteilt. In der Entscheidung heisst es, dass die beiden anderen Termine eingehalten worden sind, denn die Bezahlung geht durch die gleichmässigen Quittungen des Rentmeister Wildt und durch die Eintragungen in dessen Kassabuch hervor. Weiter wurde ausgeführt: Wäre das Geld nicht bezahlt worden, so hätte die Stadt in ihrer ~~so~~ bedrängten Lage gewiss nicht unterlassen, ihren so zahlungsfähigen Schuldner in jeder Art zu verfolgen. In den bisherigen Verhandlungen war aber nirgends festzustellen, dass die Stadt nach Verfall der beiden Termine dem Reumont an seine Verpflichtungen auch nur einmal erinnert hat.

Die Stempelkosten betragen in erster Instanz 31 Thlr. und in zweiter Instanz 186 Thlr. 1)

- 4.) Die auf der Drieschstrasse gelegene sogenannte Spa-Quelle wurde 1761 zuerst entdeckt, alsdann sofort eingefasst und ein kleines Gebäude in Art eines Tempelchens darüber gebaut. Vor etwa 20 Jahren stürzte es ein und ist nicht wieder aufgebaut worden. 2)
- 5.) Professor von Liebig untersuchte vier der Hauptquellen. Als Honorar erhielt er dafür 793 Rthlr. 10 Sg. Für Versendung der Flaschen nach Giessen wurden 20 Rthlr. 12 Sg. bezahlt. Für verschiedene Arbeiten und Materiallieferungen wurden 21 Rthlr. 26 Sg. und für Fassbinderarbeiten 21 Rthlr. verausgabt. Die Analyse von Liebig's wurde an ausgezeichnete auswärtige Aerzte versandt.

1) Aus Acta betr. die Reumont'sche Spielschuld, 64/9

2) Monheim, Johann Peter Joseph, Die Heilquellen von Aachen Burtscheid, Spa, Malmedy und Heilstein, S. 174, Aachen und Leipzig 1829.

Lebenslauf .

Am 23. Juni 1895 wurde ich zu Johannesburg, Transvaal, Südafrika als Sohn des Bergwerkdirektors a.D. und Importeurs Ernst August Nettmann (aus Hohenlimburg, Westfalen) und seiner Ehefrau Maria geb. Berendes (aus Bonn am Rhein) geboren. Ich wurde in dem katholischen Glauben erzogen. Meinen ersten Schulunterricht erhielt ich in der Deutschen Schule und bei den Marist' Brothers, beide Anstalten befanden sich in meiner Geburtsstadt.

Im Jahre 1907 kam ich nach Aachen, um hier eine deutsche Erziehung zu genießen. Herbst 1907 befand ich mich auf der Sexta der dortigen Oberrealschule; als der Weltkrieg ausbrach, war ich Unterprimar. Anfang August 1914 trat ich als Kriegsfreiwilliger beim Westfälischen Fussartillerieregiment Nr.7 zu Köln ein. Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 3.4.1916 wurde ich zum Leutnant d.R. ernannt. Im Laufe der Kriegsjahre erhielt ich einen Unterarm- und einen Bauchschuss, ferner zog ich mir eine schwere Gasvergiftung zu.

Am 2. August 1915 bestand ich in Aachen eine regelrechte Reifeprüfung. Im November 1918 nahm ich meine Staatswissenschaftlichen Studien an der Technischen Hochschule zu Aachen auf. Seit Oktober 1919 bin ich an der Universität Köln immatrikuliert. Das Amt des 1. Vorsitzenden der Studentenschaft Köln bekleidete ich vom 27. Januar bis 2. Juni 1920.